

Zeitschrift: Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern
Band: - (1931)
Heft: 8

Artikel: Die Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes in der Schweiz
Kapitel: Die heutigen Erbsitten in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Bern
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-850377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

II. Teil.

Die heutigen Erbsitten in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Bern.

I. Die bäuerlichen Erbsitten in den Nachbarländern und Plan der Darstellung der schweizerischen Verhältnisse.

1. Die Vererbung des Grundbesitzes in den Nachbarländern.

Die schweizerische Hochebene ist eine Insel geschlossener Vererbung der Bauerngüter. Fast ringsum finden sich Gebiete vorwiegender Realteilung des Grundbesitzes. Sie beginnen in den jurassischen und alpinen Teilen innerhalb der Landesgrenzen, so dass das schweizerische Mittelland erst recht als zusammenhängendes Gebiet geschlossener Uebergabe auffällt.

Im französischen Westen ist es die Freigrafschaft, die mit Burgund, Lothringen und der Champagne zusammen seit alters eine Gegend der Realteilung darstellt¹⁾. Der Berner Jura, Neuenburg und (wenigstens früher) die Waadt sind ausschliesslich Teilungsländer. Im Departement Doubs, das an die Schweiz grenzt, wird für Gebirgshöfe auch von einer geschlossenen Vererbung berichtet. Diese Einstreuung im Teilungsgebiet wiederholt sich auf Schweizerboden für die angrenzenden Jurahöhen.

Für Savoyen gilt, dass früher soweit geteilt wurde, dass heute eine Verkleinerung der Betriebe vermieden wird. Dazu wird das Testament benützt, da nach sardinischem Recht Verfügungsfreiheit bis zur Hälfte des Vermögens bestand¹⁾. Wie Savoyen nicht mehr ein absolutes Freiteilungsgebiet genannt werden darf, so findet sich in den angrenzenden Kantonen unseres Landes derselbe Tatbestand: Genf, Waadt und vom Wallis das hofweise besiedelte Val d'Iliez an der savoyischen Grenze müssen heute zu den gemischt vererbenden Ländern gezählt werden.

Das südliche Nachbarland Italien ist Freiteilungsgebiet und dasselbe ist der Fall bei allen angrenzenden Kantonen der Schweiz, Wallis, Tessin und Graubünden. Die Sitte reicht in unserem Lande nordwärts hinüber nach dem Berner Oberland und Gruyère.

¹⁾ *L. Drescher*, Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Frankreich (in „Die Vererbung des ländl. Grundbesitzes in der Nachkriegszeit“, Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik 178, Bd. II, 1930), S. 257.

Realteilung herrscht im östlichen Nachbarland Oesterreich ausgesprochen in den an das freiteilende Graubünden grenzenden Bezirk Ried im Oberinntal¹⁾. Naturalteilung herrscht ebenfalls im Vorarlberg²⁾. Die st. gallischen Bezirke Werdenberg, Ober- und Unterrheintal melden entsprechend ebenfalls Freiteilung, so dass auch hier der Anschluss an die Verhältnisse des Nachbarlandes vorhanden ist.

Der Nordrand der Schweiz ist im allgemeinen Teilungsgebiet: Der Kanton Schaffhausen (ohne Bezirk Stein a. Rh.), die Bezirke Zurzach, Laufenburg und Rheinfelden des Kantons Aargau, endlich die baselandschaftlichen Aemter Arlesheim und Binningen, die solothurnischen Thierstein und Dorneck, sowie das bernische Amt Laufen. Wie verhält es sich mit den Erbsitten des angrenzenden Süddeutschland? Das Gebiet geschlossener Vererbung der Schweiz (Thurgau) findet eine Fortsetzung jenseits des Bodensees. Der an den Bodensee angrenzende Teil Bayerns gehört zu dessen geschlossen vererbenden Teilen³⁾, ebenso die anstossenden Gebiete Württembergs⁴⁾. Die Freiteilung aber richtet sich im übrigen Süddeutschland ähnlich wie in Schaffhausen, Rheinfelden und Laufenburg wesentlich nach der Bodenbeschaffenheit. Der badische Schwarzwald eignet sich nur strichweise zur Teilung, so dass die Bezirke Säckingen, Waldshut, Griessen, Donaueschingen und Konstanz gemischte Erbsitten aufweisen. Schlatt am Randen, Sipplingen am Ueberlingersee, die Kreise Engen und Messkirch dagegen können als realteilende Gegenden genommen werden⁵⁾. Die von der Industriearbeit beeinflussten Teile von Konstanz, Stockach und besonders das soeben genannten Engen sind erklärte Teilungsgebiete. Immerhin gibt es auf dem deutschen Ufer des Rheins mehr geschlossene Vererbung als auf der schweizerischen Seite.

2. Plan der Darstellung der schweizerischen Verhältnisse,

Schon *Chéron*⁶⁾ kennt für die Schweiz zwei typische Regionen, die Hochebene und den Kranz von Alpen und Jura. In der Hochebene bestehe geschlossener Mittelbesitz, der als solcher erhalten und geschlossen vererbt werde. Die genauen Grenzen dieses Gebietes, der *pays de transmission intégrale*, waren *Chéron* nicht bekannt:

„Nous ne saurions fixer d'une façon précise les limites de ces deux groupes; nous trouverons de part et d'autre des exceptions qui déroutent singulièrement l'observateur.“

¹⁾ *K. Schmidt*, Die Vererbung des ländl. Grundbesitzes in d. Nachkriegszeit in Oesterreich (a. a. O. Verein f. Soz. pol.), S. 10.

²⁾ Ebenda, S. 7.

³⁾, ⁴⁾, ⁵⁾ Band 178 der Schriften d. Vereins für Sozialpolitik, I. Teil (Deutschland), München und Leipzig 1930; für Bayern (Dr. J. Baumgartner) insb. S. 397. Für Württemberg (Prof. D. C. J. Fuchs) a. a. O., insb. S. 417, 495 und Karte. Für Baden (Prof. C. Brinkmann) a. a. O., insb. S. 517 etc.

⁶⁾ *A. Chéron*, De la transmission intégrale des exploitations agricoles ou industrielles dans le droit suisse. Thèse de doctorat ès sciences économiques de l'Université de Paris, 1902, S. 47/48.

Diese Grenzen der Erbsitten genauer festzustellen und die Ausnahmen zu erklären, wird durch die Umfrage von 1930 erst möglich und soll im Folgenden durchgeführt werden. Dabei teilen wir die Realteilungsgebiete (Kapitel II—IV) ihrem Charakter entsprechend ein in romanische, alpine und alemannisch-dörfliche Realteilungsgebiete.

Die Striche geschlossener Hofübergabe (Kapitel V und VI) lassen wir zerfallen in das westliche, das mittlere und das östliche Drittel geschlossener Vererbung.

Hierauf gehen wir über zum Studium der *Modifikationen* der Vererbung. Zuerst erhebt sich die Frage nach der Person des Landünehmers. Wer wird im Realteilungsgebiet der Landgüter teilhaftig (Kapitel VII)? Anschliessend ist die Frage nach der Verbreitung der Uebergabe bei Lebzeiten (Kapitel VIII) zu beantworten, welche überleitet zur Benützung der Gewinnbeteiligung der Miterben bei Wiederverkauf des Hofes (Kapitel IX). Zum Schluss ist das Vorkommen von drei besondern Einrichtungen des ZGB, der Gemeinderschaften, Heimstätten und Erben-gülden, und der Einfluss der Nachkriegskrise abzuklären.

II. Die romanischen Realteilungsgebiete der Westschweiz.

1. Der Berner Jura.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Der ganze französischsprechende Berner Jura gehört dem westschweizerischen Realteilungsgebiet an. Von den Aemtern Porrentruy, Delémont, Moutier, Franches-Montagnes, Courtelary und Neuveville, weist nur Delémont zwei deutschsprechende Gemeinden, nämlich Ederswiler und Roggenburg, auf. Sie nehmen an der Sitte der Realteilung der romanischen Dörfer teil. Ederswiler antwortete auf unsere Frage 1 nach der Teilungssitte: „Teilung des Gutes an sämtliche Erben.“ Die meisten Berichte aus den Gemeinden des Jura stimmen darin überein, dass sie die Teilung als alte Gewohnheit bezeichnen.

Wie wird die Teilung im Jura durchgeführt? Die wenig wanderlustige Bevölkerung hängt am väterlichen Heimwesen und jedes Stückchen davon besitzt einen gewissen Affektionswert. Dabei kann die Einsetzung der folgenden Generationen so erfolgen, dass der erste sich verheiratende Sohn das Wohnhaus kauft und zusieht, dass er genügend Landstücke zusammenbringt — oder aber die ganze Familie bleibt beisammen ohne Verkäufe an die herangewachsenen Kinder. Erst beim Tode des Vaters erfolgt die Auseinandersetzung durch Käufe der einzelnen Nachkommen.

Neben diese Einstellung ist für die jurassische Teilung unter den bäuerlichen Nachkommen die *Versteigerung* des väterlichen Gutes typisch. Die Versteigerung ist entweder ein geschlossener Markt unter den Erbberech-

tigten oder eine öffentliche Steigerung, *enchère publique*. So kommt es, dass wir auf die Frage 4c, wem das Gut übergeben werde, wenn mehrere Söhne, Töchter, Tochtermänner oder Neffen in Betracht kommen, die bündige Antwort erhielten: „*au plus offrant*“. Die Bevölkerung ist also in diesen Dingen nicht sehr verwandtschaftlich gesinnt. Bietet ein Erbe unter Verrechnung seines Erbteils mehr, als öffentlich zu erwarten ist, so erhält er das Anwesen gern, sonst aber geht es an den Meistbietenden der öffentlichen Steigerung. Vom Gebrauch der öffentlichen Steigerung erhielten wir hauptsächlich aus den Freibergen Bestätigungen.

Wir müssen uns weiter fragen, ob diese Teilungssitten zur vollständigen *Aufteilung* der Güter führen, oder ob das Land um das väterliche Wohnhaus herum in einigen Fällen dem Hausbesitzer verbleibt. Denkt der dörfliche Berichterstatter an diese Fälle, so wird er die Frage 4d nach der vollständigen Aufteilung der Güter verneint haben. So schrieb der Berichterstatter von Boécourt (Amt Delémont), die vollständige Aufteilung sei sehr selten. Auch Orvin (Amt Courtelary) vererbt nicht durchwegs durch Teilung. Die radikale Teilung ist jedoch im Jura häufig. Sie entspricht der Tatsache, dass die ohnehin schon parzellierten Güter leichter und bedenkenloser aufgeteilt werden, die Sitte entspricht aber auch dem individualistischen Rechtsgefühl.

Es besitzen die besprochenen Aemter auch gelegentlich *geschlossene* Vererbung. Dies ist einmal dann der Fall, wenn Bauern des Mittellandes im Jura ausgedehnte Höfe kaufen, sei es als Ergänzung des Besitzes im Tiefland, als Weide, oder sei es zum Zwecke dauernder Ansiedlung. Andererseits bleiben Güter beieinander, wenn es sich um Pachtbetriebe oder um hochgelegene Einzelhöfe (Weidebetriebe) handelt. Zahlreiche Pachtgüter treffen wir im östlichen, dem Baselland zugekehrten Teil des Jura (Schelten) und in den Aemtern Pruntrut und Delsberg. So hat Montmelon (Porrentruy) Pachtbetriebe (*fermes*) und daher geschlossene Güter: „*Notre commune étant composée presque exclusivement de fermes, celles-là ne se morcellent pas.*“

Als Ergebnis ist eine gewisse Vergrößerung der Güter eingetreten, die sich vielleicht auch dann erhält, wenn die Höfe in das Eigentum des Bebauers übergehen:

«*Depuis une trentaine d'années la propriété s'est plutôt augmentée que morcelée dans notre commune, surtout dans les hameaux des Ravines et Outremont*» (Montmelon).

Die erwähnten Merkmale der jurassischen Realteilung lassen sich durch die nachfolgenden Zitate aus den eingegangenen Fragebogen belegen.

Amt Delémont, Gden. Courfaivre, Saulcy, Vermes, Bourrignon: «*Le partage entre les divers héritiers était (avant 1912) le mode le plus usuel*».

Amt Porrentruy, Gden. Bure, Boncourt, Grandfontaine, Lugnez berichten ähnlich wie Cornol: «*Le partage entre les divers héritiers a toujours été de mode dans*

notre commune ». Gde. Bure: « Chez nous les habitants sont à quelques exceptions tous paysans et chacun tient à avoir sa part du domaine surtout s'il provient de père et mère. »

Im *Amt Moutier* die Gdn. Court, Crémines, Saicourt, im *Amt Courtelary* Cortébert, im *Amt Franches-Montagnes* Le Noirmont, Les Pommerats, Les Breuleux, im *Amt Neuveville* Nods, berichten von der Freiteilung als alter Gewohnheit.

Amt Moutier, Gde. Crémines: « En général c'est le premier des fils qui se marie qui rachète *la maison* de ses parents, mais les terres sont toujours partagées entre les frères et sœurs ». Und: « En général, le propriétaire foncier sédentaire ne vend pas ses immeubles; à sa mort ils sont partagés entre ses enfants et ceux-ci rachètent les maisons et terres aux propriétaires fonciers qui meurent sans enfants. Ainsi se passent les générations ».

Amt Neuveville, Gde. Nods: « La transmission intégrale à un seul héritier n'avait lieu que lorsqu'il s'agissait d'un domaine arrondi qui ne pouvait être partagé. » Ebenfalls auf die hochgelegenen Höfe spielt der Bericht von Lamboing an: « Les domaines d'un seul mas étaient transmis à un seul héritier. »

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Alle Nachrichten aus dem Berner Jura zusammengehalten, geben das Bild des Realteilungsgebietes. Es erhebt sich nun die Frage, ob vollständige Aufteilungen und Versteigerungen noch vorkommen und ob das gesetzliche Anrecht auf ungeteilte Zuweisung des Gutes an einen einzigen Erben eine Veränderung in die Erbsitten hineingetragen hat. Es ist festzustellen, dass es vielerorts auch heute noch kaum verstanden wird, dass ein Erbe allen Grundbesitz beanspruchen kann. Aus dem Jura geht diese Einstellung aus vielen Antworten auf die Umfrage hervor und es wird bestätigt, dass nach dem Gesetzbuch berechnigte Erben die ungeteilte Zuweisung nicht verlangen, oder gewöhnlich nicht verlangen. Es ist häufig, dass auf Befragen hin gar kein Grund für diese Unterlassung angegeben werden kann. So melden:

a. Mitteilungen über Misserfolg des Art. 620 ZGB.

Amt Porrentruy, Gde. Bure: « La transmission intégrale des biens n'a lieu que très rarement, elle n'est pour ainsi dire jamais demandée ». Gde. Lugnez: « Un seul héritier ne réclame jamais tous les biens ». Bezeichnend ist auch die Erinnerung an ein gerichtliches Fiasko: « Depuis longtemps déjà il n'y a eu dans notre commune qu'un seul cas où un héritier a demandé la transmission intégrale du domaine et n'a pas eu gain de cause. »

Amt Delémont, alle sechs Berichterstatter bezeugen einmütig: die Berechnigten verlangen die Zuweisung nicht oder gewöhnlich nicht.

Amt Moutier, Gde. Saicourt: « Le mode de transmission intégrale n'est pas usuel chez nous. Est-ce par crainte de charges excessives, ou est-ce pour une autre raison, mais les héritiers qualifiés cherchent rarement une remise intégrale du domaine. » Crémines schreibt ebenfalls, dass eine Zuschätzung nicht verlangt werde.

Amt Franches-Montagnes, Gde. Les Pommerats und Les Breuleux, im *Amt Courtelary*, Gde. Cortébert, bestätigten alle, dass die ungeteilte Uebergabe nicht verlangt werde.

β. Vorkommen der vollständigen Aufteilung des Gutes nach 1912.

Amt Porrentruy, Gde. Bure: vollständige Aufteilung erfolgt: «Oui, presque toujours». Gde. Boncourt: «...chacun aime avoir sa part, les domaines étant très morcelés et ne formant presque jamais de grandes parcelles.» Cornol und Lugnez berichten in gleichem Sinn.

Amt Delémont, Gden. Ederswiler, Bourrignon, Courfaivre gleichlautend.

Amt Courtelary, Gde. Cortébert: «Il y a très peu de domaines ruraux dans notre commune. Les terres sont morcelées et les agriculteurs peuvent facilement agrandir ou diminuer leur exploitation agricole. — Il arrive que le domaine est vendu à un des héritiers».

Amt Neuveville, Gde. Nods: «Oui (le partage complet) c'est ordinairement la règle. Par peur des dettes et aussi à cause de la main-d'œuvre qui est rare et chère».

Amt Moutier, Gde. Saicourt: «De tels partages complets se font, quand plus d'un enfant se vouent à l'agriculture, et c'est par équité que les parents ou les héritiers se décident ainsi.»

γ. Vorkommen der Versteigerungen nach 1912.

Amt Franches-Montagnes, Gde. Les Breuleux: «Les biens se liquident par adjudications publiques». Le Noirmont: «Le partage se fait par vente privée ou publique au plus offrant, sans égards aux héritiers qui seraient éventuellement acquéreurs».

Amt Delémont, Gde. Courfaivre schreibt zur Frage der Auswahl unter mehreren Erben, dass das meist durch einen Verkauf gelöst werde.

Amt Courtelary, Gde. Cortébert: die Vererbung mache sich durch Verkäufe («par voie de vente»).

Wir haben indessen gesehen, dass im Berner Jura die hochgelegenen Höfe, aber auch gewisse Dorfschaften wie Sonvilier und Boécourt ungeteilt, oder doch meistens ungeteilt vererben. Es ist bezeichnend, dass hier von der Realteilung abgesehen wird ohne Anrufung von Artikel 620 ZGB, wie Boécourt (Amt Delémont) ausdrücklich bemerkte: „Les héritiers qualifiés ne réclament pas cette transmission de l'article 620, CCS.“

Immerhin weist der Jura bemerkenswerte Anfänge des Eindringens des neuen Rechtes auf. Im Ueberblick kann man, dem Amtsschreiber von Moutier zustimmend, sagen: „La transmission intégrale se fait actuellement plus souvent qu'avant 1912.“ Natürlich hat das bäuerliche Erbrecht vorweg in den Gebieten Fuss gefasst, welches die natürlichen Anlagen zur geschlossenen Uebergabe der Güter besass. Wir können aus den Aemtern mit hohen Lagen Mitteilungen über Einführung des bäuerlichen Erbrechts anführen. Belege:

δ. Erfolge des Art. 620 ZGB.

Amt Courtelary, Gde. Sonvilier: «Le principe du C. C. S. est observé d'une manière générale.» Orvin sagt, dass die Anwendung des Art. 620 ziemlich häufig, assez fréquemment, erfolge. Plagne, das seine Güter geschlossen vererbt, erinnert sich aber nur an einen Fall, wo das Recht des Artikels 620 reklamiert wurde.

Amt Franches-Montagnes, Gde. Epauvillers: «La transmission intégrale de la propriété se fait ordinairement.» Le Noirmont: dieses Prinzip werde hie und da beachtet.

Amt Neuveville, Gde. Lamboing und Nods bestätigen die ungeteilte Vererbung für die arrondierten Höfe.

Amt Delémont, Gde. Boécourt macht sich mit der ungeteilten Uebergabe bekannt: « Les deux cas arrivent autant un que l'autre ».

Amt Courtelary, Gde. Sonvilier vererbt geschlossen, sicher nicht nur wegen der Betriebsart oder wegen dem bestehenden rechtlichen Anspruch, sondern auch wegen der Abwanderung zur Uhrenindustrie.

2. Uebrigcs westschweizerisches Realteilungsgebiet.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Die Kantone Neuenburg, Waadt, Genf und die Bezirke Gruyère, Veveyse und Broye des Kantons Freiburg bilden den übrigen Teil des romanischen Realteilungsgebiets der Westschweiz. Neben der Teilungssitte ist, insbesondere im Kanton Waadt, die geschlossene Uebergabe, wenn auch nur unregelmässig, festzustellen. Die Westschweiz ist und war insbesondere vor 1912 Realteilungsgebiet und die vollständige Aufteilung der Güter kann als sehr häufig bezeichnet werden. Wenn mehrere Kinder als Landwirte in der Umgebung des elterlichen Hofes angesiedelt sind, so ist mit Sicherheit zu erwarten, dass das fallende Erbe realiter aufgeteilt wird. Allerdings würden wohlarrondierte Betriebe kaum dieses Schicksal erleiden, aber derartige Höfe sind selten. Die bäuerlichen Anwesen sind zum grössten Teil sehr zerstückelt, bewirkt durch alteingewurzelte Teilungssitten. Das letztere trifft insbesondere für den freiburgischen Broye-Bezirk zu, welcher Feldgemüse und Handelspflanzen in umfangreicherem Masse anbaut. Die waadtländischen Bezirke Payerne und Avenches haben ähnlichen Charakter.

Die Teilungssitte ist in der Westschweiz eine radikale aus Gründen der Anhänglichkeit an den seit Generationen von der Familie bearbeiteten Boden; jedes Kind will ein Stück des elterlichen Gutes erben. Sobald die natürlichen Bedingungen gegeben sind und sobald insbesondere die vorhandenen Gebäulichkeiten zerstreut liegen, erfolgt die Teilung im Erbgang als vollständige Auflösung des elterlichen Besitzes.

Neben den radikalen Teilungssitten beobachtet man auch in diesem Teil des westschweizerischen Freiteilungsgebiete ähnlich wie im Berner Jura Striche, welche aus Gründen der wirtschaftlichen Eigenart die Güter geschlossen vererben. Es handelt sich hauptsächlich um die Höhenzüge gegen Le Locle, wo die Weidebetriebe eine Teilung nicht aushielten. Es ist hier aber keineswegs ein Sohn, etwa der jüngste oder der älteste, für die Uebernahme des Gutes vorbestimmt, sondern es tritt Versteigerung der Liegenschaft als Ganzheit ein.

Belege zur Teilung der Güter vor 1912.

Kt. Genf, Service du Registre foncier (Grundbuchamt): « Il n'y avait pas de règle fixe. Si un seul des héritiers (fils ou fille mariée) était qualifié, le domaine lui était en général attribué. Si plusieurs étaient déjà établis dans la même région

comme agriculteurs, le domaine était partagé et chaque héritier recevait une partie des terres, vignes etc. qui venait ainsi agrandir leur propre exploitation rurale. Il arrivait aussi que chaque héritier recevait une partie de chaque genre de culture. D'où morcellement excessif du sol.»

Kt. Waadt, Notariatskreis Payerne und Avenches: «Pour les domaines arrondis la transmission à un seul héritier était de règle (c'est d'ailleurs le petit nombre des domaines). Pour les domaines morcelés la règle était de procéder à un partage entre les divers héritiers.»

Kt. Neuenburg, alle Bezirke melden mit geringen Durchbrechungen die Teilungssitte. So der Bezirk Neuenburg: «Les deux modes se pratiquaient, mais on voyait plus souvent le partage.»

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechtes des ZGB.

Das Recht auf Zuschätzung des ganzen Betriebes an einen einzigen Erben war für die Westschweiz ganz neues Recht. Viele der westlichen Kantone hatten die Artikel des „partage forcé“ des Code Napoléon in ihren Zivilrechten übernommen, wie etwa der Artikel 106 des alten freiburgischen Zivilrechts belegt. Die Landessitte entsprach bis zur Einführung des ZGB vollständig diesen gesetzlichen Bestimmungen. Seit dem vereinheitlichten schweizerischen Gesetzbuch beginnt die geschlossene Vererbungsweise Eingang zu finden. Dabei ist das Waadtland mit der neuen Uebergabeart voraus gegangen und Neuenburg in neuester Zeit nachgefolgt.

Der Berichterstatter von Genf sagt zu unserer Frage 2a nach der Bewährung des „Anerbenartikels“ ZGB 620, er wisse nicht, wie häufig die geschlossene Zuschätzung bloss verlangt aber nicht durchgehalten werde, immerhin sehe das Grundbuchamt den Akt der geschlossenen Uebergabe eintreten.

In Genf und Waadt ist somit ein Fortschritt oder ein Vordringen geschlossener Uebergabe festzustellen. Diese Tatsache erklärt sich einmal durch die Abwanderung in die benachbarten bedeutenden Städte, ausserdem ist der Geburtenrückgang an der Zunahme ungeteilter Uebergabe schuld; auch die Propaganda der landwirtschaftlichen Verbände zur geschlossenen Vererbung findet Beachtung.

Gruyère scheint die alte Teilungssitte beizubehalten. Aber in den freiburgischen Aemtern Broye und Veveyse beginnt das neue Erbrecht wirksam zu werden. Es fehlten die vollständigen Aufteilungen von Gütern nach den Berichten dieser Distrikte. Indessen ist ein schroffer Wechsel der Erbsitten nicht zu erwarten.

Das Schätzungsamt des Schweizerischen Bauernverbandes in Brugg, das Ertragswertschätzungen in Erbfällen übernimmt und durchführt, bestätigt aus seinen Erfahrungen dieses Ergebnis. Es schreibt:

„In der welschen Schweiz, wo früher die Realteilung allgemein üblich war, fanden die neuen Bestimmungen Eingang in der Waadt und in letzter Zeit auch

im Kanton Neuenburg. Immerhin verursacht die konsequente Anwendung der Gesetzesbestimmungen unter den älteren Leuten noch Aufsehen.“

α. Teilweise Erfolge des Art. 620 ZGB:

Die Enquete liefert ferner folgende Belege:

Kt. Genf, Grundbuchamt: «Nous ne voyons que l'acte par lequel cette attribution est faite moyennant paiement aux autres héritiers d'une soulte en espèces. Paiement immédiat fréquent. Soulte garantie par hypothèque en cas de non paiement immédiat».

Kt. Neuenburg, Grundbuchamt Neuenburg: Der Artikel 620 ZGB wird «presque jamais appliqué». Grundbuchamt Boudry: «Généralement la transmission n'est pas demandée, à quelques exceptions depuis 1912».

Kt. Waadt, Bezirke Payerne und Avenches: «Les héritiers qualifiés ne réclament ordinairement la transmission des biens ruraux que si le domaine n'est pas morcelé».

Die Landwirtschaftskammer in Lausanne berichtete: „Die ungeteilte Gutsübergabe nach Artikel 620 ZGB tritt immer mehr in Anwendung. Nach meinem Ermessen trifft sie zirka die Hälfte der landwirtschaftlichen Erbteilungen.“

Trotz diesem festgestellten Fortschritte der ungeteilten Gutsübergabe in der Westschweiz kamen vollständige Aufteilungen der Güter immer noch recht oft vor. Wir erhielten folgende Antworten:

β. Vorkommen der vollständigen Aufteilung der Güter nach 1912.

Kt. Genf, Grundbuchamt: Die Frage 4d unseres Schemas nach der vollständigen Aufteilung von Betrieben wird „für viele Fälle“ bejaht.

Kt. Waadt, Notariatskreis Aigle: «Les «domaines» au sens strict du mot ne sont pas nombreux dans cette région. Les biens constituant l'héritage sont le plus souvent dispersés et sont très généralement partagés par parts égales entre les ayant-droits, chacun d'eux voulant avoir son lopin de terre et pouvant ainsi continuer les travaux des champs auxquels il a été habitué dès son enfance.» Die Chambre d'Agriculture, Herr H. Blanc, berichtet, dass im Waadtland wohl früher die Teilung stets stattfand, heute sei sie nicht mehr so verbreitet. „Wenn mehrere Söhne Landwirte sind, dann gibt es häufig ein Testament mit Naturalteilung des Gutes.“ — Als häufig werden die Aufteilungen in den Bezirken Payerne und Avenches bezeichnet. — Bezirke Payerne und Avenches: «Dans notre région où la propriété est morcelée, l'attribution du domaine selon l'article 620 CCS n'est pas désirable. Le partage qui contribue à retenir à la terre le plus grand nombre d'enfants des campagnes est préférable».

Kt. Freiburg, der Bezirk Gruyère bezeichnet die vollständigen Aufteilungen als Regel, vom Bezirke der Veveyse schrieb man: «Le cas n'intervient que lorsque les bâtiments s'y prêtent». — Bezirk Broye: «La division des propriétés dans les régions où l'on s'adonne à la *pluriculture* est un facteur qui empêche l'appauvrissement des familles et attache les enfants au sol.»

Kt. Neuenburg, Grundbuchamt Le Locle: «Non, elle (la transmission intégrale) n'est pas réclamée. — La transmission des domaines est toujours réglée par un partage et les biens ruraux, soit bétail et matériel sont généralement vendus aux enchères publiques».

III. Die alpinen Realteilungsgebiete.

1. Das Berner Oberland.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Das Berner Oberland, zu welchem dem alpinen Charakter entsprechend vom Amte Thun auch die Gemeinde Sigriswil zu rechnen ist, ist seit Jahrhunderten als freiteilendes Gebiet bekannt. Weil eine starke Zerstückelung da ist, werden zu leicht die einzelnen Parzellen an *verschiedene* Erben weitergegeben und so die Güter der vollständigen Aufteilung entgegengeführt. Die Umfrage hat ergeben, dass auch jetzt noch meist Teilung eintritt, dass aber die geschlossene Vererbung Fortschritte macht und weiter machen wird. Festzustehen scheint für das Berner Oberland, dass eine Weiterteilung der einzelnen Parzellen kaum mehr vorkommt. Der Verzicht auf die Parzellenteilung dürfte der erste Schritt zur ungeteilten Uebergabe im Oberland darstellen. Arrondierte Güter werden im Oberland nicht weiter geteilt. Man hat den Eindruck, nach einer einmal zustande gebrachten Güterzusammenlegung würde der Vorteil der Geschlossenheit nicht so bald wieder aufgegeben. Während die östlichen Aemter Oberhasli und Interlaken heute noch die radikalen Teilungssitten aufweisen, beschränkt sich der Stillstand der Zerstückelung und insbesondere die Einstreuung geschlossener Gutsübergabe auf den westlichen Teil des Oberlandes. Hier hat die Vermeidung der Zerstückelung im Erbgang schon einen beachtenswerten Umfang angenommen. Die geschlossene Uebergabe wird zur Tradition (vgl. Gemeinde Krattigen unten). Geschlossene Vererbung wird unterstützt durch die Abwanderung aus den Viehzüchertälern des Simmen- und Kientals und durch die Ergreifung anderer, meist mit dem Fremdenverkehr zusammenhangender Berufe. So kommt es, dass hier die Realteilung wenigstens nicht ausschliessliche Sitte ist.

Die wichtigsten Zuschriften über diese Vorgänge führen wir in drei Gruppen an:

a. Teilung der Güter ist allgemeine Gewohnheit.

Amt Interlaken, Gde. Bönigen: „Eigentliche Bauerngüter besitzen wir hier nicht. Die Grundstücke sind stark zerstückelt, im Halte von $\frac{1}{2}$ bis 3 Jucharten (18—108 Aren¹⁾). Es gibt Eigentümer von 6—8 solcher Grundstücke. Bei Austeilungen erfolgt Anweisung auf einzelne Grundstücke und bei Differenzen Ausgleich durch Aushergelder.“

Die Gemeinden Gsteigwiler, Brienz und Gemeinden aus dem *Amt Oberhasli*, Sigriswil (*Amt Thun*) und Spiez (*Amt Nidersimmenthal*) melden die Freiteilungssitte.

¹⁾ Teilungen von Grundstücken in kleinere Parzellen als 18 Aren für offenes Land mit Ausnahme der Haus- und Hofplätze, Gärten, Baumgärten und Weinberge, sind im Kanton unzulässig und dürfen nicht ins Grundbuch eingetragen werden (Art. 73 des bern. Einführungsgesetzes zum ZGB).

Die vollständige Aufteilung der Güter im Erbgang wird von Brienz, Meiringen, Gadmen, Reichenbach, Boltigen bestätigt mit: „Ja, weil uralter Ortsgebrauch und weil das Land vielfach zerstückelt ist“ (Brienz).

Amt Obersimmental, Gde. Boltigen: „Als Berggegend weist unsere Landwirtschaft eine grosse Zerstückelung der Güter auf. Es kommt selten vor, dass ein Landwirtschaftsbetrieb aus einem Grundstück besteht. Der eine Erbe nimmt dies Grundstückli und der andere ein anderes. Eine geschlossene Uebergabe kommt selten vor.“

β. Stillstand der Bodenzerstückelung.

Nun lassen wir einzelne Belege über die Vermeidung der Parzellenzerzertrennung und der Teilung geschlossener Güter folgen:

Amt Oberhasli, Gde. Meiringen: „Gewöhnlich bestehen die hiesigen Betriebe in verschiedenen Abschnitten und es werden die einzelnen Abschnitte den einzelnen Erben zugeteilt. Ein arrondiertes Heimwesen wird meistens nicht weiterverteilt.“

Amt Interlaken, Gde. Bönigen: „Zerstückelungen einzelner Grundstücke kommen sehr selten mehr vor. Die Erben einigen sich jeweilen auf Uebernahme dieses oder jenes Grundstückes. Will der einte Erbe kein Grundstück, so wird er anderswie ausgewiesen.“ — Gde. Lauterbrunnen: „Die Liegenschaften bestehen aus verschiedenen Grundstücken, diese werden gewöhnlich nicht mehr zerrissen.“

Amt Nidersimmental, Gde. Spiez: „Es kommt eine Verteilung vom Gesamtgrundbesitz, nicht eine Teilung von einzelnen Grundstücken unter die Erben vor.“

Amt Thun, Gde. Sigriswil: „Geschlossene Güter werden höchst selten aufgeteilt.“

γ. Einmischung geschlossener Vererbung.

Amt Frutigen, Gde. Krattigen am Thunersee: „Es war (schon vor dem ZGB) geschlossene Uebergabe der Bauerngüter üblich.“ Die Gde. Reichenbach berichtet, dass „nur zum Teil“ Zuweisung an alle Erben erfolgte.

Amt Nidersimmenthal, Gde. Diemtigen: „Uebergabe des Gesamtbesitzes war mehrheitlich Uebung. Immerhin kam bei dem stark parzellierten Grundbesitz auch ein grosser Prozentsatz von geteilten Zuweisungen vor.“

Amt Saanen, Gde. Saanen: weist auf die Ortsübung der Uebernahme wenigstens des Sässhauses mit Umschwung durch den Jüngsten hin: „Bei Weiden und Alpen dagegen erfolgt häufig Zuteilung von Weidrechten an sämtliche Erben.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Eine Zuwendung zur geschlossenen Vererbung nach in Kraft treten des ZGB ist mehr in den Gebieten festzustellen, die sowieso in gewissem Masse dieser Sitte huldigten: in der westlichen Hälfte, dem sogenannten äusseren Oberland. Das ZGB hat im Berner Oberland vorläufig mehr festigend als erodernd für die ungeteilte Vererbungsweise gewirkt.

Die alpine Bauernwirtschaft kennt in der Tat Schwierigkeiten, welche die Einführung der geschlossenen Vererbung verzögern, im Unterland aber keine so grosse Rolle spielen. Der umfangreiche gemeinsame Besitz von Alpweiden und Wäldern stellt eine zuverlässige Reserve des Bauern dar, so dass er weniger auf einen abträglichen und arrondierten Besitz im Tale achtet. Der allgemeine Mangel an Bargeld ist ein weiterer Grund, statt des Auskaufes alle Geschwister in Naturalbezügen und Landstücken

abzufinden. Ein Auskauf würde die ohnehin durch die Aufnahme von Betriebskapital belasteten Heimwesen verschulden. Ein regelmässiger Absatz und eine entsprechende Bargeldeinnahme wie sie die Milchwirtschaften des Flach- und Hügellandes besitzen, fehlt meist im Oberland. Damit wird der Bewohner auf die naturalen Vermögensstücke verwiesen, was den Erbgängen die Realteilung aufdrängt. Endlich scheint ein Grund des geringen Einflusses des neuen Rechts einfach in der Unkenntnis des heutigen Zivilgesetzbuches und der Absicht des Gesetzgebers zu liegen. Es ist somit zu erwarten, dass beim weiteren Bekanntwerden der gesetzlichen Rechte eines zum Selbstbetrieb entschlossenen und geeigneten Uebernehmers, die Zuschätzungen der ungeteilten Betriebe, soweit die Verschuldung es gestattet, häufiger werden.

Belege über die Wirksamkeit des ZGB.

Amt Frutigen, Gde. Krattigen: „Es wird grösstenteils nach Artikel 620 ZGB gehandelt.“

Amt Nidersimmental, Amtsschreiberei in Wimmis: „Es ist schon mehrmals vorgekommen, dass Erben diesen Anspruch erhoben und das Gut durch die Gült-schätzungskommission schätzen liessen. Das sind Ausnahmen. Im grossen und ganzen hat sich der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe noch nicht durchzusetzen vermocht.“

Amt Interlaken, Gde. Brienz: „Bis dahin hat im Oberland die Ansicht geherrscht, Artikel 620 finde nur seine Anwendung auf die unteilbaren Heimwesen des Unterlandes, nicht aber auf den mehr oder weniger zerstückelten Grundbesitz in hier. Gegenwärtig wird nun das Bestreben konstatiert, den erwähnten Artikel auch auf hiesige Gegend anzuwenden. Solche Begehren sollen sogar durch das Bundesgericht geschützt worden sein.“

Amt Saanen, Gde. Saanen: „Das neue Zivilgesetzbuch hat im Erbgang sozusagen keine Aenderungen gebracht.“

Aemter Ober- und Nidersimmental, Gden. Boltigen, Spiez und Diemtigen schreiben im gleichen Sinn. *Diemtigen:* „Die Bestimmungen des bäuerlichen Erbrechts nach ZGB sind in den meisten Fällen nur schwer durchzuführen wegen der Ueberschuldung der Liegenschaft“. *Gde. Spiez:* „Die Verhältnisse haben sich seither (seit 1912) nicht wesentlich verändert.“

Amt Interlaken: Neben der zitierten Antwort aus Brienz erhielten wir zahlreiche Zuschriften über die Einflusslosigkeit des gesetzlichen Anspruchs auf ungeteilte Vererbung. So aus den Gemeinden Lauterbrunnen, Bönigen und Gsteigwiler: „Die Erben verzichten in der Regel auf geschlossene Gutsübergabe“ (Gsteigwiler).

Amt Oberhasli, Gden. Meiringen und Gadmen kennen ebenfalls keine Veränderungen durch das ZGB.

Amt Thun, Gde. Sigriswil: „Dieser Anspruch wurde bis jetzt selten erhoben.“

e. Die Vererbung der Alpnutzungsberechtigung.

Die Vererbung der Nutzungsrechte an den Alpweiden richtet sich stark nach der Alpverfassung. Die Privatalpen werden wie die Talgüter vererbt. Von den Verfassungen des Kollektivbesitzes kommen noch heute die drei Haupttypen vor: Persönlicher Burgernutzen, Nutzung nach Umfang des Talgutes und Nutzung nach Besitz der frei negoziablen Kuhrechte

und der Anteile an Privatrechts-Genossenschaften. Die Alp selber ist fast in jedem Fall nach Kuhrechten gesezt.

In die Privatalpen teilen sich im Erbgang meist mehrere Erben, d. h. sie übernehmen die Alp zur gesamten Hand, die Zahl der Kuhrechte den Erbquoten entsprechend. Wo das Nutzrecht ein persönliches und burgerliches ist, wird es überhaupt nicht vererbt, sondern durch Akreszenz erworben. Meist sind Bedingungen für den Antritt der Nutzung festgelegt, wie Anwesenheit im Dorf, zurückgelegtes 20. Altersjahr usw. Macht der Besitz an Talliegenschaften für das Mass des Alpnutzens Regel („gerandete Alpen“ im Oberhasli), so werden die im Erbgang befindlichen Kuhrechte zerteilt wie die Talmatten¹⁾. Auch die frei begebaren Kuhrechte und Genossenschaftsanteile werden regelmässig unter den Erben verteilt.

Belege sind:

Amt Oberhasli, Gde. Meiringen: „In der Gemeinde Meiringen besteht keine sog. Randungsalp, die Alprechte sind selbständige Besitzerrechte und werden auf die Erben verteilt. In den Nachbargemeinden hat es aber sog. Randungsalpen, die zum Grundbesitz gehören und von diesem nicht losgetrennt werden können.“

Amt Interlaken, Gde. Bönigen: „Gemeinde- und Genossenschaftsalpen. Die Verteilung (unter die Erben) erfolgt im Verhältnis der Uebernahme von Grundstücken“. Gde. Gsteigwiler: „Im Berichtsbezirk befinden sich nur Gemeindealpen, die von den Burgern zu gleichen Teilen genutzt werden. Einzig ein Vorsass ist dem im Gemeindegebiet befindlichen Kulturland im Verhältnis des Flächeninhalts zugeteilt (gerandete Alp)“.

Amt Frutigen, Gde. Krattigen: „Die Alpnutzungsrechte werden meistens in Kuhrechte aufgeteilt und die Erben werden auf Kuhrechte angewiesen“ (Sigriswil berichtet gleich). Gde. Reichenbach: „An gemeinen Alpen werden die Anteile nach Kuhrechten verteilt und die reflektierenden Erben erhielten davon, event. wurden davon auch an Dritte verkauft. Andere Alpen (private, Verf.) werden durch einen oder mehrere Erben übernommen.“

Amt Niderrsimmental, Gde. Diemtigen hat „hauptsächlich Privatalpen, daneben Korporationsalpen (Allmenden), die als Zugehör zur Talliegenschaft dienen, und die einzelnen Anteile werden mit der Talliegenschaft verwertet.“

2. Die übrigen alpinen Realteilungsgebiete.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Die alpine Südrampe der Schweiz ist seit Jahrhunderten ein grosses zusammenhängendes Freiteilungsgebiet. Diese Sitte ist eine entschiedene, kommen doch die vollständigen Aufteilungen der Güter unter den Erben oft vor und werden doch an einzelnen Orten noch heute die Parzellen einzeln geteilt. Für den Tatbestand der fortgesetzten Teilung stehen uns zahlreiche Belege zur Verfügung.

Die Erforschung der Ursachen der alpinen Realteilung fördert wiederum verschiedene Faktoren zu Tage. Die erste Ursache ist die vorge-

¹⁾ Der Artikel 105 des bernischen Einführungsgesetzes zum ZGB setzt der Teilung der Kuhrechte Schranken. Dem Parzellierungsminimum für Land entsprechend sind Teilungen von Kuhrechten unter einem Viertel Kuhrecht verboten und dürfen nicht ins amtliche Seybuch eingetragen werden.

fundene, alt überlieferte Parzellierung des Grundbesitzes. Es kommt der Mangel an Bargeld hinzu, der es verunmöglicht, jemand von den Miterben auszukaufen. Die Güter sind meist sowieso zu teuer, als dass sie noch Schulden für den Auskauf tragen könnten. Zu allen diesen Ursachen ist beizufügen, dass in entlegenen Tälern keine andern Verdienstmöglichkeiten als die Landarbeit bestehen, so dass jeder auf die Ererbung väterlicher Liegenschaften angewiesen ist. Diese werden um so lieber übernommen, als sie (wie schon für Aigle und den Berner Jura erwähnt wurde) einen gewissen Pietäts- und Affektionswert darstellen.

Kt. Wallis, Valais Central, Sion: «Le mode usuel (avant 1912) était le partage entre héritiers. Il n'y a d'ailleurs en Valais que peu d'exploitations agricoles d'un seul tenant (domaine agricole). Elles sont généralement composées de nombreuses parcelles que les héritiers se repartissent entre eux et qui souvent même sont divisées lors du partage».

Kt. Graubünden, Gde. Medels, Bündner Oberland: „Die Grundstücke messen im allgemeinen 200—800 m², die entfernten, meist wenig ertragreichen ausgenommen; sie sind also ganz zerstückelt. Anspruch auf geschlossene Uebergabe hat unseres Wissens noch niemand erhoben. Das Volk klebt an der Scholle und jeder will wenn möglich seine Parzellen haben.“ *Gde. Laax:* „Ja (es gibt vollständige Aufteilung), weil meistens jeder Erbe Anteil haben will am Grundbesitz des Erblassers aus einer gewissen Pietät.“ *Gde. Mesocco:* „Die Bodenzerstückelung lastet als ein Fluch auf unserer Landwirtschaft und hemmt jeden Fortschritt.“ *Gde. Sils, Oberengadin:* „Zerstückelten Gebieten kann die Verteilung unter alle Miterben auch nichts schaden.“ — „Vollständige Aufteilung an alle Erben, wenn etwa alle Bauernleute sein können, die schon eigenen Besitz haben und durch die Erbschaft ihre Güter vermehren können.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bäuerlichen Erbrechts des ZGB.

Die Einsicht, dass die Parzellierung nicht weiter gehen sollte, bricht sich im Alpenland auf verschiedenen Wegen Bahn. Wo jene seltenen geschlossenen Güter noch vorkommen, werden sie ganz erhalten. Ebenso ist den Bergbewohnern die ungeteilte Uebergabe möglich, wo einzelne Erben sich schon von der Landwirtschaft abgewendet haben, oder dann wird doch neuerdings darauf gesehen, dass die Landlose zweckmässig abgegrenzt und verteilt werden. Bei jeder Realteilung ist es möglich, das Land so zu verteilen, dass die Parzellen den bisherigen Besitz der Erben abrunden, statt ihn zu verzetteln. Diese zweckmässige Auswahl ist die Hauptthese des walliser Ortskenners *de Riedmatten*¹⁾ und in der Tat hat die vorsichtige Bildung der Landlose, sowie die Durchsetzung von Auskäufen der Abgewanderten im Oberwallis schon ein Zusammenwachsen der Güter bewirkt. Der Grundbuchführer von Brig schrieb uns für seinen Kreis über die beginnende Integrierung: „Es ist ein grosser Fortschritt zu verzeichnen bezüglich der Güterzusammenlegung, resp. wenn immer möglich, wird die Güterzerstückelung vermieden“. Mittelwallis erwähnt

¹⁾ *L. de Riedmatten, Du morcellement de la propriété dans le Canton de Valais et des moyens de le combattre. Diss. jur. Bern 1910.*

seine wenigen arrondierten Güter, die sämtlich neueren Datums sind, „de constitution plutôt récente et n'ont pas encore donné lieu à la transmission par voie successorale.“

Bei diesem Bestreben, zur geschlossenen Uebergabe der Betriebe zu gelangen, hat, um es gleich vorweg zu nehmen, das Zivilgesetzbuch nur sehr geringen Anteil. Jene natürlichen Ursachen, welche zur Teilung oder gelegentlich zum Auskauf führen, sind stärker und wichtiger als der Rechtsanspruch. Der Anspruch auf geschlossene Zuweisung wird im Wallis, Tessin und in Graubünden nur selten erhoben. Es ist häufig, dass die Bevölkerung das neue Recht gar nicht kennt und aus den frühern kantonalen Zivilgesetzen sind eher Regeln der Realteilung dem Volk geläufig (z. B. Tessin Codice Civile 1837, Artikel 575 ff.).

a. Belege, die auf das ZGB Bezug nehmen.

Kt. Tessin, Bericht des Justizdepartements vom 6. Juni 1930: „Prima dell'entrata in vigore del CCS la trasmissione della proprietà agricola ad un solo coerede costituiva un'eccezione; mentre la divisione fra i coeredi costituiva la regola costante. Talvolta la divisione degli immobili avveniva tra i figli maschi, con la tacitazione in denaro delle femmine maritate. L'articolata 620 CCS ottenne una limitissima applicazione, essendo quasi ignorato dalla nostra popolazione agricola.“

β. Schlechte Vermögensverhältnisse und vollständige Aufteilung der Güter.

Kt. Tessin, Dipartimento di Giustizia, Bellinzona: Die vollständige Aufteilung komme im Kanton Tessin recht häufig, assai sovente, vor: «assai sovente e specie per il motivo che non esistono mezzi finanziari per tacitare in contanti gli aventi diritto all'eredità.»

Kt. Wallis, Grundbuchamt Valais-Central, Sion: «Nous ne connaissons pas de cas où il ait été fait usage des dispositions de l'art. 620.» Bas-Valais, Monthey: «Oui, il y a partage complet du domaine, parcequ'il n'y a pas assez d'argent pour faire les parts des autres héritiers et que le domaine est généralement grevé.»

Kt. Graubünden, Direktion der Landwirtschaftlichen Schule *Plantahof*, Landquart: „Die Vererbung findet nach bisherigem Modus statt, indem geteilt wird, was mit unsern Verhältnissen am besten im Einklang steht.“ Gde. Bergün, Albulatal: „Der Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe wird selten erhoben.“ Gemeindepräsident von Bergün: „Haus und Güter sind meistens die einzigen Aktiva, die Vermögen sind klein und daher, wenn ein einziger Erbe Haus und Güter übernehme, wäre es sehr schwer, die Miterben zu befriedigen. Daher muss geteilt werden.“ Gde. Zuoz, Oberengadin: „Es kommt vor, dass hin und wieder ein Erbe Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe erhebt, dies besonders vor der landwirtschaftlichen Krise.“ „Da bei uns keine eigentlichen arrondierten Güter existieren, wurden vor 1912 die einzelnen Parzellen meist bestmöglich den Erben zugeteilt.“ Gde. Poschiavo: „Die ungeteilte Gutsübergabe hat sich hier noch nicht recht eingelebt.“ Bericht des Podestà von Poschiavo: „Es ist (die Realteilung) geradezu Regel, da die Kopfzahl der Familien im Durchschnitt sehr gross ist, die Vermögensverhältnisse schlecht, die Verdienstverhältnisse noch schlechter sind. Die Existenzverhältnisse der Landwirte sind ungemein hart.“ Gemeindevorstand von Münster: „Seit alters her ist der Grundbesitz in Parzellen. Bei der Erbteilung werden dieselben vielfach noch geteilt. Geschlossene Bauerngüter, deren es hier nur etwa 6—7 gibt, an den Berglehnen, von Wald umgeben, werden nicht zer-

stückelt.“ Gde. Vals: „Die Güter sind hier viel zu teuer und stehen oft in keinem Verhältnis zur Rendite.“ — Allein aus Graubünden besitzen wir 14 weitere Bestätigungen der Realteilung.

γ. Stillstand der Parzellierung.

Kt. Wallis, Grundbuchamt Oberwallis: „Es kommen nicht selten Fälle vor, wenn der eine Erbe nicht im Kanton wohnt, dass die übrigen Erben ihn mit Geld abfinden.“

Kt. Graubünden, Gde. Obersaxen, im Oberland: „Ja (die vollständige Aufteilung kommt vor), weil die Leute Landwirtschaft betreiben wollen und nicht durch Uebernahme des ganzen Gutes verschuldet werden wollen. Bei der Teilung wird darauf geachtet, dass grosse Stücke beisammenbleiben und nicht verstückelt werden.“ Gde. Mesocco: „Ungeteilte Gutsübergabe kommt sehr selten vor. Es wird noch geteilt, aber weniger (Parzellen) zerstückelt.“ Gde. Andeer: „Teilung ist heute noch üblich, wobei ausgewanderte oder nicht Landwirtschaft treibende Familienglieder ihr Betreffnis weiter veräussern.“ Gde. Tinzen, Oberhalbstein: „Wo es sich ausführen lässt, pflegt man die geschlossene Gutsübergabe.“ Gde. Arosa: „Wir haben hier überhaupt nur zirka 14 landwirtschaftliche Betriebe. Ungeteilte Gutsübergabe ist in den bis jetzt vorgekommenen Fällen häufiger.“ (Hotelgewerbe nimmt Einfluss. Aehnlich Sils.) Gde. Münster, Münstertal: „Immer noch viele kleine Parzellen, welche unter die Erben nach Massgabe ihres Wertes verteilt werden. Die Teilung der Parzellen ist zurückgegangen, da Parzellen unter 12 Aren laut Gesetz nicht geteilt werden dürfen.“

c. Die Vererbung der Alpnutzungsberechtigung.

Wie im besprochenen bernischen Alpengebiet werden auch in den übrigen Kantonen die Alprechte wie die Talgüter vererbt. Es herrscht auch bezüglich der Alprechte die Realteilung vor, d. h. die Kuhrechte, welche sich in der Erbschaft finden, werden verteilt. Die Erben pflegen sie durch Kauf und Tausch zu ergänzen.

Kt. Waadt, Notariatskreis Aigle: «Les pâturages appartenant aux Communes sont affermés pour un certain nombre d'années. Ceux appartenant à des syndicats sont exploités par ceux-ci... Chacun des membres du syndicat... possède un certain nombre de «droits d'herbe» lui permettant de faire pâtre un nombre adéquat de pièces de bétail sur la montagne. Ces droits sont transmissibles par succession comme les autres biens. Toute-fois les héritiers doivent en faire l'attribution et la répartition à tels d'entre eux, la société ne reconnaissant qu'un seul propriétaire par droit ou part de droit.»

Kt. Wallis, Grundbuchamt Oberwallis, Brig: „Wir hier im Oberwallis haben meistens Genossenschaften für die Alpnutzungs- oder Kuhrechte. Diese werden wie andere dingliche Rechte veräussert... Es sind Alprechte, die bis zu Fr. 500 und Fr. 1000.— pro Stück bezahlt werden in den bessern Alpen wie in Binn.“

Grundbuchamt *Valais-Central*, Sion: «Les hauts pâturages (alpages) sont presque tous dans le Valais Central la propriété de Consortages. Ils sont subdivisés en autant de droits de fonds ou de parage que l'alpage peut contenir de têtes de bétail. La transmission s'effectue par le partage entre les héritiers des droits que possédait le défunt.»

Grundbuchamt *Bas-Valais*, Monthey: «A Champéry et Illiez il y a «consortage», ailleurs, les terrains sont partie du domaine communal ou généralement bourgeoisial. Les bâtiments appartiennent à des Syndicats.»

IV. Das alemannisch-dörfliche Realteilungsgebiet.

1. Das bernische Seeland und Laufental.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

In den bisher betrachteten Strichen waren es die romanische Ueberlieferung und das individualistische Rechtsgefühl, in den Alpen die Abgeschlossenheit und der ausgedehnte Kollektivbesitz, welche die naturale Teilung der Bauerngüter erklären. Unterstützt wird in den westlichen und alpinen Gebieten die Realteilungssitte durch ihr eigenes Alter und durch die vorgefundene Parzelliertheit der Böden, sowie gelegentlich durch die hervorragende Eignung auch kleiner und kleinster Landstücke zu ertragreicher Bebauung mit Reben, mit Gemüsen und Handelspflanzen. Alle diese letztgenannten Bedingungen finden sich im alemannisch-dörflichen Siedlungsgebiet wieder. Das alemannische Dorf stellt eine ursprüngliche Siedlungsweise dar. Die Böden sind meist schwerer Art und dienen mehr der Beackerung und den Gärten, erst in zweiter Linie dem Weidgang. Endlich kommt für das bernische Seeland die Nachbarschaft des französischen Beispiels und Rechtseinflusses in Betracht und andere dörfliche Gegenden wie die von Pieterlen-Meinisberg, das bernische Laufental, Teile des heutigen Kantons Baselland und das Fricktal mit Rheinfelden und Laufenburg haben direkt unter römischem, französischem und österreichischem Erbrecht gestanden. Dies alles mag genugsam erklären, dass wir auch alemannisches Gebiet kennen, welches reines Freiteilungsland darstellt.

Im bernischen Seeland unterscheiden wir zu unseren Zwecken eine südliche und eine nördliche Hälfte. Die südliche umfasst die Aemter Erlach, Aarberg und Nidau, letztere soweit sie links der alten Aare und südlich des Aareausflusses aus dem Bielersee liegen. Der nördliche Teil des Seelandes hat andern Charakter wegen der einsetzenden Industrialisierung und umfasst Nidau, Biel und Büren links des Aareausflusses.

Die Ebenen des südlichen Seelandes sind als Teilungsgebiete bekannt. Es ist jedoch festzustellen, dass die auswärts wohnenden Erben nicht Land erhalten, sondern ausgekauft werden (Bericht des Amtes Erlach). Auch werden heute die Parzellen nicht mehr geteilt; es wird eine Auswahl unter den vorhandenen Stücken getroffen (Amt Erlach). Trotz diesen Anzeichen zur Zusammenfassung kommt die vollständige Aufteilung von Heimwesen noch vor: die Gemeinde Siselen bestätigt diese Uebung als Regelfall und Ins als „öfters vorkommend“. Da fast alle befragten Gemeinden die Teilungssitte für die Zeit vor 1912 bestätigen, muss das Seeland als richtiges Freiteilungsgebiet bezeichnet werden.

Das bernische Laufental, als Land des Fürstbischofs von Basel, das zusammen mit dem Jura unter römischem und französischem Recht ge-

standen hat, ist wie das Seeland Realteilungsgebiet. Es ist Teilungsgebiet aus Tradition, besitzt eine unglaubliche Güterzersplitterung, die auch den Waldbesitz erfasst hat und kann das System nur beibehalten, weil die kleinen Landbesitzer in die zahlreichen Fabriken gehen. Nirgends wie im Laufental wurde uns die vollständige Aufteilung der Güter im Erbgang so allgemein bestätigt.

Der nördliche Teil des Seelandes ist ebenfalls Realteilungsgebiet. Nicht nur Pieterlen, Bözingen-Mett und Lengnau (Amt Büren), die starke Neubauzonen haben, sondern auch Gemeinden des flachen Landes, wie Safnern, bestätigen uns die Teilungssitte. Land und Leute zwischen Lengnau und Biel haben deutlich jurassisches Gepräge. Da alle diese Gemeinden ausser Safnern zum neuen Kantonsteil gehören, wirkt die Erinnerung an die Zugehörigkeit zum Jura nach. Das Land wird geteilt, ja vielerorts sind die Steigerungen nach welschem Muster noch üblich. Andererseits beginnt die Uhrmacherei der Landwirtschaft den Rang abzulaufen, so dass die vollständige Aufteilung der Güter an die in der Fabrik arbeitenden Söhne einfacher erscheint als die Mühen und Lasten des Auskaufes.

a. Berichte aus der südlichen Hälfte des Seelandes.

Amt Erlach, Amtsschreiberei: „Es kam beides vor. Grosse Parzellierung im Amt Erlach. Es bestehen keine geschlossenen Güter, deshalb gewöhnlich Zuteilung der einzelnen Parzellen an die im Amte anwesenden Erben unter Auskauf der auswärts Wohnenden.“

Amt Aarberg, Gde. Kallnach: „In den meisten Fällen war die Verteilung der Bauerngüter, d. h. des Landes an alle Erben üblich.“

β. Aus der nördlichen Hälfte des Seelandes und aus dem Laufental.

Gde. Pieterlen: „Teilung von Grundbesitz war üblich (vor 1912), wenn nicht eine Steigerung erfolgte.“

Landwirtschaftliche Genossenschaft Bözingen-Mett: „In den meisten Fällen wurde Teilung vorgenommen.“

Gde. Safnern: „Vor 1912 war meistens die Teilung des Guts üblich, was die ohnehin schon auffällige Parzellierung noch verstärkte.“

Amt Laufen, Gde. Wahlen: „Eine geschlossene Uebergabe fand nie statt, d. h. jeder Erbberechtigte erhielt einige Parzellen.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bauerlichen Erbrechts des ZGB.

Die besprochenen Realteilungsgebiete haben diese Sitten auch nach der Einführung des ZGB beibehalten. (Wo entschieden zum ungeteilten Vererben übergegangen wurde, rechnen wir die Gemeinden zum geschlossen vererbenden Dorfgebiet, das später zu besprechen ist).

Das linke Aareufer nach Biel, das Laufental und das Seeland, insbesondere Ins, Siselen und Kallnach, bestätigen die Beibehaltung der Teilungssitten; in diesem Teil des Seelandes berichtet einzig die Gemeinde

Erlach von Fällen der Benützung des Anerbenrechts. Man erinnerte sich hier des Vorzuges des Jüngsten, der nun wieder häufiger das ganze Gut erhält. Erfolg und Misserfolg des neuen Rechts seien an Beispielen belegt:

α. Beleg über Einführung der Gesamt-Zuschätzung.

Amt Erlach, Gde. Erlach: „Dem geeignetsten Sohn wird (seit 1912) das Gut meistens geschlossen übergeben. Unter Mehreren dem Jüngsten.“

β. Beibehaltung der Realteilung, häufige Versteigerungen.

Amt Erlach, Amtsschaffnerei: „Der Besitz wird häufig parzellenweise übertragen, juristisch ist es keine Zerstückelung der Grundstücke, wohl aber wirtschaftliche Aufteilung des bäuerlichen Gewerbes. Grund: Tradition. — Folge: Erleichtert die Verselbständigung der jungen Leute auf Kosten der ökonomischen Bewirtschaftung.“ Gde. Siselen: „Der Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe wurde bisher in keinem Falle geltend gemacht.“ „In der Regel Teilung unter sämtliche Erben.“

Amt Aarberg, Gde. Kallnach: „Die Gutsübergabe erfolgt meistens bei Lebzeiten der Eltern. Ansprüche geeigneter Erben um Zuweisung des ungeteilten Gewerbes nach Art. 620 ZGB wurden bis dato keine geltend gemacht.“ „Ja (die vollständige Aufteilung kommt vor) in einigen Fällen unter den ortsanwesenden Erben. Dabei wird etwa noch das Prinzip einer gleichmässigen, gerechten Erbteilung geltend gemacht. Die Uebernehmer erweitern dann später gelegentlich und je nach finanzieller Lage ihre Betriebe, was hier in Kallnach bei dem stark parzellierten und zerstreuten Land gut möglich ist. Steigerungen kommen oft vor.“

Amt Nidau, Gde. Safnern: „Noch immer ist die ungeteilte Gutsübergabe Ausnahme statt Regel. Oefters wird das ererbte Heimwesen zur Versteigerung gebracht, da die einzelnen Parzellen so mit mehr Gewinn veräussert werden können. Es kommt häufig vor, dass Anstösser diese Parzellen ersteigern, um ihre eigenen Grundstücke damit zu arrondieren.“ Die vollständige Aufteilung ereignete sich öfters, weil kein Erbe die volle „Belastung auf sich nehmen will und weil der Erlös bedeutender ist bei der öffentlichen Versteigerung, auch weil die Erben nicht mehr eigentlich als Landwirte bezeichnet werden können, sondern mehr Fabrikarbeiter usw. sind und doch auch gerne etwas vom väterlichen Heimwesen behalten möchten.“

Weil die an der Industrie interessierten Erwerbstätigen den Boden eher loslassen, so kaufen leicht andere die Gütchen zwecks Vergrösserung und Arrondierung eigener Betriebe auf:

„Begünstigt werden diese Vorkommnisse durch die starke Parzellierung des Kulturlandes. Der letztern wird andererseits entgegengewirkt durch die offensichtlichen Arrondierungsbestrebungen vieler Grundbesitzer, die sich auch in Tausch und Gegentausch angrenzender Parzellen und in Parzellenvereinigungen erzielen“ (Safnern).

Amt Biel, Landwirtschaftliche Genossenschaft Bözingen-Mett: „Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe hat sich nicht überall durchzusetzen vermocht. Denn in den letzten Jahren fanden viele Versteigerungen statt.“

Amt Büren, Amtsschreiberei: „In Lengnau und Pieterlen geht der geschlossene Gutsbetrieb immer etwas zurück, da vielfach Grundstücke unter alle Erben verteilt werden, weil die einzelnen Erben in den zur Teilung gelangenden Grundstücken Bauland erblicken, soweit wenigstens das Terrain im und ums Dorf herum liegt.“ Gde. Pieterlen: „Das Land kommt meistens an Steigerungen auch wenn erberechtigte Söhne oder Töchter vorhanden sind. Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe oder -Uebernahme hat sich wenig durchzusetzen vermocht.“

γ. Vorkommen der vollständigen Aufteilung der Güter.

Die vollständige Aufteilung der Güter statt der Belastung durch den Auskauf ist in Pieterlen häufig:

„Es ist wegen der Ueberschuldung. Das Leben eines Industriearbeiters ist halt doch viel weniger beschwerlich und viel mehr genussreicher.“ — „Noch einmal muss der Rückgang des bäuerlichen Betriebes erwähnt werden, da die Industrie hierorts stets zunimmt. Bauernkinder kehren dem väterlichen Betrieb den Rücken und werden Industriearbeiter, die weniger lang arbeiten müssen.“ (Pieterlen.)

Amt Laufen, Gde. Wahlen: „Immer noch die gleichen Erbsitten. Nie geschlossene Uebergabe.“ „Parzellen werden nie mehr aufgeteilt, aber wie erwähnt unter die Erben verteilt.“ Gde. Wahlen kommentiert: „Wenn in unserer Gegend keine Industrie wäre, könnte die Landwirtschaft nach gegenwärtiger Praxis kaum existieren, da unrationell und nach alten Methoden gearbeitet wird. Die Landwirte schicken ihre Kinder in die Fabriken und eine Bauerntochter will in der Regel keinen Bauern heiraten, weil die Arbeit zu hart ist und wenig verdient wird.“ Gde. Liesberg: „Seit dem Jahre 1912 sind zwei Fälle bekannt, wo ein Gut als Ganzes von einem Erben übernommen wurde. Gde. Blauen: „Es sind noch keine Fälle ungeteilter Gutsübergabe vorgekommen.“ — Auch die Gemeinden Duggingen und Burg melden „Keine Veränderungen seit 1912.“

Gde. Blauen: „Die Güter werden in der Regel unter den Kindern aufgeteilt, da die Güter aus mehreren Parzellen bestehen.“

Gde. Burg: „Infolge mangelndem Land zur Landwirtschaft werden oft die Aufteilungen gemacht.“

Gde. Duggingen: „Ja, vollständige Aufteilung, weil nur Kleinbetriebe.“

Gde. Liesberg: „Die Landwirtschaftsbetriebe sind allgemein parzelliert und es erfolgt bei Erbgang in der Regel Aufteilung oder Versteigerung. In ganz seltenen Fällen geht ein Gut als ganzes auf einen Nachkommen über.“

2. Uebrigtes dörfliches Realteilungsgebiet.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Seeland und deutschsprachiger Jura des Kantons Bern sind nur ein Ausschnitt des dörflich-alemannischen Freiteilungsgebietes. Dieses selbst beginnt im Westen des bernischen Seelandes mit dem freiburgischen Bezirk See und findet seine östliche Fortsetzung im Jura der Kantone Baselland und Solothurn, in den aargauischen Aemtern Rheinfelden und Laufenburg, endlich im Aargau links der Aare, in Zurzach und im Kanton Schaffhausen. Das Freiteilungsgebiet bildet einen Kranz vom Westen her der nördlichen Landesgrenze entlang, findet sich noch spurweise im heute industriellen Thur- und Tösstal und endigt nach Osten im st. gallischen Rheintal.

In dieser Kette von Teilungsgebieten ist der freiburgische Bezirk See ohne weiteres dem bernischen Bezirk Seeland zu vergleichen. Es sind dieselben natürlichen Bedingungen des fruchtbaren Gartenbodens und der Nähe französischen Rechts und französischer Tradition, welche die Teilung der Güter im Erbgang fortbestehen lassen. Die Aemter Arlesheim (Kt. Baselland), Dorneck und Thierstein (Kt. Solothurn) besitzen dieselben typisch jurassischen Eigenschaften und Ueberlieferungen wie das besprochene Laufental. In Arlesheim und Binningen an der Grenze von Baselstadt kommt noch das Interesse an der Abgabe von *Bauland*

hinzu. Hier ist der landwirtschaftliche Boden Spekulationsobjekt. Bei Erbteilungen führt das zur Beanspruchung von Landstücken durch jeden Erben.

Es sei hier eine Schilderung dieser Verhältnisse wiedergeben, wie sie das Justizdepartement von Basel-Stadt umschrieben hat:

„Bei dieser Sachlage (wenn der Landwirtschaftsboden Bauland wird) kann sich eine rein bäuerliche Bewirtschaftung auf die Dauer nicht erhalten. Für die Einführung der Institutionen, wie sie das ZGB zur Erhaltung gesunder bäuerlicher Verhältnisse aufgestellt hat, besteht naturgemäss wenig Interesse. Nach dem Grundsatz des Art. 620 ZGB wird sozusagen nie verfahren. Wie bei städtischen Grundstücken übernehmen entweder alle Miterben die Liegenschaften und behalten sie solange, bis ihnen der Verkauf gelingt. Oder es übernimmt sie einer der Miterben und die übrigen, namentlich die nicht Ortsansässigen, scheiden aus dem Eigentum aus. Unter Umständen wird ein Teil der Parzellen auch sofort veräussert und der Rest von einem der Miterben übernommen. Eine feste Uebung hinsichtlich der Art der Uebernahme lässt sich bei uns nicht feststellen.“

Die anschliessenden Bezirke Rheinfelden, das Fricktal, das aargauische Juragebiet südlich bis zur Aare, der nördliche Teil des Bezirkes Brugg und zum Teil der Bezirk Zurzach stellen ebenfalls jurassisches Land dar. Es handelt sich um flache Täler mit Rebbau an den Sonnhalden, der Boden ist längst zerstückelt und wird im Klein- und Gartenbetrieb bearbeitet. Die Teilungssitten sind radikale. Die Stimmen mehren sich, zwar, welche auf die dauernden Nachteile hinweisen. Nicht nur, dass die kleinen Landanteile der Erben zu viele Gebäude enthalten müssen und vom Gebäudekapital unverhältnismässig schwer belastet sind, die kleinen Landlose werden sehr begehrt zur Abrundung und erreichen übertriebene Preise. Die Steigerungen anlässlich der Erbaueinandersetzungen tragen das Ihre zur Erhöhung der Preise bei. Die Gegend erscheint zu einseitig landwirtschaftlich und industriearm, ist also relativ übervölkert, was besonders von den Aemtern Laufenburg und Zurzach gilt¹⁾.

Im Aaretal in der Gegend der Bezirke Aarau und Brugg tritt die Realteilung im Strich jurassischer Prägung, also links der Aare auf. Rechts der Aare war nur in frühern Zeiten die reale Teilung der Güter üblich. Heute hat sich dieser Teil des Kantons Aargau, mit teilweiser Ausnahme des Bezirkes Zurzach, der geschlossenen Vererbung zugewandt.

An Belegen über die Teilungssitten sind anzuführen:

Kt. Freiburg, Bezirk See, Grundbuchamt Murten: Die vollständige Aufteilung kommt vor: „Ja, bei der Bildung von Losen.“

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Dorneck: Es gibt vollständige Aufteilung. — „Es ist eine Uebung, die sich in der Bevölkerung eingesetzt hat. Es ist zu bedauern, dass die geschlossene Uebergabe von Bauerngütern nicht mehr in den Vordergrund tritt. Aus diesem Grunde haben wir in unserem Bezirk eine sehr starke Zersplitterung des Grundbesitzes.“

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Arlesheim: „In der Regel galt Zuteilung des Grundbesitzes an alle Erben.“

¹⁾ Im Bezirk Laufenburg waren 1920 52,5 % aller Erwerbenden in der Landwirtschaft tätig; im Bezirk Rheinfelden waren es 35,3 %, im Bezirk Zurzach 45,1 %.

Kt. Aargau, Grundbuchamt von Rheinfelden: „Leider fast durchwegs Zuteilung an alle Erben, sogar noch mit Zerstückelung einzelner Parzellen. Die geschlossene Uebergabe der Bauerngüter bei Vorhandensein mehrerer Kinder war (vor 1912) eine Seltenheit. Der Uebernehmer der Gebäulichkeiten bekam in der Regel viel zu wenig Land: zwischen Gebäude- und Landkapital ist in solchen Fällen ein arges Missverhältnis, das solche Betriebe immer unrentabel macht.“

Grundbuchamt Laufenburg (Fricktal): „Vorherrschend war (vor 1912) die Teilung des Gutes. Alt-österreichisches Erbrecht wirkte nach und das aargauische bürgerliche Gesetzbuch vermochte diesen Usus nicht zu beseitigen.“

Der Bezirk Aarau hat Juragebiet, das sich zum Unterland im Gegensatz befindet. „Im Flachland war (vor dem ZGB) geschlossene Uebergabe der Bauernhöfe und im Juragebiet war Zuteilung von Grundbesitz an alle Erben üblich.“

Bezirk Zurzach: „Es bestand keine bestimmt nachweisbare Uebung. Je nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Erben erfolgte ziemlich planlos Verkauf der Erbschaftsliegenschaften auf Steigerung und Teilung des Erlöses oder dann Teilung unter die Erben oder Gesamtuweisung an einen oder mehrere Erben unter Auskauf der Miterben.“

Der schaffhausische Klettgau ist dem bernischen Laufental und dem aargauischen Jura-Bezirk ganz ähnlich geartet und an die Seite zu stellen. Sofern die Güterpreise nicht zu hoch sind, geniesst die Bevölkerung dieser Gegenden auch die Vorteile der Realteilungssitte, so das leichte Selbständigwerden der jungen Generation und eine geringere Gefahr der Verschuldung am Anfang. Wo die Vererbung geschlossener Güter beginnt, wie im Bezirk Reiath, da macht sich eine grössere Verschuldung geltend. Immerhin ist beizufügen, dass im absoluten Realteilungsgebiet grosse Verschuldung schon aus dem Bedürfnis nach Betriebskredit, aber auch wegen des relativ zu hohen Gebäudekapitals entstehen kann. Diese Fragen beschäftigen gegenwärtig die schaffhausischen Bezirke, gehen doch heute im nördlichen Teil des Kantons Aargau und in Schaffhausen wichtige Veränderungen in den Erbsitten vor. Die Bewegung zur geschlossenen Vererbungsweise kündigt sich vielleicht an im gelegentlichen Uebergang vieler Kleinbetriebe in grössere. Kleinbetriebe werden wie im bernischen Seeland, gelegentlich aufgekauft, oft von ausserbäuerlichen Gesellschaften. Daneben erhält sich die Landwirtschaft als Nebenbetrieb der Fabrikarbeiter.

In den *früher* teilenden Gebiete des Thurtales und im Kanton Zürich handelt es sich um Verhältnisse, die sich bei Einsetzen der Industrialisierung verschieden entwickelten. Die Söhne hatten nach Zürcher Civilgesetz von 1855 ein Vorzugsrecht auf die Liegenschaften zu ermässigtem Schatzungswert, aber die Regel wirkte sich verschieden aus: In rein bäuerlichen Gegenden pflegte in Zürich einer allein den Betrieb zu übernehmen, in industriellen Gegenden erfolgte mehr Naturalteilung und Parzellenverkauf¹⁾, und eben diese industriellen Striche hat die En-

¹⁾ *A. v. Miaskowski*, Erbrecht und Grundeigentumsverteilung, 1882, welcher Seite 135 die Erbsitten des Kt. Zürich nach *Krämer* beschreibt und findet: das zürcherische Industriegebiet teilte, nur die rein bäuerlichen Gegenden vererbten geschlossen. — Unsere Umfrage ergab für das Industriegebiet, dass es vor 1900 teilte, heute aber geschlossen vererbt. Die Einwirkung der Industrie hat sich geändert.

quete von 1930 zutreffend als frühere Teilungsgebiete erkannt: es gehören dazu die Grundbuchkreise Illnau, Bülach, Wülflingen-Winterthur, Diessenhofen (Thurgau). Weniger auf die Nähe der Industrie, als auf die eine Teilung begünstigenden Bodenbedingungen¹⁾ und die Wirtschaftsweise ist es zurückzuführen, dass das Land von Eglisau, das Rafzerfeld, Uesslingen und Hüttwilen (Thurgau) früher der Teilung huldigten.

An der schweizerischen Ostgrenze endlich finden wir die st. gallischen Bezirke Ober- und Unterrheintal, sowie Werdenberg und ein Teil von Sargans als alte Freiteilungsgebiete. Auch hier ist der Grundbesitz stark zerstückelt und deshalb blieb es gemeinhin bis heute bei der realen Teilung der Böden. Die Umfrage ergab folgende Antworten:

Kt. Schaffhausen, Waisen- und Teilungsinspektorat Unter-Klettgau: „Es ist Zuteilung von Grundbesitz an alle Erben üblich. Es gibt Acker-, Wiesen-, Beeren- und Weinbau. Diese vielseitige Landwirtschaft wirkt sich betriebstechnisch ganz anders aus als Milchwirtschaft oder blosser Ackerbau.“

Bezirk Ober-Klettgau: „Namentlich bei zu kleinen Gewerben erfolgt vollständige Aufteilung. Uebergang der Zwergbetriebe in mittelgrosse Betriebe oder an Erwerber, welche die Landwirtschaft nur als Nebenerwerb betreiben (Fabrikarbeiter)“. Bezirk Reiath: „Die Zuteilung war von Fall zu Fall verschieden. Es haben Zuteilungen von Grundstücken an alle Beteiligten stattgefunden, weniger üblich waren die geschlossenen Uebergaben an einen Erben.“

Das zürcherische und thurgauische, nur noch gelegentlich teilende Gebiet ist lange vor der Wirksamkeit des ZGB zur geschlossenen Vererbung übergegangen und berichtet wie folgt:

Kt. Zürich, Grundbuchkreis Illnau: „Vor 1900 war, speziell in den Jahren 1850—1880 und auch früher schon die Teilung der Güter überwiegend.“

Grundbuchkreis Bülach: „Vor dem Jahre 1890 kam eine Teilung des Grundbesitzes unter den Erben öfters vor, später nicht mehr, die geschlossene Uebergabe des Gutes war vorherrschend.“

Kt. Thurgau, Verwaltung der Gutswirtschaft St. Katharinental für den Bezirk Diessenhofen: „Gewöhnlich (vor 1912) an alle Erben, die dann aber häufig ihre Grundstücke wieder an den Erben verkauften, der Haus und Stallung übernommen hatte. Sehr oft wurde die Zuteilung durch das Los entschieden.“

Grundbuchamt Uesslingen: „Bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts wurden Bauerngüter nicht selten geteilt, d. h. wenn zwei oder mehrere Söhne waren, wurde jedem die Hälfte, oder ein Drittel von jedem Grundstück zugewiesen, daher rührt auch im Kt. Thurgau die sehr grosse Zerstückelung.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bauerlichen Erbrechts des ZGB.

Wohl liegt das besprochene dörfliche Realteilungsgebiet nahe an Gegenden, die schon seit längerer Zeit zur geschlossenen Vererbung übergegangen sind. Trotz dieses Einflusses hat sich die Freiteilung gehalten. Die gesetzliche Verankerung eines Anspruchs auf ungeteilte Zuschätzung hat nur teilweisen Erfolg aufzuweisen. Das Volksleben verändert sich unter neuem Recht nur langsam.

¹⁾ Grosse Ungleichheit der Bodenarten und -Qualitäten.

Es können eine südwestliche Hälfte ohne Durchführung des neuen bauerlichen Erbrechts und eine nordöstlicher Teil mit bedeutendem Erfolg des „Anerbenrechts“ festgestellt werden. Allerdings muss der grösste Teil von Schaffhausen dem westlichen, das neue Recht ablehnenden Teil zugezählt werden. Im Juraland von Thierstein-Dorneck-Arlesheim, aber auch in Rheinfelden und Laufenburg erhebt man selten den Anspruch auf ungeteilte Zuweisung der Gewerbe, trotzdem die Geltendmachung von den Behörden empfohlen wird. Die Ueberlieferung und die Berufs- und Arbeitsverhältnisse sind stärker als die Bemühung um die Schaffung rentabler und bedeutender Bauernwirtschaften. Im Klettgau und Rheintal ist ebenfalls Beibehalten der Freiteilung festzustellen. Aargau, vor allem Zürich und Thurgau, sowie Reiath (Schaffhausen) bilden den nordöstlichen, das ZGB annehmenden Strich.

Wo vor der Einführung des ZGB die Umkehr zur geschlossenen Vererbung eingesetzt hat, verstärkt heute das Recht diese Tendenzen und wir sehen die Zuschätzung sichtlich im Aufkommen begriffen in den aargauischen Aemtern Brugg, Aarau und Zurzach. Noch zu Zeiten der bernischen Enquete von 1764 war die Gegend südlich von Brugg Realteilungsland. Heute dringt die geschlossene Vererbung nordwärts und nimmt selbst in der Gegend von Zurzach einen breiten Raum ein. Die Industrie hat hier grosse Teile der Ueberschussbevölkerung aufgesogen. Heute wirkt die Industrie auch im Kanton Zürich und Thurgau in diesem Sinne. Denn der Abgang der Leute zur gewerblichen Arbeit ist ein entschiedener, schon in der Berufslehre einsetzender. Es bleibt meist nur mehr ein Nachkomme beim Bauerngewerbe zurück, die geschlossene Uebergabe der Güter wird Regel, die Landwirtschaft vereinsamt gewissermassen. In dieser Lage befinden sich die früher teilenden Striche von Eglisau-Rafz, Bülach, Wülflingen-Winterthur.

Die Berichterstatter der Enquete des statistischen Bureaus des Kantons Bern äusserten sich gerade über den Einfluss des ZGB in anschaulicher Weise. Wir gruppieren unten Beispiele der Antworten nach ablehnenden und annehmenden Bezirken.

Man mag aus diesen Beispielen entnehmen, wie das ZGB, obwohl nicht als blosses Amtsrecht dem Volksleben entfremdet, keine allgemeine Verwendung findet. Die Differenz von Rechtssatz und geübter Sitte kommt aus der grossen Verschiedenheit des Landes, dessen einheitliches Gesetzbuch sich auf die Festlegung dispositiven Rechts beschränken musste. Aus den Beispielen ist zu sehen, wie *frei* die Landschaften sich zum gesetzten Recht einstellen, wie sehr die Vererbungsweise Sache eigener Entwicklung der örtlichen Sitte bleibt.

a. Südwestlicher Teil mit geringem Erfolg des ZGB.

Kt. Freiburg, Bezirk See in Murten: „Es kommen immer noch beide Arten von Teilung vor: Uebernahme durch einen einzigen Erben und Bildung von Losen.“

Kt. Solothurn, Bezirk Dorneck: „Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübernahme hat sich in unserem Bezirk nur bis zu einem gewissen Grade durchzusetzen vermocht. Der Anspruch nach Artikel 620 ZGB auf geschlossene Gutsübergabe wird leider trotz unserer Befürwortung von den geeigneten Erben nicht erhoben.“ Und: „Bei jeder Gelegenheit machen wir auf den Anspruch nach Art. 620 ZGB aufmerksam. Die geeigneten Erben machen jedoch trotzdem sehr wenig Gebrauch davon, teils aus Furcht der Ueberlastung, teils wegen anderslautender Uebung. Sodann stösst man bei den Miterben auf sehr starke Opposition; sogar überlebende Ehegatten wollen oft davon nichts wissen. Es wird Realteilung oder Verkauf einzelner Liegenschaften vorgezogen. In unserem Bezirk hat der Artikel 620 ZGB nur kleine praktische Bedeutung.“

Kt. Baselland, Bezirk Arlesheim: „Der Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe ist erst in drei Fällen erhoben worden.“ — „Es kommen hie und da solche Begehren von Miterben auf Uebernahme gemäss Artikel 620 ZGB vor, jedoch sind diese nicht sehr häufig, da in unserem Kreis bei solchen Liegenschaften gewöhnlich noch Spekulationsland, bezw. Bauland in Frage kommt.“ (Binningen.)

Kt. Aargau, Grundbuchkreis Rheinfelden: „Leider kommt es viel vor, dass ganze Gütchen, d. h. die einzelnen Parzellen an öffentlicher Steigerung verkauft werden und der Erlös einem Kreditinstitut abgetreten wird. In der Regel sind diese Steigerungskäufe viel zu hoch im Preis gewesen. So viele Gelegenheiten zu Preistreibereien sollten vermieden werden.“ Der Berichterstatter fährt fort: „Der Kampf für den wirtschaftlichen Fortschritt in dieser alt-österreichischen Gegend ist ein mühevoller; er muss schon in der Schule einsetzen und in der Volkserziehung. Der rechtzeitigen *Berufserlernung* der schulentlassenen, in der Landwirtschaft überflüssig gewordenen Jugend muss offenbar noch vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.“ „Vom Uebernahmsrecht gemäss Art. 620 wird nur selten Gebrauch gemacht, etwa von Absolventen landwirtschaftlicher Schulen. Gut $\frac{4}{5}$ der geeigneten Erben erheben den Anspruch auf geschlossene Uebergabe nicht. Sogar Erben, die in allen Gegenden zerstreut sind, bekommen noch Land. Dies drückt den Arrondierungsgrad bei Güterzusammenlegungen stark herab.“

Grundbuchkreis Laufenburg: „Auch das ZGB hat sich noch nicht durchzusetzen vermocht. Vorherrschend ist heute noch die Teilung des Gutes, wenn auch ein merklicher Fortschritt in der Richtung nach der Uebergabe des ganzen Gutes zu konstatieren ist.“

Kt. Schaffhausen, Bezirk Unter-Klettgau ablehnend: „Die alternden Eltern treten schon bei Lebzeiten Liegenschaften an ihre Kinder ab und beim Ableben der Eltern sind gewöhnlich nur noch einige Grundstücke vorhanden.“ — „Man glaubt, bis heute mit dieser Methode gut gefahren zu sein. Man kennt hier keine Güterhändler oder Güterschlächter. Die Liegenschaftspreise sind eher niedriger, als in Gebieten wo geschlossene Güter verkauft oder vererbt werden.“ — „Es erheben gewöhnlich keine Erben Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe. Seit Einführung des ZGB ist uns *ein* Fall bekannt.“

Ober-Klettgau: „In ganz vereinzelt Fällen wird Anspruch erhoben.“ Fast wörtlich gleich äussern sich die Antwortschreiber aus Schleithem und Schaffhausen.

β. Nordöstlicher Teil mit gutem Erfolg des ZGB.

Kt. Aargau, Grundbuchamt Brugg: „Heute erfolgt in der Regel (80 %) die ungeteilte Gutsübergabe. Die Fälle, wo von Artikel 620 nicht Gebrauch gemacht wird, sind selten.“

Grundbuchamt Aarau: „Es besteht keine Regel. Schon früher fanden Handänderungen über Erbliegenschaften auf beide Arten statt.“

Grundbuchamt Zurzach: „Die Erfahrungen mit dem bauerlichen Erbrecht sind gute. Wo immer es angeht erfolgt die Zuweisung des Gutes an einen oder mehrere Erben zusammen zum Ertragswert unter Auskauf der Miterben.“

Das Schätzungsamt des Schweizerischen Bauernverbandes in Brugg hatte im Jahre 1929 am meisten Ertragswertschätzungen und Expertisen im Kanton Aargau vorzunehmen und schrieb uns über die Wirksamkeit des neuen Rechts auf ungeteilte Uebernahme:

„Besonders im Kanton Aargau hat sich die ungeteilte Uebernahme in den letzten Jahren stark eingebürgert.“

Kt. Zürich, alle Grundbuchämter bezeugen im Norden ein Vordringen des „Anerbenrechts“, z. B. Kreis Eglisau-Rafz: „Die ungeteilte Gutsübergabe ist nunmehr Regel. Da Art. 620 dem Uebernehmer unbedingt grosse finanzielle Vorteile bietet, wird der Anspruch auf ungeteilte Uebergabe zum Ertragswert immer erhoben.“

Kt. Thurgau, Grundbuchverwaltung Uesslingen: „Seit Beginn dieses Jahrhunderts ist man von diesem wirtschaftlich total verfehlten System der Realteilung gänzlich abgekommen. Heute werden die Bauerngüter meistens an eine Hand übertragen, oder an mehrere als Gesamteigentum, so dass die wirtschaftliche Einheit nicht gestört wird.“ — „Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe vermag sich je länger je mehr zu behaupten. Es ist mir kein Fall bekannt, wo ein geeigneter Erbe auf die ungeteilte Gutsübergabe verzichtet hätte.“

Kt. Schaffhausen: Waisen- und Teilungsinspektorat Reiath: Im Vorrücken ist das „Anerbenrecht“ begriffen. „Die Behörden bemühen sich, den Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe durchzuführen. Die in Betracht kommenden Erben wissen ziemlich gut, dass sie nach Artikel 620 ZGB einen gewissen Anspruch auf ungeteilte Zuweisung erheben können und verlangen dies auch.“

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „Im allgemeinen haben sich die früheren Erbsitten auch nach Einführung des ZGB erhalten. Einzig im Bezirk Sargans scheint sich eine Anpassung an die Rechtsinstitutionen des ZGB vollziehen zu wollen.“

V. Die westlichen Gebiete geschlossener Vererbung.

Wir kommen zur Betrachtung der Gebiete geschlossener Uebergabe der Bauerngüter. Wir treffen auf eine ganz andere Oekonomie des Bodens und der Personen. Hier erhält das Gut für die Familie eine Art Eigenleben, der Hof wird als ganzer in die Berechnungen einbezogen und als ganzer respektiert.

Der Erklärungsgründe der Erbsitte sind mehrere, von Ort zu Ort haben die Ursachen — Arrondiertheit der Höfe, Kleeergraswirtschaft, feste Tradition der geschlossenen Vererbung — verschiedene Bedeutung.

Geschlossene Betriebe werden in der Schweiz vererbt vor allem auf der Hochebene und in den Urkantonen, Glarus und St. Gallen. Im *Westen* beginnt die geschlossene Vererbungsweise in den freiburgischen Bezirken Glâne, Sense und Sarine, erstreckt sich über das bernische Mittelland und Teile des Seelandes, den Kanton Solothurn ohne die zwei teilenden jurassischen Aemter, und reicht endlich bis nach Baselland ohne den Bezirk Arlesheim. Dies alles nennen wir das westliche Land geschlossener Gutsübergabe. Das mittlere Gebiet der Sitte umschliesst die drei Urkantone, Zug, Luzern und den südlichen Aargau. Der östliche Teil des schweize-

rischen Gebiets ungeteilter Gütervererbung wird von Glarus, St. Gallen, den beiden Appenzell, sowie vom grössten Teil der Kantone Zürich und Thurgau gebildet. Wir führen zuerst die Verhältnisse im westlichen Teil vor.

1. Das bernische Mittelland und Seeland.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Zwischen Jura und Alpen des Kantons Bern gibt es deutlich abgegrenztes Gebiet der Hof-, der Dorf- und der gemischten Dorf- und Hof-siedlung¹⁾, die aber trotz dieser Verschiedenheit heute fast ohne Ausnahme geschlossen vererben.

Das Dorfgebiet insbesondere hat zwar, ähnlich wie für die Kantone Aargau und Zürich festzustellen sein wird, einige Schwankungen der Erbsitten hinter sich wegen den Umwälzungen der Feldbausysteme, der Industrialisierung und des verschieden starken Absatzes der überschüssigen Leute. Endlich stand in diesem Gebiet der Dreifelderwirtschaft die Geteiltheit der Aecker zum vornherein fest und wegen dieser überlieferten Parzellierung liegen auch heute noch alle teilenden oder gelegentlich teilenden Gemeinden im echten Dorfgebiet.

Dieses gelegentlich noch teilende Randgebiet des Kantons Bern schliesst an das seeländische freiteilende Gebiet an und umfasst die Gegenden des Limpachtals, Oberwil und Leuzigen (Amt Büren), sowie den untersten Teil des Amtes Burgdorf (Koppigen-Hellsau).

Der übrige Teil des Dorfgebiets besass schon vor Einführung des Zivilgesetzbuches eine gefestigte Sitte der geschlossenen Gutsübergabe. Schon vor dem ZGB wurden auf dem Hügelzuge von Hagneck-Täuffelen-Nidau die Güter geschlossen vererbt. Man entsinnt sich nicht, dass es jemals anders gewesen wäre. Es gibt am rechten Ufer des Bielersees zwar Industrie, die aber nicht wie in Safnern und Pieterlen zur Zerstückelung führte. Der Wille zur Erhaltung der Güter war hier stärker: „Ziemlich Industrie und wenig landwirtschaftliche Kleinbetriebe“, schreibt uns die Gemeindebehörde Täuffelen, aber „üblich war (vor 1912) geschlossene Uebergabe.“

Wie auch die Gegend jenseits des Moosbodens, also Büren-Dotzigen-Wengi-Diessbach-Busswil, seit längerer Zeit ungeteilt die Höfe übergibt, zeigt die Mitteilung aus Diessbach bei Büren, dass schon vor 1912 die „geschlossene Uebergabe üblich war.“ Das Grosse Moos ist freiteilend, aber in der West- und Ostflanke von Strichen geschlossener Uebergabe begrenzt.

Das geschlossen vererbende Gebiet der dorfweisen Siedlung hat noch grössere Ausdehnung. Das Land links der untern Emme, also Teile

¹⁾ *H. Walser*, Dörfer u. Einzelhöfe zwischen Jura und Alpen im Kt. Bern. Neujahrsblatt der literarischen Gesellschaft Bern, Bern 1901 und vorn S. 11.

der Aemter Aarberg und das ganze Fraubrunnenamt gehören hierher. Es handelt sich um die eigentliche Kornkammer des alten Bern, die seit jeher viele grössere Betriebe aufwies. Man hielt darauf, die Güter geschlossen zu übergeben bis auf gelegentliche Verkleinerungen. Die Besitzer waren meist in der Lage, dem neuen Uebernehmer ein gutes Auskommen zu sichern. Er wurde auf verschiedene Weise entlastet und die Reserven von Generationen kommen im Notfall zum Vorschein, um das Gut in billiger Schatzung übergeben zu können. Bätterkinden, Fraubrunnen, Rapperswil, Grafenried, Büren zum Hof, Zauggenried, Urtenen-Schönbühl und (näher der Emme gelegen) Lyssach berichten ausnahmslos, dass schon vor 1912 die geschlossene Vererbung Brauch war.

Bei den Dörfern im Oberaargau bietet sich dasselbe Bild. Auch hier war die geschlossene Vererbung schon vor der Einführung des Zivilgesetzbuches nach alt-bernischem Gebrauch üblich. Dass es nicht immer so gewesen ist, dass zu Zeiten des Menschenüberschusses geteilt wurde, zeigt uns die Statistik der landwirtschaftlichen Betriebsgrössen im flacheren Teil des Amtes Wangen. Dieses Amt hatte nach der Betriebszählung von 1905 zehn bis zwanzig Parzellen je Betrieb.

Vom übrigen Mittelland durchgehen wir zuerst das Land gemischter Dorf- und Hofsiedlung. Das Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung vererbt heute geschlossen, wenn auch in der Umfrage von 1764 und zu gewissen Zeiten des 19. Jahrhunderts Teilungen vorkamen. So war in den Niederungen des Gürbetals Zerstückelung im Erbgang in den 80er und 90er Jahren üblich¹⁾. Alle 1930 angefragten Gemeinden (Meikirch, Mühleberg, Münchenwiler, Kehrsatz, Vechigen, Münsingen, Heimberg, Mühlethurnen und Herbligen) bestätigen die geschlossene Uebergabe der Güter für die Zeit vor und nach 1912.

Damit kommen wir zum Lande ältester ungeteilter Uebergabe, dem Hofsiedlungsgebiet, von dem wir zunächst die westliche Hälfte, das Schwarzenburgerland, vornehmen. Das Hofgebiet schliesst Oberbalm, die Höfe auf dem Belpberg, sowie das flache Hügelland zwischen Wattenwil und Thierachern ein.

Wir finden auch hier jenes charakteristische bewusste Erhalten der ungeteilten Höfe; die Güter sind *arrondiert*, die Uebergabe erfolgt schon bei Lebzeiten unter billiger Anrechnung auf Konto des Erbes oder durch Verpachten an den zukünftigen Uebernehmer. Die Eltern ziehen sich, nachdem sie derart für die Zukunft der Kinder und des Hofes gesorgt haben, in die Alterswohnung (das „Stöckli“) zurück.

Das zweite Hofsiedlungsgebiet, das Emmental, weist dieselben Erbsitten auf. Die geschlossene Uebergabe leitet sich aus dem Wirtschafts-

¹⁾ Ueber frühere Realteilung in Mühlethurnen siehe in „Mitteilungen des kantonalen statistischen Bureaus“, Jahrg. 1893, Lieferung I, Seite 84 und 75.

system her, welches heute eine intensive Klee graswirtschaft ist. Das Hofgebiet hat von Anfang an Bauernwirtschaften mit Land an einem oder wenigen Stücken gehabt und wusste sich diesen Vorteil zu erhalten. Als Weg wurde die Sitte der Uebergabe an den Jüngsten gewählt.

So blieben im Hofgebiet gerade des Emmentals von den besten Kräften bei der Landwirtschaft, aber es zogen auch jene Scharen aus in die Gewerbe der Städte und in andere Gegenden der Schweiz als Landkäufer. Die Landsuchenden wanderten ab in den Jura, ins Waadtland (in die Freiteilungsgebiete), in den Thurgau, ins Ausland. Der wiedererweckte Getreidebau wird wegen des Vorteils der Arrondiertheit der Güter nicht dazu führen, dass Betriebe künftig häufiger geteilt würden.

Den Antwortbogen aus der Umfrage entnehmen wir folgende Mitteilungen über die Erbsitten des Dorf- und Hofsiedlungsgebietes:

α. Gelegentlich teilendes Randgebiet der Dorfsiedlung:

Amt Nidau, Gde. Bellmund, bemerkt, dass vor 1912 „beide Fälle“, Realteilung und geschlossene Uebergabe vorkamen.

Amt Büren, Gde. Leuzigen: 1912 „auf beide Arten, grösstenteils geschlossen.“ Gde. Oberwil: „Meistens wurden (vor dem ZGB) die Heimwesen aufgeteilt.“

Amt Fraubrunnen, Gde. Limpach: „Es kamen (vor 1912) geschlossene Uebergaben, wie Zuteilung an alle Erben vor.“

Amt Burgdorf, Kirchgemeinde Koppigen, Alchenstorf, Hellsau, Höchstetten, Koppigen und Willadingen umfassend: „Im allgemeinen Dorfsiedlung mit Aufteilung des Grundbesitzes an die Erben (vor 1912). Bei einzelnen Teilungen wurde jedes einzelne Grundstück in mehrere Teile zerlegt.“

β. Seit längerer Zeit geschlossen vererbendes Dorfgebiet:

Amt Nidau, Landwirtschaftliche Genossenschaft der Kirchgemeinde Nidau: „Die Güter werden immer geschlossen übergeben. In unserer Gegend sind die Güter selten über 20—25 Jucharten gross und können somit nicht noch zerrissen werden. Aber auch die grösseren werden nicht zerrissen.“

Amt Aarberg, Gde. Rapperswil: „Die geschlossene Vererbung war üblich. Wenn keine Einigung unter den Erben möglich war, wurde das Heimwesen versteigert oder verkauft. Der Preis für den übernehmenden Erben war oft zu hoch.“

Amt Aarwangen, Gde. Bannwil, Thunstetten-Bützberg und Wynau bestätigen die geschlossene Gutsübergabe für die Zeit vor 1912.

Amt Wangen, Gde. Niederbipp: „Als Regel darf (vor 1912) die geschlossene Uebergabe der Bauerngüter betrachtet werden; es kam aber auch vor, dass Teilung des Gutes stattfand, dies jedoch nach unserem Wissen nur ausnahmsweise.“ Schon früher übliche ungeteilte Uebergabe bestätigen die Gemeinden Attiswil, Graben, Seeberg, Thörigen und Wangen a. A.

γ. Gebiet gemischter Dorf- und Hofsiedlung:

Amt Seftigen, Gde. Kehrsatz: „Auf der ganzen Linie war geschlossene Uebergabe üblich. Gelegentlich kam Halbierung eines grössern Gutes vor, indem der Vater ein zweites Bauernhaus erstellte und das Land zur Hälfte an zwei Söhne übergab.“ Gde. Mühlethurnen: „Die geschlossene Uebergabe des Erbgutes an den geeigneten Erben ist hier Regel. Verstükelungen kommen vor, wenn Grundstücke zu weit entfernt liegen.“ — „Ein einziger Fall ist mir bekannt, wo ein kleines Heim-

wesen (nach dem Tode des Erblassers) noch für drei Jahre in Pacht gegeben wurde. Später erfolgte stückweiser Verkauf, wobei alle Erben gleichmässig beteiligt waren.“

Amt Thun, Gde. Heimberg: „Teilung des Gutes kam nicht vor. Es wurde meist dem jüngsten Sohne durch Abtretung überlassen und wenn andere Erben vorhanden waren, wurden sie mit Geld befriedigt.“ — „Hier hat es keine so grossen Güter, dass es eine Teilung erleidet, um noch mit Teilstücken auszukommen.“

δ. Hof-siedlungsgebiete Schwarzenburg und Emmental:

Amt Thun, Gde. Amsoldingen: „In den meisten Fällen übernahm ein Erbe das ganze Gut.“ *Gde. Uebeschi:* „Die Heimwesen sind hier klein bis mittel; viele davon sind arrondiert, deshalb wenig Teilungen. Gewöhnlich verkauft ein Vater das Heimwesen schon zu Lebzeiten einem Sohne.“ „Die Heimwesen wurden (vor 1912) gewöhnlich gesamthaft übernommen, d. h. an einen Erben verkauft von den Eltern oder deren Nacherben.“

Amt Seftigen, Gde. Rüeggisberg: „Die geschlossene Uebergabe des Gutes war üblich. Ganz selten kam es vor, dass ein stark zerstückeltes Heimwesen stückweise versteigert wurde, um einen höhern Preis zu erzielen, was dann sämtlichen Erben zu gut kam. Sofern die Verhältnisse es gestatteten war es Sitte, dass der jüngste Sohn das Gut übernahm.“ *Gden. Englisberg und Wattenwil* bestätigen die alte Uebung geschlossener Uebergabe.

Amt Schwarzenburg, Gde. Wahlern bezeichnet geschlossene Vererbung als altgewohnte Sitte.

Amt Signau, Gde. Signau: „In den weitaus meisten Fällen wird die Liegenschaft von einem Miterben übernommen. Die Aufteilung der Güter bei Erbschaften ist im Emmental nicht üblich und bräuchlich.“ Diese Aussage wird bestätigt aus allen angefragten Gemeinden, nämlich Auswil, Biglen, Eriswil, Eriz, Heimiswil, Innerbirrmoos, Melchnau, Rüegsau, Trub, Ursenbach und Walterswil.

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Das gelegentlich noch teilende Dorfgebiet des Kantons Bern hat seit der Einführung des ZGB wesentliche Fortschritte in der ungeteilten Gutsübergabe gemacht. Es schliesst sich immer mehr dem alten Lande geschlossener Vererbung an und nimmt auf diese Weise teil an der allgemein im alemannischen Dorfgebiet des Unterlandes festzustellenden Bewegung zur vollständig geschlossenen Gutsübergabe. Auch im Kanton Bern rückt die Grenze des freiteilenden Striches nach Norden weg.

Das Mittelland besitzt eine hochentwickelte, intensive Land- und Milch-wirtschaft, aber in jedem grösseren Dorfe ist auch ein bedeutendes gewerbliches und industrielles Leben vorhanden. Die Bauernbetriebe erhalten so auch als Wohnfläche einen erhöhten Wert. Die geschlossene Uebergabe im Erbgang ist deshalb vor allem eine Frage der Wertberechnung, der Schätzung. Geschlossen kann heute nur übernommen werden, wenn eine Schätzung unter dem Verkehrswert erfolgt, da sonst (sobald einige Geschwister vorhanden sind) die Verschuldung in der Regel zu stark würde.

In der hochentwickelten Gegend dieser Dörfer hat das ZGB vor allem dadurch gewirkt, dass es dem Uebernehmer ein Anrecht darauf gab, den Hof zum Ertragswert zu übernehmen (vgl. Bericht aus Rapperswil

unten). Heute sucht man sich meist mit Erfolg über den Ertragswert zu verständigen. Erst wenn dieser Weg, oft unter Zuziehung eines Vertrauensmannes, nicht zum Ziele führt, muss die amtliche Gültsschatzungskommission eingreifen. Jedenfalls hat der Rechtssatz vom Ertragswert als Anrechnungspreis sehr wohlthätig gewirkt und die Gesetzesbestimmung wird von unseren Berichterstattern mehrfach gelobt.

Zur Vereinbarung des Uebernahmepreises ist die Uebertragung des Heimwesens zu Lebzeiten des Vaters sehr geeignet, obwohl der Uebernehmer bei Lebzeiten der Eltern einen Rechtsanspruch auf Berechnung zum Ertragswert nicht hat. Die preiswürdige Uebergabe des Familiensitzes kann durch die ältere Generation selber am besten verteidigt werden.

Aus allen Gemeinden wird die Wirksamkeit des Anerbenrechts bestätigt und beigefügt, dass mit diesem Grundsatz nichts Neues in die gewohnte Vererbungsweise gekommen sei. Es wird weiter häufig wiederholt, dass der Artikel 620 nicht eigentlich angewendet werde, weil der Vater meist zu Lebzeiten einem Sohne oder zweien zusammen das Gut zu übertragen pflege.

Wir führen hier aus den verschiedenen Regionen (α bis γ) Mitteilungen über die Auswirkung des bäuerlichen Erbrechts des ZGB im Wortlaut an:

a. Randgebiet der geschlossenen Vererbung:

Amt Büren, Gde. Oberwil: „Wird nur noch selten aufgeteilt. Meistens von einem einzigen Erben gesamthaft übernommen.“ Gde. Leuzigen stellt auch geschlossene Uebergabe als heute üblich fest.

Amt Nidau, in der Gde. Bellmund ist die geschlossene Vererbung durch das ZGB gut eingeführt.

Amt Fraubrunnen, Gde. Limpach: „Es kamen schon mehrere Jahre keine vollständigen Aufteilungen im Erbgang mehr vor.“ „Zuweisungen nach Ertragswert sind nach 1912 auch vorgekommen und es scheint, man sei mit dieser Art zufrieden.“ „Im allgemeinen haben sich die Bestimmungen des ZGB gut eingeführt.“

Amt Burgdorf, Kirchgemeinde Koppigen: „Gegenüber der Zeit vor Einführung des ZGB ist eine Festigung der ungeteilten Uebernahme zu konstatieren. In der Regel hat sich der Grundsatz (der ungeteilten Zuschätzung) durchzusetzen vermocht.“

„Der vom Gesetzgeber aufgestellte Grundsatz der ungeteilten Uebernahme ist unbedingt erforderlich. Trotzdem relativ selten eine Zuschätzung (amtliche Wertberechnung in Streitfällen) stattfindet, so kommt die Hofübernahme im Wege gütlicher Vereinbarung vielfach doch nur zu stande, weil die Möglichkeit der Zuschätzung im Hintergrunde steht und dem Hofübernehmer den Rücken stärkt.“

β. Seit längerer Zeit geschlossen vererbendes Dorfgebiet:

Amt Nidau, Amtsschreiberei: „Die geschlossene Uebergabe erfolgt in der Regel.“ Gde. Täuffelen im gleichen Sinn.

Amt Büren, Gde. Diessbach: „Bis auf einen einzigen Fall hat sich der Grundsatz der ungeteilten Uebergabe durchzusetzen vermocht; in diesem Fall haben die geeigneten Erben den Anspruch auf geschlossene Uebergabe nicht erhoben.“

Amt Fraubrunnen, Gden. Fraubrunnen und Urtenen-Schönbühl bestätigen den festigenden Einfluss des ZGB. Gde. Bätterkinden: „Dieser Grundsatz (der ge-

geschlossenen Uebergabe) hat sich gut durchgesetzt. Der übernehmende Erbe stützt sich auf Artikel 620 ZGB. Eine Einigung kommt meistens ohne amtliche Zuschätzung zustande.“ — „Die Uebernahme des bäuerlichen Grundbesitzes geht meistens auf dem Wege der Verständigung unter den Erben vor sich. In der Regel wird ein Vertrauensmann beigezogen, der die Schätzung besorgt.“

Amt Aarberg, Gde. Rapperswil: Eine Veränderung ist durch das ZGB nicht eingetreten. Hier und da wird vom Uebernehmer behufs Festsetzung des Uebernahmepreises die Gültzuschätzungskommission in Anspruch genommen.“ — „Einen sehr wohlthätigen Einfluss übt das ZGB in dem Sinne aus, dass der qualifizierte Erbe berechtigt ist, ein Heimwesen zum Ertragswert übernehmen zu können.“ Gde. Meikirch: „Die geeigneten Erben erheben regelmässig Anspruch auf ungeteilte Zuweisung der landwirtschaftlichen Heimwesen: über den Anrechnungswert hat meistens die Gültzuschätzungskommission zu entscheiden.“ — „Das im ZGB vorgesehene bäuerliche Erbrecht hat sich tatsächlich gut eingelebt und bewährt. Es bildet ein Bollwerk gegen die Zerstückelung und allzugrosse Ueberschuldung von in die Erbteilung fallenden Liegenschaften, was... sehr zu begrüßen ist.“

Amt Seftigen, Gde. Rüeggisberg: „Der am besten geeignete Erbe übernimmt das Gut ungeteilt, heisst das, wenn er finanziell kräftig genug ist. Bei den derzeitigen hohen Liegenschaftspreisen ist es eben schwierig, ein Gut zum Ertragswerte zu übernehmen, wenn mehrere Erben vorhanden sind.“ „Es ist immer noch ein wunder Punkt, dass sich Eltern nicht entschliessen können, das Gewerbe bei Lebzeiten einem Erben abzutreten. Beim Erbfall muss meistens der Uebernehmer viel teurer kaufen.“ Gde. Englisberg: „Der alte Grundsatz der geschlossenen Uebergabe ist noch heute (nach dem ZGB) üblich. Zuschätzungen durch die Gültzuschätzungskommission sind bis heute nicht vorgekommen.“

Amt Aarwangen, Gde. Auswil: „Die geschlossene Gutsübergabe wird in der Regel (seit 1912) weiter gepflegt.“

Amt Wangen, Gden. Attiswil, Graben, Thunstetten-Bützberg, Seeberg und Wynau äussern, dass das neue Recht die geschlossene Vererbung gefestigt habe. Gde. Thörigen: „Die ungeteilte Gutsübergabe nach Artikel 620 ZGB erfolgt fast ausnahmslos. Die geschlossene Uebergabe wird vom geeigneten Erben vielfach verlangt, wenn nicht schon der Vater zu Lebzeiten das Gut dem geeigneten Sohn abgetreten hat.“ Gde. Wangen a. A.: „Der im ZGB festgesetzte Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe wurde durchwegs anerkannt, wo geeignete Erben zur Uebernahme des Betriebes vorhanden waren und zwar auf freiwilliger Basis. Einzig in einem Falle wurde Zuschätzung nach Artikel 620 ZGB verlangt.“

γ. Geschlossen vererbendes Hof siedlungsgebiet:

Amt Schwarzenburg, Gde. Wahlern: „Fraglicher Grundsatz des ZGB hat keine wesentlichen Aenderungen gebracht.“

Amt Signau, Gde. Trub: nach wie vor dem ZGB geschlossene Uebergabe der Heimwesen.

Amt Trachselwald, Gde. Rüegsau: es besteht auch nach Inkrafttreten des ZGB „geschlossene Uebergabe, meist in gütlichem Anspruch“. Gde. Eriswil: „Die neue Gesetzgebung hat in hiesiger Gegend keine Aenderungen gebracht, indem die ungeteilte Gutsübergabe bereits Brauch war.“ Gde. Walterswil: „Die Heimwesen werden immer ungeteilt dem geeignetsten Erben abgetreten, ausnahmsweise übernehmen auch 2—3 Erben zusammen den elterlichen Grundbesitz zu gemeinsamer Bewirtschaftung.“

c. Die Vererbung der Alpnutzungsrechte.

Die Viehzucht- und Milchwirtschaftsbetriebe im Schwarzenburgerland und im Emmental pflegen sich zur Sömmerung besonders des Jungviehs, Alpweiden zu sichern. Oefters kaufen mehrere Hofbesitzer gemein-

sam eine Alp etwa in der Stockhornkette oder im entfernteren Oberland. Viele Bauern aber erwerben einfach Anteilsrechte (Kuhrechte) an oberländischen Genossenschaftsalpen.

Natürlich haben diese Kuhrechte für die Höfe der mittelländischen Hügelzüge eine ganz andere Bedeutung als im Oberland. Im Unterland werden die Kuhrechte meist gesamthaft mit dem Hof übergeben, oder sie werden veräussert, jedenfalls nie geteilt, weil ein zersplitterter Besitz an Berechtigungen gar nicht mehr genutzt werden könnte.

Trub hat, abgesehen von den privaten, zwei genossenschaftliche Alpen. Weidrecht haben die Genossenschafter, die Stammanteile zeichnen. Eriswil besitzt, ebenfalls im Napfgebiet, drei kleinere Alpen, von denen die Ahornalp eine Genossenschaft nach Obligationenrecht ist. Die Anteile dieser und der zwei andern Alpen gehen als Zugaben mit den Talgütern über, werden also praktisch schon fast als zu den Gütern gehörig angesehen.

Amt Seftigen, Gde. Englisberg: „Anteilsrechte an Korporationsalpen werden gewöhnlich ungeteilt mit dem Gut übernommen.“ Gde. Rüeggisberg: „Alprechte gehen meistens mit dem Gut an den Uebernehmer über.“

Amt Trachselwald, Gde. Eriswil: „Die ‚Ahornrechte‘ gehen in der Regel bei Liegenschaftsverkäufen und Abtretungen als Zugaben an den neuen Eigentümer.“

2. Das übrige westliche Gebiet geschlossener Vererbung.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Das bernische, die Höfe geschlossen übergebende Mittelland, ist nach Westen hin gleichsam verlängert durch das freiburgische „Uechtland“. Die Teilung war in dem französischsprechenden Bezirk Glâne vor und nach dem ZGB eher selten. Auch der Bezirk Sarine, ebenfalls heute welscher Zunge, teilte die Güter kaum. Wir haben hier die westlichen Ausläufer des Gebietes geschlossener Gutsübergabe wie sie nach der französischen Schweiz hinüberreichen. Der deutschsprachige Sensebezirk des Kantons Freiburg ist schon ursprüngliches Land geschlossener Vererbung so gut wie das benachbarte Schwarzenburg.

Wie im Kanton Bern, so hatte auch der östlich anschliessende Kanton Solothurn seit alters ein Vorrecht des jüngsten Sohnes, wenigstens auf das Sässhaus und auf eine Jucharte Hofstatt, stipuliert. Der Kanton ist denn auch heute noch ein Land geschlossener Gutsübergabe, so vorweg der Bucheggberg, die Bezirke Lebern und Gäu. Die Dorfgebiete, wie das Wasseramt, Lebern, Gäu und Balstal, weisen trotz der heute geschlossenen Vererbungsweise eine ziemlich starke Zerstückelung auf. Dies, weil ähnlich wie im Norden des Kantons Zürich die Dörfer seit alters geteilte Zelgen hatten und zu Zeiten mangelnden Bevölkerungsabflusses oder einsetzender Industrialisierung vorübergehend die Realteilung vermehrt haben. Für das Land talabwärts Olten-Gösgen und Grenchen-Bettlach sind ähnliche

Bauernsiedlungen festzustellen, wo aber ebenfalls seit längerer Zeit geschlossene Vererbung besteht.

Endlich gehören zum westlichen geschlossenen Gebiet auch die drei basellandschaftlichen Bezirke Waldenburg, Sissach und Liestal. Auch sie sind *junges*, geschlossenes Gebiet. Denn noch heute kommen die Versteigerungen und gelegentlichen Teilungen vor. Dieses zeigt, dass man sich an die jurassischen Erbsitten noch erinnert. Weiter gibt *Miaskowski*¹⁾ an, dass im Sisgau im 17. und 18. Jahrhundert die Teilungssitte eingerissen hatte. — Zu den Erbsitten vor Einführung des Zivilgesetzbuches äusserten sich:

Kt. Freiburg, Grundbuchamt des Bezirks Sarine: «Le mode usuel de transmission des domaines ruraux avant l'introduction du Code Civil Suisse était que le domaine passait à un seul héritier.» Bezirk Glâne: «La transmission intégrale des domaines ruraux à un seul héritier avait souvent lieu au partage de l'indivision. Le partage des propriétés était (avant 1912) plutôt rare.»

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Kriegstetten: „Vor dem Inkrafttreten des ZGB wurden die Bauerngüter in den meisten Fällen von einem Erben einzig übernommen. Eine Zuteilung des Gutes an alle Erben war nicht üblich. In vereinzelt Fällen wurden die Güter zwischen zwei Erben geteilt. Dem jüngsten Sohne stand für die Uebernahme des väterlichen Hauses samt Nebengebäuden und Haushofstatt bis auf 36 Aren (= 1 Juchart) ein gesetzliches Vorrecht zu.“

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Waldenburg: „Geschlossene Uebergabe von Grundbesitz an alle Erben war üblich. Die geschlossene Uebergabe erfolgte in der Regel zu hohem Preise, ansonst die übrigen Erben öffentliche Steigerung verlangten. Der Uebernehmer genoss damals gar keinen Rechtsschutz für eine preiswürdige Uebernahme.“ Bezirksschreiberei Sissach: „Die geschlossene Uebergabe war die Regel, die Zuteilung von Grundbesitz an alle Erben die Ausnahme. Bei Uneinigkeit unter den Erben wurde das Gut öffentlich versteigert.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Der Anspruch auf ungeteilte Zuweisung des Hofes hat sich mit dem ZGB gut eingelebt, besonders weil das neue Recht einen Anspruch auf blosser Ertragswertschatzung gab. Für altes, geschlossen vererbendes Gebiet (abgesehen von der Zentralschweiz) ist es besonders typisch, dass nicht zum vollen Marktwert, sondern zu einem reduzierten Vorzugspreis das Gut übergeben wird. Der Preisvorzug ist das eigentliche ökonomische Kriterium der familiengebundenen Vererbung und des Familiensinnes. Da Baselland zu den jüngeren Ländern geschlossener Uebergabe zählt, ist es verständlich, dass hier die Güter *über* dem Ertragswert angerechnet werden (Versteigerungen). So bestände heute der grösste Fortschritt zur geschlossenen Vererbung in der Uebergabe zum Ertragswert. Der Verzicht auf die Teilung der Güter ist in Baselland allgemeiner als die Anrechnung zum Ertragswert.

¹⁾ A. v. *Miaskowski*, Die Verfassung der Land-, Alpen- und Forstwirtschaft in der deutschen Schweiz, Basel 1878, Seite 21—22.

Auch in Glâne und Sarine (Kt. Freiburg) ist das neue Recht wirksam:

Kt. Freiburg, Grundbuchamt des Bezirkes Sarine: «Le principe de la transmission intégrale des biens ruraux est observé d'une manière générale.» Grundbuchamt des Sensebezirkes in Tafers: „Es bleibt heute noch bei der geschlossenen Uebergabe wie vor 1912.“ Grundbuchamt Bezirk Glâne: «La transmission intégrale des biens ruraux prévue à l'article 620 CCS est fréquemment pratiquée.»

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Bucheggberg: „Das bäuerliche Erbrecht hat sich bei uns gut und zur Zufriedenheit der Bevölkerung eingelebt.“ Amtsschreiberei Lebern: „Gewöhnlich wird vom geeigneten Erben geschlossene Zuteilung des Bauernhofes verlangt. Nur ausnahmsweise wird bei grössern landwirtschaftlichen Betrieben zur rationellen Bewirtschaftung unter zwei geeigneten Nachkommen geteilt.“

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Waldenburg: „Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe hat sich hier durchzusetzen vermocht. Die geeigneten Erben pflegen den Anspruch auf geschlossene Uebergabe zu erheben.“ Bezirksschreiberei Liestal: „Die Zuweisung im Sinne von Art. 620 ZGB bildet die Ausnahme. Die Erben einigen sich meistens aus naheliegenden Gründen auf eine Uebernahmssumme, die zwischen dem Ertrags- und dem Verkehrswert liegt.“

VI. Die mittleren und östlichen Gebiete geschlossener Vererbung.

1. Das mittlere Gebiet geschlossener Vererbung.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

In den Urkantonen, in Zug und dem südlichen Teil des Kantons Luzern (Hofsiedlungsgebiet) bestehen seit alters Weidebetriebe, die zur geschlossenen Vererbung nötigen. Dass in den alpinen Gegenden der Urkantone die Freiteilung nicht Eingang gefunden hat, ist der strengen Familienbindung der innerschweizerischen Zivilrechte zuzuschreiben. Die Urkantone, Luzern und Zug sind die Länder der altdeutschen Verfügungsbeschränkung des Einzelnen über den Familiengrundbesitz.

Zum zentralen Gebiet geschlossener Vererbung gehört endlich der südliche Teil des Kantons Aargau. Diese Aemter standen zum Teil unter bernischer Herrschaft und wir hörten von ihnen, dass sie 1764 sich einer weitgehenden Zerstückelung der Güter hingegeben hatten. Die heutige geschlossene Vererbungsweise ist also keine sehr alte; im Suhrtal gibt es, wie ein Ueberrest anmutend, noch heute Freiteilung. Diese Sitte hat hier durchgehalten in der Zeit des aargauischen Erbrechts, das den Söhnen ein Vorrecht auf die Liegenschaften gab, bis zur Einführung des Zivilgesetzbuches.

Das ehemalige Freiteilungsgebiet ging jedoch vor 1912 zur geschlossenen Vererbung über, was nochmals zeigt, dass das bäuerliche „Anerbenrecht“ zu einer Zeit eingeführt wurde, als die Integrierung schon begonnen hatte. Der Aargau rechts der Aare, die nördlichen Teile Luzerns, aber auch der Kanton Zürich und der Thurgau sind die Länder der grössten Veränderungen der Erbsitten. Hier begannen die Eisenbahnen zuerst den Verkehr zu beleben und den Markt zu beeinflussen. Hier trat die

Industrie auf und zog landwirtschaftliche Arbeitskräfte ab, die Aenderung der Feldbausysteme prägte die Oekonomie der Dörfer vollends um. War früher der Ackerbau die Hauptsorge gewesen, hatten die drei Zelgen zum vornherein einer Teilung des Landes im Erbgang gerufen, so änderte sich das mit dem Uebergang zum intensiven Futterbau und zur Stallfütterung am Ende des 18. und im 19. Jahrhundert. Die Kunstwiesen durften nicht zu weit geteilt und nicht zu weit vom Stall wegliegen, müssen sie doch zum Teil täglich zwecks Einholen des Grases und später periodisch zum Ausbringen des Düngers aufgesucht werden. Für die Viehweide sind fast nur beträchtlich grosse Stücke benützbar. Somit war die Arrondierung wichtiger geworden und im Werte gestiegen. Dieser Umstand rief dem Zusammenhalten und Zusammenfassen der Liegenschaften. Die Betriebe kamen in eine ähnliche Lage wie sie für die Einzelhöfe auf den Hügeln schon lange bestand: der Futterbau ist rationell für abgerundete Betriebe mit Haus und Stall in gut erreichbarer Nähe. Die Einzelhöfe waren schon längst ungeteilt vererbt worden und diese Sitte führte sich nun im Dorfgebiet fester ein.

Der futterbauende Betrieb braucht aber auch weniger Arbeitskräfte. Das Dorfgebiet, welches sich auf den Futterbau und auf die Stallfütterung umgestellt hatte, schickte seine überflüssigen Arbeitskräfte in die Fabriken. Dieser Abfluss erleichterte den Auskauf und die ungeteilte Vererbung.

Es ist in der Tat für das jetzt untersuchte Gebiet eine Verschiebung der Freiteilungsgrenze nach Norden — zum Lande hinaus — zu beobachten. Die Freiteilung nahm früher einen breitem Strich der nördlichen Schweiz ein. Teile alemannisch-dörflichen Freiteilungsgebiets sind heute Land geschlossener Uebergabe.

An Belegen über die geschlossene Vererbung in der Zentralschweiz führen wir an:

Kt. Uri, Justizdirektion: „Ueblich war die geschlossene Uebergabe mehr als die Teilung. Die Teilung ist auch vielfach vorgekommen, aber nicht an alle Erben, nur etwa an zwei Erben.“

Kt. Zug und Obwalden, Justizdirektionen: „Die geschlossene Uebergabe war von jeher üblich.“

Kt. Luzern, Gemeinden Rain und Römerswil (Bezirk Hochdorf): „In der Regel geschlossene Uebergabe an die sämtlichen Kinder oder an sämtliche Söhne, die dann einander wieder auskauften; nur ausnahmsweise wurden Liegenschaften unter die Nachkommen zerstückelt.“ Gde. Escholzmatt (Entlebuch): „In alter Zeit war im Lande Entlebuch gemäss Landrecht von 1491 der jüngste Sohn zur Uebernahme des Grundbesitzes bevorzugt. Später (18. Jahrhundert) erfolgte öfters die Teilung der Güter unter die Söhne.“

Kt. Aargau, Grundbuchamt Zofingen: „Schon vor 1912 bildete im Bezirk Zofingen die geschlossene Uebernahme der Bauerngüter die Regel. Ausnahmen kamen vor in einzelnen Gemeinden des Suhrentales.“ — Grundbuchamt Lenzburg: „Die geschlossene Uebergabe war schon vor dem ZGB die Regel.“ Fast wörtlich gleich berichten die Aemter Kulm, Bremgarten, Baden und Muri.

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Das neue Recht konnte in den besprochenen Kantonen ohne weiteres die früheren kantonalen Gesetze ablösen. Die kantonalen Erbrechte kannten einen Sohnesvorteil bei der Vererbung von Grundbesitz. Auch die Uebung der ungeteilten Zuschätzung bestand, wie sich aus den Berichten bestätigt hat, schon zu Zeiten der kantonalen Zivilgesetze. Schwierigkeiten ergeben sich heute der ungeteilten Uebergabe nur dort, wo Teile der Betriebe als Bauland in Betracht kommen. Dies ist nicht nur um die Stadt Luzern, sondern auch im Kurggebiet des Vierwaldstättersees überhaupt öfters der Fall. An diesen Orten sind die Liegenschaften einer starken Preissteigerung ausgesetzt und die geschlossene Uebergabe an nur einen Erben würde zu Ungerechtigkeiten führen. Das Bundesgericht hat denn auch schon baureife Parzellen von der Mitgabe in die Zuschätzung an den Uebernehmer ausgeschlossen. (Entscheid vom 9. Oktober 1924, Amtl. Sammlung, Zivilrecht, Bd. 50, Nr. 50.) Einer der unten angeführten Berichtersteller nimmt auf diese Rechtsverhältnisse Bezug.

Kt. Uri, Justizdirektion: „Durchweg ungeteilte Gutsübergabe üblich. Ausnahmen sind selten. Anspruch auf geschlossene Uebergabe nach ZGB 620 kommt auch mitunter vor.“

Kt. Obwalden, Justizdirektion: „Sehr gut bewährt. Das Institut nach Art. 620 ff wird fast regelmässig benützt, sofern nicht bereits durch letztwillige Verfügung oder Verkauf zu Lebzeiten ein gleicher Zweck erreicht wurde.“

Kt. Zug, Grundbuchamt: „Ungeteilte Gutsübergabe.“

Kt. Luzern, Gden. Rain und Römerswil: „Die frühere Sitte, die Liegenschaften ungeteilt wieder an die Söhne abzugeben, hat sich gut erhalten. . . . In zahlreichen Fällen, namentlich wenn der Vater frühzeitig wegstirbt, gehen die Liegenschaften als Ganzes an die Familie über, deren Glieder einander später wieder auskaufen. In der Regel bleibt einer oder auch zwei Söhne im Gesamtbesitz.“ — Gde. Reiden: „Da schon unter dem alten luzernischen bürgerlichen Gesetzbuche die geschlossene Uebergabe Regel war, gestaltete sich die Durchführung des im ZGB festgesetzten Grundsatzes der ungeteilten Gutsübergabe um so leichter.“ — Gde. Grosswangen: „Es kommt selten vor, dass ein Erbe von der Berechtigung nach Art. 620 ZGB Gebrauch macht. Meist treffen die Erben ein gütliches Abkommen.“ — Gde. Entlebuch.: „. . . Die ungeteilte Gutsübergabe hat sich ziemlich durchgehend durchgesetzt.“ — Gde. Meggen: Im allgemeinen erfolgt hier stets ungeteilte Zuweisung, namentlich bei rein landwirtschaftlichen Gütern. Wir haben hier nicht Liegenschaften, die eine Zersplitterung der wirtschaftlichen Einheit vertragen könnten.“ — „In Meggen stehen wir in bezug auf die Uebernahme von landwirtschaftlichen Gewerben vor sehr schwierigen Verhältnissen, da. . . viele Liegenschaften tatsächlich für die (Bau-) Spekulation geeignetes Terrain aufweisen, teilweise bis zu $\frac{2}{3}$ ihres Bestandes. Dass in solchen Fällen auch der B. G.-Entscheid vom 9. Oktober 1924 zur Anwendung kommt, ist eine klare Selbstverständlichkeit. So trat schon der Fall ein, dass ein eigener Sohn für die väterliche Liegenschaft von zirka 20 Hektaren ein Angebot des Mehrfachen des landwirtschaftlichen Ertragswertes machte. Dabei hätte dieser noch ein sehr schönes Geschäft machen können.“

Kt. Aargau, Grundbuchamt Muri: „Nach wie vor der Einführung des Zivilgesetzbuches ist im Berichtsbezirk Muri fast durchwegs die ungeteilte Gutsübergabe unter Auskauf der übrigen Erben üblich.“ — Alle übrigen südlichen Aemter des Aargaus bestätigen diesen Befund.

2. Das östliche Gebiet geschlossener Vererbung.

a. Die Teilungssitten im allgemeinen.

Der Kanton Zürich ist einer der ostschweizerischen Kantone, die den alten Sohnesvorzug auf die Liegenschaften schon vor dem ZGB besaßen. Wie in den übrigen Kantonen, so hat auch hier von einem gewissen Zeitpunkt an das Interesse an der geschlossenen Uebergabe das Realteilungsinteresse überwogen. Die gleichberechtigten Söhne teilten dann nicht das Gut unter sich, sondern einer kaufte die übrigen aus. Dieser Punkt scheint für den grössten Teil des Kantons früh erreicht worden zu sein.

Die Talböden des Kantons Glarus sind stark parzelliert und heute mit Kleinbetrieben versehen, die sich in der Nähe von industriellen Unternehmungen befinden. Dennoch ist kurz vor 1912 und heute fast durchwegs die geschlossene Vererbung festgestellt.

Von festbleibender Tradition sind in der Ostschweiz die beiden Appenzell, die zu den geschlossen vererbenden Ländern gehören. Der Kanton St. Gallen schliesst sich an, vielleicht nicht durchwegs aus denselben Bedingungen heraus. Vielfach ist in diesen voralpinen Gegenden die Siedlungsweise für die ungeteilte Vererbung günstig. Das Toggenburg z. B. ist typisches Hofsiedlungsgebiet und in mancher Beziehung dem Emmental des Kantons Bern zu vergleichen. — Wir lassen Aeusserungen der Berichterstatter aus der Ostschweiz folgen.

Kt. Zürich, Grundbuchamt Affoltern a. A.: „Schon vor dem Jahre 1912 war hierorts die geschlossene Uebernahme von landwirtschaftlichen Gewerben üblich. Betreffend Teilung von landwirtschaftlichen Grundstücken bestanden gesetzliche Beschränkungen. Die Söhne waren in erster Linie berechtigt, die väterlichen Liegenschaften bei der Erbteilung zu übernehmen.“ — Grundbuchamt Niederglatt: „In den meisten Fällen war die geschlossene Uebergabe üblich. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind nicht übermässig gross, um aufgeteilt werden zu können.“ — Grundbuchamt Pfäffikon: „Geschlossene Uebergabe war Regel. Die Teilung des Gutes kam vereinzelt dagegen auch vor, wenn es sich um grössere Heimwesen handelte.“ — Im gleichen Sinn antworteten auf die Umfrage 20 weitere zürcherische Grundbuchämter. Grundbuchamt Wiedikon: „Es kam früher schon beides vor“ (geschlossene Uebergabe und Teilung). Grundbuchamt Höngg: meist geschlossene Uebergabe, vereinzelt Teilungen. — Grundbuchamt Stammheim: „Seit ungefähr 1900 ist die geschlossene Uebergabe die Regel, wobei allerdings vereinzelt Grundstücke hie und da an Miterben geschlagen werden, speziell an im Dorfe verheiratete Töchter. Teilungen des Gutes unter mehrere Erben sind seit 1900 seltene Ausnahmen.“

Kt. Thurgau, Grundbuchamt Diessenhofen: „Das Gewerbe ging gewöhnlich ungeteilt an einen Miterben über.“ Grundbuchamt Uesslingen: „Bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts wurden Bauerngüter nicht selten geteilt, d. h. wenn zwei oder mehrere Söhne waren, wurde jedem die Hälfte, oder ein Drittel von jedem Grundstück zugewiesen. Daher rührt auch im Kanton Thurgau die sehr grosse Zerstückelung. Seit Beginn dieses Jahrhunderts ist man von diesem wirtschaftlich total verfehlten System gänzlich abgekommen. Heute werden die Bauerngüter meistens an eine Hand übertragen, oder dann an mehrere als Gesamteigentum, so dass die wirtschaftliche Einheit nicht gestört wird.“ — Grundbuchamt Diessenhofen, Lommis, Bürglen und Notariatskreise Zihlschlacht und Kreuzlingen berichten ähnlich. — Notariatskreis Steckborn: „Zu frühern Zeiten, als der Haupterwerb

noch im Rebbau bestand, war die Teilung der Rebgelände an die verschiedenen Erben fast die Regel.“

Kt. Schaffhausen, Waiseninspektorat des Bezirkes Stein a. Rh.: „Die geschlossene Uebergabe war schon vor Einführung des ZGB üblich.“

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „Die geschlossene Uebergabe war (vor 1912) Regel. Teilung einzelner hierfür geeigneter Grundstücke erfolgte in Ausnahmefällen.“

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „Vor Einführung des ZGB war in Erbfällen in der Regel die geschlossene Uebergabe des Gewerbes üblich. Einzig im Rheintal und Werdenberg, wo sehr parzellierte Grundeigentumsverhältnisse bestehen, war Zuteilung des Grundbesitzes an alle Erben üblich.“

b. Die Teilungssitten nach 1912 und die Wirksamkeit des bürgerlichen Erbrechts des ZGB.

Es entspricht der Rechtstradition der Zentral- und Ostschweiz, sowie dem Umstand, dass die Vorbilder zum ZGB aus der Ostschweiz stammen, dass hier der „Anerbenartikel“ des neuen Rechts gut aufgenommen wurde. Die Annahme ist keine Frage, weil die gesetzliche Erbfolge von heute schon Volkstradition war und da in den Erbfällen ohne Kenntnis der Bestimmungen des ZGB ein Uebernehmer bestimmt und der Auskauf zum Ertragswert eingeleitet wird. Höchstens, dass ein etwas erhöhter Ertragswert („ein mässig berechneter Verkehrswert“ in Appenzell A.-Rh.) in Anschlag kommt.

Einige Bezirke des Kantons Zürich scheinen heute der Realteilung noch näher zu stehen. Wir erwähnten im Zusammenhang mit der Besprechung des dörflichen Realteilungsgebietes den Bezirk Rafz und die ebenfalls erst in neuerer Zeit zur geschlossenen Vererbung übergegangenen industriellen Aemter wie Bülach und Winterthur. Nun kommen die stadt- und industrienahen Aemter, wie Wiedikon und Zürich-Enge hinzu; ferner gibt es noch gelegentliche Teilung im Land der Seeufer, wo neben Bauland auch Rebland der realen Teilung ruft.

Auch für die Ostschweiz hat das ZGB vielerorts besonders durch die Zuschätzung zum blossen *Ertragswert* neuernd gewirkt. Die ungeteilte Uebernahme war schon vorher üblich, aber sie hatte die Gefahr der Ueber-schuldung durch einen zu hohen Preis in sich getragen. Einige der orts-ansässigen Berichterstatter (insbesondere Eglisau) nehmen auf diese Seite der Frage Bezug:

Kt. Zürich, Grundbuchamt Bassersdorf: „Wo geeignete Erben vorhanden, wird der Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe nach Art. 620 stets geltend gemacht. Wo keine geeigneten Erben vorhanden, erfolgt in der Regel noch Verkauf oder stückweise Liquidation durch den Erblasser selbst.“ — Grundbuchkreis Schlieren: „In der Regel erheben die geeigneten Erben den Anspruch auf geschlossene Gutsübergabe. Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe hat sich somit durchzusetzen vermocht und bewährt.“ — Grundbuchkreis Andelfingen: „Es kommt bei uns nicht vor, dass sich mehrere Erben (Söhne) um die Uebernahme des Gewerbes streiten; wir haben noch keine Losbildung vornehmen müssen. Bei Fehlen von Söhnen tritt oft eine Tochter mit Ehemann als Uebernehmerin auf.“

Grundbuchamt Eglisau: „Das bäuerliche Erbrecht hat sich bei uns sehr gut entwickelt. Es bietet dem Uebernehmer gewaltige Vorteile, indem er eben doch zu einem Preise übernehmen darf, bei dem er bestehen kann. Die Berechnung des Uebernahme- oder Ertragswertes macht in der Regel keine Schwierigkeiten und wo das noch der Fall ist, leisten die Bezirksschatzungskommissionen und das landwirtschaftliche Schätzungsamt des schweizerischen Bauernverbandes Brugg gute Dienste.“ Von den wenigen Orten, wo man im Kanton Zürich der realen Teilung noch näher steht, gibt es folgende Nachrichten:

Grundbuchamt Männedorf: „In der Regel erfolgte geschlossene Uebergabe. Ausnahmsweise kamen auch Zuteilungen an nicht mehr als zwei Erben vor.“ — Grundbuchamt Stäfa: „Vorwiegend Zuteilung an einen Erben, gelegentlich auch Teilung unter zwei Brüder.“ Aehrlich schrieben Wiedikon und Höngg.

Kt. Thurgau, Direktion der Thurg. Landwirtschafts- und Haushaltungsschule Arenenberg: „Heute ist Regel, dass ein einziger Erbe das Gut ungeteilt übernimmt und die andern Geschwister auslöst. Der Grundsatz der ungeteilten Gutsübergabe vermochte sich im Kt. Thurgau gut durchzusetzen.“ — Verwaltung der Staatsdomäne Münsterlingen: „Die Güter gehen in der Regel ungeteilt und ganz an einen Erben über. Die Uebernahme zum Ertragswert begegnet bei dem hohen Verkehrswert oft der Einsprache der Miterben; das führt leider dann und wann zum Verkaufe der Liegenschaft an Güterhändler. Diese Feststellung wird hauptsächlich bei zerstückeltem Grundbesitz gemacht.“ — Die Grundbuchkreise Uesslingen, Diessenhofen, Lommis, Steckborn, Bürglen, Kreuzlingen und Zihlschlacht bestätigen die Festigung der geschlossenen Uebergabe durch das ZGB.

Kt. Schaffhausen, Waiseninspektorat Stein a. Rhein: „Von jeher war es üblich, die ungeteilte Gutsübergabe dem dazu meist geeigneten Sohne zu überlassen.“

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „Die ungeteilte Gutsübergabe ist häufig. Von Art. 620 wird oft Gebrauch gemacht.“

Kt. Appenzell A.-Rh., Direktion des Gemeindewesens: „Die ungeteilte Gutsübergabe bildet die Regel; im übrigen werden die Bestimmungen über das bäuerliche Erbrecht und namentlich die Zuteilung zum Ertragswert äusserst selten angewendet. In der Regel verständigen sich die Erben auf Zuteilung zu einem mässig berechneten Verkehrswert.“ — „Geschlossene Uebergabe bildet die Regel; eine Teilung des Gutes kommt äusserst selten vor.“ — *Appenzell I.-Rh.* brachte aus beiden Landesteilen die Bestätigung geschlossener Vererbung bei.

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „Im allgemeinen haben sich die früheren Erbsitten auch nach Einführung des ZGB erhalten. Einzig im Bezirk *Sargans* scheint sich eine Anpassung an die Rechtsinstitutionen des ZGB vollziehen zu wollen.“

VII. Die Bevorzugung zur Landübernahme.

1. Allgemeine Regeln.

Die Frage 4c des Fragebogens von 1930 lautete: „Wer pflegt berücksichtigt zu werden, wenn mehrere Söhne, wenn Töchter, Tochtermänner oder Neffen gleichzeitig für die Uebernahme in Betracht kommen?“

Die historisch belegten Sitten des Vorzugs der Söhne auf die liegenden Güter, ja eines einzigen Sohnes (Minorat) auf den Betrieb, sind immer noch lebendig. Ferner ist auch heute noch die Tendenz vorhanden, Töchter nicht mit Land, sondern mit Geld auszustatten. Endlich macht sich der Einfluss der Industrie bemerkbar. Die Industrie verunmöglicht eine feste

Sitte der Vorbestimmung des Uebernehmers. Wo nämlich Industriearbeit nahe ist, wird die Neigung zur Landwirtschaft unter den Söhnen nur vereinzelt vorkommen und die Uebernahme des Gütchens richtet sich ganz nach den Arbeitsgelegenheiten der Familienglieder. Es wird derjenige Uebernehmer, der im Augenblick des Erbganges wenig oder keine Arbeit in der Industrie besitzt. — Endlich hat die Frage nach dem Landübernehmer eine ganz andere Bedeutung im Realteilungsgebiet.

Meist ist in den Antworten unserer Fragebogen von „den Söhnen“ die Rede, vielfach an zweiter Stelle auch von Töchtern oder mehr noch von Tochtermännern. Die meisten Antworten beziehen sich auf die Diskussion der persönlichen „Eignung“ — einige sagen, die Entscheidung falle nach Gutdünken des Vaters.

a. Uebernehmer ist, wer am längsten zu Hause arbeitete.

Am häufigsten macht sich die Vererbung des Betriebes im Gebiet geschlossener Vererbung so, dass nur eines oder zwei der Kinder „zu Hause bleiben“ und wer am längsten zu Hause mitgearbeitet hat, erhält dann den Hof. Dieser scheinbar organische Vorgang versteht sich jedoch nicht ganz aus sich selbst. Denn im Freiteilungsgebiet bleiben zuviele Kinder zu Hause, so dass nicht Uebergabe an einen einzigen Erben, sondern Teilung eintritt. Im Gebiet geschlossener Uebergabe wird, wie in einzelnen der unten angeführten Berichten zu ersehen ist, von vornherein die Erziehung der Kinder so eingestellt, dass nur einer oder dann zwei gemeinsam den Hof übernehmen.

a. Belege aus dem Kanton Bern.

Amt Aarwangen, Gde. Melchnau: „In der Regel wird von den Eltern selbst dafür gesorgt, dass diejenigen Söhne, welche sich nicht für die Landwirtschaft eignen oder keine Lust hierzu haben, geeignete Berufe erlernen.“

Amt Thun, Gde. Amsoldingen: „Das Gut wird immer demjenigen übergeben, der Lust hat, auf dem elterlichen Gute weiterzuwirtschaften. In den meisten Fällen ist nur einer von den Erben so eingestellt, weil meistens auch nur einer zu Hause bleibt, wie man sagt, und die andern gehen hinaus in alle Welt und suchen dort ihr Brot zu verdienen.“

Amt Bern: „Der Jüngste oder derjenige, welcher am längsten zu Hause gearbeitet hat.“

Amt Aarberg: „Die Söhne, von den Söhnen derjenige, welcher am längsten zu Hause gearbeitet hat. Auch der Jüngste.“

Amt Erlach: „Geschlecht spielt keine Rolle, hingegen ist von Bedeutung die im Betriebe geleistete Arbeit; gerechte Berücksichtigung der Lidlöhne.“

Amt Burgdorf, Gemeinde Lyssach: „Der jüngste Sohn oder derjenige, welcher am längsten zu Hause gearbeitet hat.“

„Wer am längsten zu Hause gearbeitet hat“ erhält den Hof auch nach den Berichten aus der Amtschreiberei Wangen und aus den Gemeinden Attiswil, Niederbipp (Amt Wangen), Mühleberg (Amt Laupen), Rüeggisberg (Amt Seftigen) und Rüegsau (Amt Trachselwald). Auch aus dem jurassischen Freiteilungsgebiet

kommen Belege, dass, wer am längsten den Eltern arbeitend geholfen hat, in Land entschädigt und bevorzugt wird:

Amt Delémont, Gde. Ederswiler: „Die am längsten bei den Eltern bleiben, werden in der Regel angemessen entschädigt.“

Amt Courtelary, Gde. Plagne: «au fils qui est resté le dernier avec ses parents».

Amt Neuveville: «au fils qui ordinairement exploitait le domaine du vivant des parents».

β. Belege aus der Zentralschweiz:

Kt. Solothurn, Bezirksschreiberei Lebern: „Meistens die bis zum Ableben des Erblassers auf dem väterlichen Gut arbeitenden Söhne.“

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Waldenburg: „Der Sohn, welcher zu Hause bleibt und den Betrieb leitet.“

Kt. Luzern, Gde. Reiden: „Die Söhne und zwar in der Regel die ältern Söhne oder dann diejenigen, welche die längste Zeit, das väterliche Heimwesen bewirtschaftet haben.“

Kt. Aargau, Grundbuchamt Zofingen: „In der Regel diejenigen, welche selbst auf dem Gute tätig waren. Es ist keine Seltenheit, dass zwei Söhne das Gut zu Miteigentum übernehmen.“ — Grundbuchamt Muri: „In der Regel derjenige unter den mehreren in Betracht fallenden Söhnen, der am längsten mit den Eltern das Bauerngut bewirtschaften und bebauen geholfen hat.“ Die Bezirke Bremgarten, Brugg und Lenzburg berichten ähnlich.

γ. Belege aus der Ostschweiz:

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „In erster Linie geeignete Söhne oder Töchter, die schon bisher in der Bewirtschaftung tätig waren.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Affoltern a. A.: „Die ältern Söhne oder solche, welche am längsten im elterlichen Haushalte mitarbeiteten“. — Grundbuchamt Andelfingen (Weinamt): „Meistens der im Gewerbe mitarbeitende Sohn.“ — Grundbuchamt Bülach: „Der fähigere Sohn mit Familie, der am längsten zu Hause arbeitete. Es kommt auch vor, dass zwei Söhne das Gut übernehmen...“ — In ähnlicher Weise äussern sich die zürcherischen Grundbuchämter Eglisau, Höngg, Küsnacht, Männedorf, Pfäffikon, Oberstammheim, Wädenswil und Winterthur.

Kt. Thurgau ähnliche Antwort von der Landw. Schule Arenenberg, Grundbuchamt Bürglen, Diessenhofen, Steckborn, Uesslingen und Zihlschlacht.

b. Uebernehmer ist der älteste Sohn.

Wer am längsten zu Hause gearbeitet hat, ist vielfach, wenn auch nicht notwendigerweise, der älteste Sohn. In den angeführten Aeusserungen trat schon vielfach diese Regel zu Tage. Auch dieser Modus kann nicht als feste Sitte bezeichnet werden. Die Erwerbsmöglichkeiten sind heute zu mannigfach auch in ziemlich abgelegenen Gegenden, so dass die persönlichen Neigungen und die örtlichen Gelegenheiten mithelfen, den Landübernehmer zu bestimmen. Immerhin ist der grosse Unterschied zwischen den Ländern geschlossener Uebergabe und den Freiteilungsgebieten auffallend. Die Sitte — entweder geschlossene Uebergabe oder Aufteilung des Bodens — ist fester als die Bestimmung der Person des Uebernehmers. Der Hof bleibt beisammen — wer ihn weiterbewirtschaftet, entscheidet man von zu Fall nach den Neigungen. Allerdings wird diese Neigung im Gebiet geschlossener Vererbung schon früh bestimmt

und der ausgewählte künftige Bauer wird in seinem Beruf vom Vater erzogen. Es begibt sich dann leicht, dass diese Wahl auf den ersten männlichen Nachkommen fällt, wovon wir Beispiele geben:

α. Belege aus dem Kanton Bern:

Amt Moutier, Gde. Schelten: „In der Regel übernimmt der ältere Sohn das Pachtgut des Vaters“.

Amt Delémont, Gde. Boécourt: «A l'aîné des fils ou quelquefois au plus qualifié en la matière». Gde. Saulcy: «Au plus âgé des fils ou au cadet».

Amt Freibergen, Gde. Epauvillers: «aux aînés».

Amt Laufen, Gde. Liesberg: „dem älteren Sohn“.

Amt Nidau, Gde. Täuffelen: „Gewöhnlich der älteste oder der jüngste Sohn.“ Die Bevorzugung des Ältesten findet sich im Minoratskanton Bern nur im Jura!

β. Belege aus der Zentralschweiz:

Kt. Uri, Justizdirektion: „In der Regel die älteren Söhne“.

Kt. Luzern, Gde. Meggen: „Der älteste Sohn, eventuell zwei“. — Gde. Reiden: „Die Söhne, und zwar in der Regel die älteren Söhne oder dann diejenigen, welche die längste Zeit das väterliche Heimwesen bewirtschaftet haben“.

γ. Belege aus der Ostschweiz:

Kt. Zürich, Grundbuchamt Bassersdorf: „In der Regel der älteste Sohn, sofern dieser in der Bewirtschaftung stets mitgeholfen hat, hie und da auch zwei Söhne, wenn beide mitgeholfen haben, an Töchter oder Tochtermänner ausnahmsweise und nur wenn die beruflichen Verhältnisse den übrigen Erben entsprechend sind“. — Grundbuchamt Illnau: „Meistens wird der älteste Sohn berücksichtigt, sofern er sich zur Uebernahme eignet“.

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „In der Regel werden die Söhne berücksichtigt. Oft ist der älteste, oft der jüngste der Uebernehmer“.

Kt. Appenzell I.-Rh., Landeskanzlei: „Der älteste Sohn“.

e. Uebernehmer ist der jüngste Sohn.

Es ist interessant wo, wie oft und mit welcher Betonung die Gewohnheit der Vererbung nach Minorat heute noch auftritt. Diese Sitte ist fast ausschliesslich auf den Kanton Bern beschränkt.

Gerade bei dem heutigen Zustande der Landwirtschaft ist es wichtig, dass die Erinnerung an das Jüngstenvorrecht sich erhält, dass die Söhne das Bewusstsein haben, nicht alle auf dem Gut als selbständige Wirtschaftler Platz zu finden. Wo das Minorat noch gilt, wandern die übrigen Erben ab und der Hof erhält sich ganz, wohl aber gerät er in die Gefahr der Verschuldung und es besteht die Möglichkeit, dass Miterben benachteiligt werden¹⁾.

Meist erfolgte das Bekenntnis zum Minorat in einer etwas bedingten Form. Bestimmter und sicherer sind die Aeusserungen über das Jüngsten-

¹⁾ Ueber Vor- und Nachteile des Minorats nach modernen Verhältnissen, s. W. Pauli, Die Vererbung etc. a. a. O., Seite 221, Anm. 21.

vorrecht, z. B. aus den Gemeinden Meikirch, Thunstetten, Leuzigen, Signau, Trub. Die Gemeindeschreiber von *Bätterkinden* und *Biglen* geben an, dass das Jüngstenvorrecht nicht mehr oft und regelmässig beachtet werde.

Das Jüngstenrecht wird zwischen Jura und Alpen noch sehr häufig beachtet. Wir erhielten Mitteilungen darüber aus vier Amtsschreibereien und nicht weniger als 28 Gemeinden des Mittellandes, sowie aus drei Gemeinden des Oberlandes und aus dem jurassischen Orte *Orvin* (Amt Courtelary).

Im ganzen machen die Gemeinden, die das Minorat erwähnen, 54 % aller überhaupt im Mittelland zwischen Jura und Alpen befragten Ortschaften aus. Von 57 antwortenden Gemeinden sprachen die 31 Berichte von der Beachtung des Jüngstenvorrechts. (Wir zählen im „Mittelland“, d. h. zwischen Jura und Alpen, 303 Gemeinden. Davon wurden 61 angefragt und von 57 erhielten wir die gewünschten Auskünfte).

a. Belege aus dem Kanton Bern:

1. Seeland:

Amt Aarberg, Amtsschreiberei: „Wer am längsten zu Hause gearbeitet hat; auch der Jüngste.“ — Gde. Meikirch: „Das im alten Zivilrecht vorgesehene Vorrecht des jüngsten Sohnes wird auch unter der Herrschaft des ZGB meistens beachtet.“

Amt Erlach, Gde. Erlach: „Der jüngste Sohn“ (wird bevorzugt). — Gde. Siselen: „Der jüngste Sohn, event. derjenige, der sich am besten eignet.“

Amt Nidau, Amtsschreiberei und Grundbuchverwaltung: „Es ist die Tendenz feststellbar, den jüngeren dem ältern vorzuziehen.“ — Gde. Täuffelen: „Gewöhnlich der älteste oder jüngste Sohn“.

Amt Büren, Gde. Diessbach b. B.: „Gewöhnlich der jüngste Sohn.“ — Gde. Oberwil b. B.: „Wenn geeignet der jüngste Sohn.“ — Gde. Leuzigen: „Der Jüngste, wenn er geeignet“.

2. Oberaargau:

Amt Aarwangen, Gde. Auswil: „In der Regel ein Sohn, zuweilen der jüngste.“ Thunstetten und Wynau: „Der jüngste Sohn.“ — Gde. Ursenbach: „Der jüngste Sohn, manchmal auch zwei Söhne (oder Sohn und Tochter).“

Amt Wangen, Gde. Graben: „Der jüngste Sohn.“ — Gde. Seeberg: „Gewöhnlich der jüngste Sohn, sofern geeignet.“ — Gde. Thörigen: „Söhne haben gegenüber den Tochtermännern den Vorzug. Oefters der jüngste Sohn. Es erfolgt in der Regel gütliche Uebereinkunft.“

3. Mittelland:

Amt Bern, Grundbuchverwaltung: „Der jüngste Sohn, oder dann derjenige, welcher auf dem Gut gearbeitet hat.“

Amt Burgdorf, Gde. Heimiswil: „Der jüngste Sohn (wenn er geeignet ist)“. — Gde. Koppigen: „Einer der Söhne und zwar meistens der jüngste Sohn.“ — Gde. Lyssach: „Der jüngste Sohn oder der, welcher am längsten zu Hause gearbeitet hat.“

Amt Fraubrunnen, Gde. Limpach: „Der jüngste Sohn oder die älteste Tochter.“ Gde. Urtenen: „Der jüngste Sohn.“

Amt Konolfingen, Gde. Biglen: „Die für das bernische Recht kodifizierte Uebung des Jüngstenvorrechts wird immer weniger zur Anwendung gebracht.“ Gde. Herbligen: „Der jüngste Sohn.“

Amt Schwarzenburg, Grundbuchverwalter: „Meist der jüngste oder dann der geeignetste Sohn.“ — Gde. Wahlern: „Der jüngste Sohn.“

Amt Seftigen, Gde. Englisberg: „Vorzugsweise der für die Uebernahme geeignetste Sohn. Hin und wieder herrscht noch die Zuweisung an den Jüngstgeborenen.“ — Gde. Mühlethurnen: „Wer sich am besten eignet, zuerst natürlich die Söhne und wenn mehrere sind, der jüngste, erst nachher die Töchter.“ — Gde. Wattenwil: „Der jüngste Sohn.“

Amt Thun, Gde. Uebeschi: „Einer der Söhne, gewöhnlich der jüngste Sohn.“

4. *Emmental*:

Amt Signau, Gde. Signau: „In der Regel kommt der jüngste Sohn in Frage.“ Gde. Trub: „In der Regel der jüngste Sohn, wenn er geeignet ist, sonst ein anderer Sohn oder Tochtermann.“

Amt Trachselwald, Gde. Rüegsau: „Wer am meisten auf dem Hofe arbeitete oder der jüngste Sohn.“

5. *Oberland*:

Amt Frutigen, Gde. Krattigen: „Der jüngste Sohn oder dann derjenige, welcher zuhause geblieben ist.“ — Gde. Reichenbach: „Der jüngste Sohn, insofern geeignet.“

Amt Saanen, Gde. Saanen: „Der jüngste Sohn gewöhnlich.“

6. *Jura*:

Amt Courtelary, Gde. Orvin: «Fréquemment au plus jeune».

(Die zuletzt erwähnten vier Gemeinden liegen im Freiteilungsgebiet. Die Ortschaften selber haben jedoch geschlossene oder doch gemischte Vererbung angeben. Das Minorat hat die Realteilung hintangehalten.)

β. Belege aus dem Kanton Solothurn:

(Einziger ausserbernischer Bericht über Minorat): „Berücksichtigt wird oft der jüngste, oft der älteste oder sonst geeignete Sohn...“ (Amtschreiberei Kriegstetten).

2. Die Uebernehmer im ausgesprochenen Realteilungsgebiet.

Im echten Freiteilungsgebiet wurde die Frage nach dem Uebernehmer oft nicht beantwortet in der Meinung, sie beziehe sich nur auf die geschlossene Uebergabe. „Uebergabe“ und geschlossene Uebergabe wurde in Eins gesetzt.

Daneben kommen noch eine Anzahl Berichte vor, die für das Freiteilungsgebiet betonen, dass vorweg die Söhne das Land übernehmen, während die Töchter möglichst ausgekauft werden. Tochtermänner werden berücksichtigt bei Mangel an Söhnen, wenn sie im gleichen Dorf angesessen sind und ebenfalls Landwirtschaft treiben. Gebräuchlich ist auch im Teilungsgebiet, dass man zuerst diejenigen Nachkommen mit Land ausstattet, welche mit den Eltern bis zuletzt zusammengewohnt haben.

a. Belege der gleichmässigen Aufteilung ohne Vorzug:

1. *Kt. Bern*:

Jura, Amt Franches-Montagnes, Gde. Le Noirmont: als Antwort auf die Frage, wem bei einer Mehrzahl von Erben das Land zugeteilt werde, heisst es:

«Au plus offrant». — Gde. Bure (Amt Porrentruy): «Celui qui en offre le plus» ist Uebernehmer. Ebenso bestimmt eine Bevorzugung der Person ablehnend und die Realteilung betonend lauten die Antworten aus Les Breuleux (Amt Franches-Montagnes), Grandfontaine, Lugnez (Amt Porrentruy), Court, Crémines, Saicourt (Amt Moutier), Courfaivre, Vermes (Amt Delémont) und Cortébert (Amt Courtelary).

Oberland, Amt Interlaken, Gde. Bönigen: „Bevorzugung trifft nicht zu, alle erhalten Land.“ — Gde. Lauterbrunnen: die Söhne, Töchter, Tochtermänner „werden in der Regel alle gleich behandelt.“ — Amt Frutigen, Grundbuchverwalter: „Gewöhnlich die Söhne oder aber es erfolgt eine gleichmässige Uebernahme durch die Kinder.“

2. Realteilungsgebiete der Westschweiz:

Kt. Waadt, Notariatskreis Aigle: «En général la transmission est faite en faveur de tous les enfants en communauté, les donateurs laissant à ceux-ci le soin de se répartir à leur convenance les biens donnés».

Kt. Wallis, Grundbuchamt Bas-Valais, Monthey: «A tous par établissement de plusieurs lots, tirés au sort». — Valais Central, Sion: «Les biens sont généralement partagés».

Kt. Solothurn, Bezirk Dorneck: „In diesen Fällen wird das Gut meistens aufgeteilt.“

3. Realteilungsgebiete der Nord- und Südschweiz:

Kt. Schaffhausen, Bezirk Unter-Klettgau: „Alle Erben werden gleich berücksichtigt.“

Kt. Graubünden mehrere Hinweise auf die vollständige Aufteilung der Güter im Erbgang.

β. Belege über Bevorzugung der Söhne vor den Töchtern:

1. Bernisches Realteilungsgebiet:

Jura, Amtsschreiberei Moutier: «Aux fils». — Amtsschreiberei Courtelary: «Aux fils». — Gde. Epauvillers (Amt Franches-Montagnes): «Aux aînés». — Gde. Burg (Amt Laufen): „Die Söhne.“

Oberland: Amtsschreiberei Ober-Simmental: „Die Söhne“. Amtsschreiberei Nieder-Simmental: „Die Söhne werden in der Regel vor den Töchtern berücksichtigt.“ — Amtsschreiberei Frutigen: „Gewöhnlich die Söhne oder aber es erfolgt eine gleichmässige Uebernahme durch die Kinder.“

2. Uebrigtes Realteilungsgebiet:

Kt. Genf, Grundbuchamt: «En général aux fils, mais l'attribution totale ou partielle est souvent faite aux filles qui sont mariées et donc les maris sont déjà à la tête d'une exploitation rurale qui s'agrandit par le fait d'un partage».

Kt. Freiburg, Grundbuchamt Veveyse: «A celui ou à ceux qui font ménage commun avec les parents au moment de la passation de l'acte». — Bezirk See: „Eher Söhne, in der Regel derjenige, dem die Uebergabe am gelegensten kommt.“ Bezirk Glâne gleichlautend.

Kt. Tessin, Justizdepartement: „Abitualmente viene divisa fra tutti i coeredi, talvolta solo tra i figli maschi, specie se le figlie sono maritate.“

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Thierstein: „Die Söhne ohne Rücksicht auf das Alter.“

Kt. Aargau, Grundbuchamt Rheinfelden: „Die Söhne oder ein Sohn.“

VIII. Die Uebergabe des Gutes bei Lebzeiten der Eltern.

1. Die Landesteile des Kantons Bern.

Die unter 4b des Schemas gestellte Frage nach der Uebertragung bei Lebzeiten ergab: Im Berner Oberland ist diese Uebergabe nur eine „gelegentlich“ festzustellende oder eine „noch öfters“ vorkommende Erscheinung. Die Eltern behalten sich Wohnrecht, oft auch weitere Nutzungen vor.

Es scheint, dass im Niderrsimmental um Wimmis herum, sowie in Saanen der Hof häufiger von den Eltern vertraglich an die Nachkommen geht.

Das Land zwischen Jura und Alpen dagegen übergibt regelmässig unter Lebenden. Die Berichte der Aemter bestätigen das durchweg. Aus den Gemeinden des Mittellandes kamen gelegentliche negative Mitteilungen, wahrscheinlich, weil dem Ausfüller ein zeitlich ausgedehnter Ueberblick hier und da fehlt. Eine Eigentümlichkeit berichtet *Meikirch*: Die Uebergabe bei Lebzeiten ist heute seltener, als vor dem ZGB. Dies beweist, dass wohl der Grundsatz der Uebergabe an einen einzigen Erben feststeht, dass aber die Miterben suchen, die Uebergabe bei Lebzeiten zu einem höheren Preis zu erreichen. Denn das ZGB gab dem Interessenten ein Anrecht auf die billige Ertragswertschätzung nur im Erbfall und nicht für die Uebergabe bei Lebzeiten.

Es ist zwar festzustellen, dass an sehr vielen Orten die Uebergabe bei Lebzeiten gerade umgekehrt den Sinn hat, dem Uebernehmer einen billigen Preis zu machen. Seit der Wirksamkeit des ZGB ist jedenfalls nicht allgemein ein Zurückgehen der lebzeitigen Teilung eingetreten.

Wo zwischen Ertrags- und Verkehrswert ein grosser Unterschied besteht, also besonders in der Nähe der gewerbereichen Ortschaften, wird häufig zum Verkauf an einen Sohn bei Lebzeiten gedrängt und der künftige Uebernehmer sucht umgekehrt das Geschäft bis zum Erbgang hinauszuschieben. Es setzt nun ein Spiel der Kräfte ein, von dem wir nur die Ergebnisse, die tatsächliche Häufigkeit der Uebergabeverträge, feststellen können.

Im Jura sind die Ansichten von der Uebergabe bei Lebzeiten ganz andere. In diesem Realteilungsgebiet, wo jedes der Kinder Land erwartet, ist es nicht üblich, dass die Eltern ihr Gut stückweise verteilen. In andern Realteilungsgebieten, im Wallis, Fricktal, in Schaffhausen, kommt die Aufteilung zu Lebzeiten vor. Es ist zwar möglich, dass dieses stückweise Abtreten bei Lebzeiten im Berner Jura häufiger ist, als sich aus unserer Umfrage ergibt, weil vielleicht die Frage des Schemas als nur auf die Fälle geschlossener Uebergabe bezüglich angesehen wurde. Die Mitteilung, dass „cession des domaines du vivant des parents“ nur gelegentlich vor-

komme, würde sich dann einzig auf die wenigen geschlossen vererbten Höfe beziehen.

Da im Jura die Versteigerung beim Ableben der Erblasser üblich ist und überhaupt wenig Neigung zur geschlossenen Vererbung besteht, wird es nicht verwundern, wenn die Frage nach der lebzeitigen Uebergabe 12mal mit Nein und 17mal mit «occasionnellement» beantwortet wurde.

Die Uebergabe bei Lebzeiten pflegt zunächst nur eine rechtliche zu sein. Das Gut wird dem Nachfolger „verschrieben.“ Faktisch ist es nicht immer eine Uebergabe, weil der ganze Nutzens- und Schadensanfang erst auf den Tod des einen elterlichen Gatten angesetzt wird, oder weil die Eltern sich das Nutzungsrecht vorbehalten. Es wird aber mit dem Geschäft erreicht, dass das Eigentum dem einmal bestimmten Nachfolger sicher ist.

Der „Uebergabevertrag“ ist ein Kaufvertrag. Die Preis- und Zahlungsbedingungen, sowie die Verrechnung der Erbquote des Hofübernehmers werden darin geregelt. Der Uebernehmer hat den Lohn für seine im vormals väterlichen Betrieb geleistete Arbeit (den Lidlohn) gegenzurechnen. Zugleich wissen dann auch alle Miterben „wieviel sie zu erwarten haben“. Die Uebergabe zu Lebzeiten wird deswegen oft als Abtretung auf Rechnung der Erbschaft bezeichnet. Geht das Eigentum durch den Uebergabevertrag sogleich an den Nachfolger, so behält sich der Vater die Nutzniessung des Ganzen oder eines Teiles vor.

Nicht eben selten ist im alten Kantonsteil das *Verpachten* des Gutes durch die Eltern an den zukünftigen Uebernehmer.

a. Belege aus dem Oberland.

Amt Interlaken, Amtsschreiberei: „Sie (die Uebergabe bei Lebzeiten) kommt öfters vor, wobei sich die Eltern gewöhnlich ein Wohn- und Mitwohnrecht und bisweilen auch die Benützung der Grundstücke auf Lebenszeit vorbehalten.“

Amt Nidersimmental, Amtsschreiberei: „Man kann ganz gut behaupten, dass diese Uebergabe zu Lebzeiten hier von allen Uebergabearten am meisten vorkommt. Nutzniessung wird vorbehalten.“

Amt Saanen, Amtsschreiberei: „Ja, dies ist die häufigste Form. Die Eltern behalten sich entweder von jedem Kind eine Rente von Fr. 200—500 vor oder aber ein festes Kapital mit Grundpfandrecht von mehreren tausend Franken, die den Erben nach dem Verhältnis der übernommenen Liegenschaften zugeteilt werden.“

β. Belege aus dem Mittelland.

Amt Aarberg, Gde. Meikirch: „Vor dem Inkrafttreten des ZGB war dies (die Uebergabe bei Lebzeiten) in unserer Gegend regelmässig der Fall, seither aber selten, indem der Uebernehmer lieber abwartet, bis er das bäuerliche Erbrecht (Ertragswertschätzung) geltend machen kann.“

Amt Aarwangen, Gde. Melchnau: „Fast ausschliesslich zu Lebzeiten mit Nutzungs- und Schadensanfang auf den Todestag.“ Gde. Ursenbach: „Verschreibung oft bei Lebzeiten, meist mit Nutzens- und Schadensanfang auf Ableben.“ Gde. Thunstetten teilt mit, die Uebergabe bei Lebzeiten komme „gelegentlich vor, dem „späteren Uebernehmer wird verpachtet, solange die Eltern leben.“

Amt Burgdorf, Gde. Koppigen: „Kommt oft vor, wobei zum Schutze des Abtreters demselben das lebenslängliche Nutzniessungsrecht vorbehalten wird. Dadurch wird erreicht, dass dem Erben das Eigentum gesichert wird, ohne dass ihm der Abtreter ausgeliefert wäre.“

Amt Fraubrunnen: „Bei Abtretung auf Rechnung zukünftiger Erbschaft wird die vom Uebernehmer im Betrieb geleistete Arbeit angerechnet und der Abtretungspreis festgesetzt.“

Amt Konolfingen, Gde. Biglen: „Es wird sehr oft (man könnte sagen in der Regel) das bäuerliche Gewerbe durch sog. Abtretungsvertrag unverteilt einem oder einzelnen Kindern veräussert (abgetreten), sehr oft mit Beginn der Wirkungen auf den Todestag des Abtreters.“

Amt Laupen, Gde. Mühleberg: „Häufig, öfters belastet mit dem lebenslänglichen Nutzniessungsrecht der Eltern“ (ähnlich Gde. Münchenwiler).

Amt Seftigen, Gde. Mühlethurnen: „Regel ist, dass das Heimwesen zu Lebzeiten des Vaters oder der Mutter an einen Erben verschrieben wird, aber dass sich der Erblasser bis zu seinem Absterben Nutzniessung vorbehält“ (ähnlich berichtet Gde. Englisberg).

Amt Nidau, Amtsschreiberei: Die Abtretung bei Lebzeiten kommt vor in Nidau gelegentlich „je nach den Verhältnissen. Dagegen wird das Gut dem mutmasslichen Nachfolger in *Pacht* gegeben.“

Amt Trachselwald, Gden. Eriswil und Walterswil berichten, dass es Regel sei, die Heimwesen auf Ableben hin zu „verschreiben“.

Amt Thun, Gde. Amsoldingen: „In den meisten Fällen wird das Gut einem Sohne in *Pacht* gegeben bis zum Tode der Eltern. In den andern Fällen kommt es vor, dass das Gut noch bei Lebzeiten der Eltern übergeben wird.“

γ. *Belege aus dem Jura.*

Amt Courtelary, Amtsschreiberei berichtet positiv: die *Zession* zu Lebzeiten sei «assez fréquente». Gde. Cortébert ebenfalls: «Oui, il arrive que les parents vendent leur domaine à un de leurs enfants».

Amt Delémont, Gde. Boécourt: «Souvent quand les parents deviennent vieux et incapables d'assurer l'exploitation».

Amt Franches-Montagnes, Gde. Le Noirmont im gleichen Sinn wie Boécourt.

2. Die übrigen Kantone.

In der Westschweiz ist die Uebergabe bei Lebzeiten nicht sehr verbreitet. Sie kommt nur gelegentlich vor, insbesondere natürlich dann, wenn Eltern den Anstrengungen der Bewirtschaftung nicht mehr gewachsen sind. Die Uebergabe ist mehr eine Aushilfe, die nicht allgemein vorgesehen und nicht durchgehend gebraucht wird. — Es können allerdings zahlreiche Motive zur Uebergabe zu Lebzeiten führen, ohne dass aus diesen Vorkommen auf eine verbreitete Sitte geschlossen werden dürfte. Eines dieser Motive, das in der Westschweiz sicher eine Rolle spielt, besteht in dem Wunsche, trotz des neuen Rechts auf ungeteilte Uebernahme des Gutes durch einen Erben, die gleichmässige Aufteilung des Betriebes noch mitzumachen und zu leiten. Im Wallis wird die lebzeitige Teilung geschätzt, da sie dazu angetan sei, Prozesse zu verhüten.

Der Kanton Solothurn ist, ähnlich wie das bernische Mittelland, sehr reich an Uebergabeverträgen zu Lebzeiten. Bucheggberg, Olten-Gösgen und Lebern heben die Häufigkeit der „lebzeitigen Teilung“ hervor, wie überhaupt im geschlossen vererbenden Gebiet diese Uebergabe häufiger hervortritt und im Kanton Aargau wiederum als Regel angesehen werden kann.

Was den Kanton Zürich betrifft, so ist direkt eine *Zunahme* der Uebergabe bei Lebzeiten der Eltern festzustellen. Die gefestigte, geschlossene Vererbung erlaubt den Eltern, die Hingabe an den Sohn noch selbst mitzumachen und dem Nachfolger in der Wirtschaft auszuhelfen. Aus Eglisau kommt die Meldung, dass auch in diesem Fall bloss der Ertragswert angerechnet wird — sicher ein Zeichen eingewurzelter, geschlossener Vererbung und guter Einführung des ZGB. Auch im früher freiteilenden untern Thurgau ist die geschlossene Uebergabe bei Lebzeiten häufig geworden.

a. Belege aus der Westschweiz.

Kt. Genf, Grundbuchamt: «Oui (Uebergabe bei Lebzeiten ist üblich) occasionnellement pour faciliter le partage du domaine ou l'établissement d'un héritier qualifié».

Kt. Waadt, Landwirtschaftskammer und Notariatskreis la Côte bezeichnen die lebzeitige Uebergabe als „gelegentlich“ vorkommend. Notariatskreis Aigle: «Les donations entre vifs ne sont pas fréquentes; ce ne sont guère que les personnes âgées qui usent de ce moyen pour se libérer de travaux qu'elles ne peuvent plus faire aisément». — Notariatskreis Payerne und Avenches: «Cette cession est occasionnelle. Lorsqu'elle a lieu c'est le plus souvent pour partager les biens ruraux entre les héritiers».

Kt. Neuenburg, alle Grundbuchbezirke nennen die Uebergabe bei Lebzeiten «Occasionnelle» oder «assez fréquente» (Val-de-Ruz).

Kt. Wallis, Grundbuchamt Oberwallis, Brig: „Kommt ziemlich oft vor bei älteren Leuten. Die Erben, resp. Kinder zahlen in diesem Falle den Eltern eine jährliche Rente.“ — Grundbuchamt Valais-Central, Sion: «La cession des propriétés rurales en avancement d'hoirie, sans être usuelle se produit assez fréquemment». — Grundbuchamt Bas-Valais, Monthey: «Occasionnellement, ça tend à devenir fréquent pour éviter discussions et procès».

Kt. Freiburg, Grundbuchamt Gruyère, Veveyse und Broye: «Occasionnellement». — Grundbuchamt Glâne: «assez fréquente», Grundbuchamt Sarine: «Du vivant des parents la cession des domaines est rare».

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Kriegstetten: „Solche Uebergaben kommen ziemlich häufig vor. Der Kt. Solothurn hatte vor dem ZGB für solche Fälle ein eigenes Institut, die lebzeitige Teilung, das sich gut bewährt hat und heute schwer vermisst wird.“ — Amtsschreiberei Lebern: „Ja, sehr oft.“ — Amtsschreiberei Olten-Gösgen: „Ja, sehr oft durch lebzeitige Teilung und Abtretung, wobei sich die Eltern eine jährliche Rente vorbehalten. Auch durch Kauf.“ (Die übrigen Aemter nennen die Uebergabe zu Lebzeiten „Gelegentlich vorkommend“ u. dgl.)

Kt. Baselland, Bezirksschreibereien Waldenburg, Sissach, Liestal: die lebzeitige Uebergabe komme „gelegentlich“ oder oft vor, nach den Berichten von Arlesheim und Binningen (Freiteilungsgebiet) dagegen selten oder nicht.

β. Belege aus der Zentralschweiz.

Kt. Uri, Justizdirektion: „Oft, durch Verkauf.“

Kt. Obwalden, Justizdirektion: „Kommt vor in Verbindung mit der Verpfändung, der Eltern ist aber nicht Regel.“

Kt. Zug, Grundbuchamt: „Gelegentlich ja. Sie erfolgt dann aber durch einen regelrechten Kaufvertrag.“

Kt. Luzern, Gde. Escholzmatt: „Wenn der Besitzer älter und die Söhne erwachsen, so erfolgt die Uebergabe fast in allen Fällen zu Lebzeiten.“ Ebenso positiv äussern sich die Gemeinden Meggen, Rain und Römerswil.

Kt. Aargau, Grundbuchverwaltung Kulm: „Die Uebergabe der Heimwesen bei Lebzeiten der Eltern, vielfach mit Nutzungsvorbehalt, kommt recht oft vor.“ Im gleichen Sinne betonen die Häufigkeit oder Regelmässigkeit dieser Uebergabeart die Grundbuchverwaltungen Zofingen, Muri, Bremgarten, Lenzburg, Aarau, Brugg, Baden und Zurzach („Sohnskäufe“). Der realteilende Bezirk Rheinfelden: „Das wechselt je nach Ort und Verhältnissen. Leider kommen sehr viel Teilabtretungen auf Rechnung zukünftiger Erbteile vor, vorwiegend da, wo man die Kinder zur rechten Zeit nichts anderes hat lernen lassen.“

γ. Belege aus der Ostschweiz.

Kt. Zürich, Notariat Eglisau: „Ja, sehr oft. Es wird aber auch bei Abtretung unter Lebenden bei uns so gehalten, wie wenn die Grundstücke durch Erbfolge übergegangen wären, d. h. es wird zum Ertragswert abgetreten.“ — Grundbuchamt Grüningen: „Es wird immer mehr Regel, dass bei Lebzeiten der Eltern der Gewerb an einen der geeignetsten Söhne zu Eigentum zugefertigt wird.“ — Grundbuchamt Küsnacht: „Je länger je mehr kommt es bei uns vor, dass die Uebergabe schon bei Lebzeiten der Eltern erfolgt.“ — Grundbuchamt Oberwinterthur: „Es ist anzunehmen, dass sich die Uebertragung der Güter zu Lebzeiten immer mehr durchsetzen wird. Nachteilige Wirkungen sind uns keine bekannt.“ — Die Grundbuchämter der übrigen, schon länger zur geschlossenen Uebergabe gekommenen Kreise, bezeugen ein eher noch häufigeres Vorkommen der Abtretung zu Lebzeiten der Eltern.

Kt. Thurgau, Notariat Diessenhofen: „Die Uebergabe findet grösstenteils zu Lebzeiten der Eltern statt.“ — Verwaltung der Anstalt St. Katharinental: „Ja, der Kaufpreis wird dann auf dem Grundbuchamt bereits vorgemerkt.“ — Grundbuchamt Uesslingen: „In der Regel bei Lebzeiten.“ — Grundbuchamt Diessenhofen: „Ja, die Hälfte der Liegenschaften werden zu Lebzeiten der Eltern abgetreten (ja sogar bis zu $\frac{2}{3}$).“ — Grundbuchamt Bürglen: „Gelegentlich erfolgt die Uebergabe bei Lebzeiten, mit Wohnrecht oder Verpfändung; diese Fälle mehren sich...“ Auch die übrigen Antworten aus dem Thurgau bestätigen die Häufigkeit dieser Abtretungsart.

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „Diese Uebergabe kommt ziemlich häufig vor.“

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „Ja, es ist dies eine ziemlich häufige Erscheinung.“

Kt. Appenzell (beide), Landeskanzlei, bzw. Direktion des Gemeindewesens: „Gelegentlich“, „Ziemlich oft.“

Kt. Schaffhausen, Waiseninspektorat Stein a. Rh.: „Ja, dies geschieht in gewissen Gemeinden durch regelrechten Kaufvertrag, in andern durch sog. erbsweise Ueberlassung zu Lebzeiten der Eltern.“ — Auch die 5 realteilenden Bezirke Schaffhausens sehen diese Transaktion „oft“ oder „Ziemlich oft.“ Waisen- und Teilungsinspektorat Unterklettgau: „Oft. Zur Entlastung der Eltern finden häufig Abgaben von Liegenschaften an die Kinder statt.“

Kt. Graubünden, Die angefragten Gemeinden sowohl des Rhein-, wie des Po- und Inngebiets berichten übereinstimmend, dass die lebzeitige Teilung eher

selten, jedenfalls nirgends Regel ist. Safien (geschlossen vererbend) allein sagt: „Die Uebergabe findet oft bei Lebzeiten der Eltern statt.“ — Wie im Wallis mehrten sich aber die Fälle und so berichtet Scharans: „Gewöhnlich nicht; ist in den letzten Jahren vorgekommen.“ — Gde. und Grundbuchkreis Arosa: „In letzter Zeit ist es in drei Fällen vorgekommen.“

IX. Die Grundbuchvormerkung auf Gewinnbeteiligung der Miterben nach ZGB 619 und die Vorkaufsrechte der Miterben.

Die grundbuchliche Vormerkung der Beteiligung der Miterben am Gewinn beim Verkauf einer ererbten Liegenschaft durch deren Uebernehmer binnen 10 Jahren nach dem Erbübergang, ist möglich nach ZGB 619. Dadurch sollen Gewinne, welche dank der Begünstigung nach ZGB 620 und wegen der Anrechnung zum blossen Ertragswert beim Verkauf gemacht werden können, zur gerechten Verteilung kommen.

Die Enquete (Punkt 2e der Fragekarte) zeigt, dass im Freiteilungsgebiet diese grundbuchliche Vormerkung recht selten ist. Die welschen Aemter des Kantons Bern, Porrentruy, Delémont, Franches-Montagnes und Neuveville berichten negativ. Die Amtsberichte von Moutier und Courtelary aber teilen mit, dass der Vermerk ausnahmsweise vorkomme. Die grössere Zahl der jurassischen Gemeinden verneint die Anwendung von Artikel 619 ZGB. Somit hat im neuen Kantonsteil, weil meist jeder Erbe Land erhält, eine Sicherung des Gewinnes bei baldigem Verkauf wenig Interesse. Bei Bauland und besondern Umständen wird aber auch hier die Berechtigung zum Gewinnanteil wichtig, wie die vereinzelt Mitteilungen zeigen.

Vom dörflichen Freiteilungsgebiet meldet nur das bernische Amt Büren, dass die Gewinnbeteiligung vielfach vorkomme. Von den Gemeinden schreibt zwar Erlach von häufigem Auftreten, sonst aber wird das Vorkommen der Eintragung im Seeland und im freiteilenden Laufental auch als nur ausnahmsweise oder „ganz vereinzelt“ bezeichnet. Burg, Duggingen und Wahlen im Laufental teilen mit, dass der Vorbehalt nicht gemacht werde, worin die Orte mit dem ganzen Jura in Uebereinstimmung stehen.

Im bernischen Mittelland kommt wegen der regelmässigen geschlossenen Vererbung zum niedrigen Ertragswert der Vorbehalt der Gewinnbeteiligung häufiger vor. Wenn man also fragte, ob der Artikel 619 ZGB eine gute Bestimmung sei und praktische Bedeutung erlangt habe, so müsste man mit Ja antworten.

Als häufig bezeichnen den Gewinnvorbehalt folgende zehn Aemter des Mittellandes: Aarberg, Aarwangen, Büren, Burgdorf („häufig, ja in der Regel“), Fraubrunnen, Nidau, Schwarzenburg, Seftigen, Trachselwald und Wangen. Zahlreiche Gemeinden bestätigen die Häufigkeit der Ein-

tragung des Beteiligungsrechts. Zur Begründung werden verschiedene Umstände angeführt (siehe folgende Zitate).

Die Mitteilungen sind zahlreich, dass es sich nur um ein gelegentliches Verwenden dieses Rechtes handle und zwar 1. wenn es sich um wertvolles Bauland handelt; 2. wenn sehr billig übergeben wird; 3. wenn der Uebernehmer sowieso Verkaufsgelüste zeigt und 4. wenn allgemein der Erbgang von Misstrauen unter den Erben belastet ist.

Ohne den Artikel 619 ZGB könnte oft die amtliche Zuschätzung nicht verantwortet werden. Die Gültzuschätzungskommission wird im Falle der Uneinigkeit der Erben häufig als letztes Hilfsmittel verwendet.

Merkwürdig ist, dass im *Berner Oberland* dicht nebeneinander der Vormerk häufig und andererseits direkt unbekannt ist. Von den Amtsberichten heisst es aus Saanen und Frutigen, der Vormerk sei häufig. Bei allen andern Grundbuchämtern gibt es die Eintragung nur „ausnahmsweise“ oder „hie und da“, „nur in ganz seltenen Fällen“. Dieses Ergebnis wird von der Umfrage bei den Gemeinden bestätigt. —

Allgemein erfolgt im Realteilungsgebiet, weil ja jeder Land, aber nicht jeder in gleicher Lage erhalten hat, Grundbuchvormerkung der Miterben auf Beteiligung am Gewinn im Verkaufsfalle nur beim Vorhandensein von Bauland. Im Uebrigen wird die Gewinnbeteiligung noch in jenen Niederungen benützt, wo das hochwertige Land sehr gesucht und auch kleine Stücke rationell verwendbar sind. Es sind dies die Gegenden der Broye und des Seebezirkes (Freiburg), das Fricktal und Schaffhausen.

Im Gebiet ungeteilter Uebergabe der Ländereien an die folgende Generation ist der Gewinnbeteiligungsvorbehalt häufiger. Er erscheint zunächst in den geschlossen vererbenden freiburgischen Bezirken Glâne, Sense und Sarine, dann aber auch in solothurnischen Aemtern wie Bucheggberg (es wird angegeben in 50 % aller Fälle!), Grenchen-Bettlach, Olten-Gösgen.

Zu diesem westlichen Gebiet gelegentlicher oder häufiger Vormerkung, zu dem noch der Bezirk Liestal gehört, kommt die Zentralschweiz, wo die grosse Nachfrage nach Heimwesen die Preise sehr hoch treibt, so dass eine grosse Differenz zum Ertragswert entsteht. Die Justizdirektion von Obwalden, das Grundbuchamt Zug und alle befragten luzernischen Gemeinden und viele aargauische Aemter bezeichnen die Vormerkung der Gewinnbeteiligung als häufig oder gar als Regel.

Auch im östlichen Gebiet geschlossener Vererbung weist die Vormerkung der Gewinnbeteiligung eine ziemlich umfangreiche Verbreitung auf. Im Kanton Glarus ist die Vormerkung häufig, in einer grossen Zahl der zürcherischen Grundbuchämter und im Thurgau kommt sie vor. In St. Gallen wird die Wichtigkeit des Instituts und sein häufiger Gebrauch in Vormundschaftsfällen belegt.

In diesem Zusammenhange mag erwähnt sein, dass die verwandten Miterben sich den „Blutzug“ sichern, indem sie auf Grund freier Vereinbarung ein *Vorkaufsrecht* auf die Liegenschaften des Uebernehmers im Grundbuch eintragen lassen. Die Gemeindeschreiberei von Trub (Amt Signau, Kt. Bern) berichtet, dass die Vormerkung auf Gewinnbeteiligung der verwandten Miterben in der Regel nicht gemacht werde, hie und da seien aber Vorkaufsrechte eingetragen worden. Der Amtsschreiber von Burgdorf erwähnt vom Zugrecht, dass es sich nie auf Stücke, sondern auf das ganze Gut beziehe:

„Auch das Zugrecht wurde kaum jemals anders als gegen das ganze Gut (wo es Gegenstand einer Veräusserung war) geltend gemacht.“

Es ist bemerkenswert, dass im Oberwallis, wie im benachbarten Bern gelegentlich ein Vorkaufsrecht der Verwandten (Blutzug) auftritt, deren Gewinnbeteiligungsrecht ins Grundbuch vermerkt wird: „Bei Verteilungen unter Kindern wird nicht selten ein Vorkaufsrecht stipuliert“ (Grundbuchamt Brig).

Auch von St. Gallen berichtet man (die Enquete selber fragte nicht nach den Vorkaufsrechten), dass einzelnen Erben gelegentlich Vorkaufsrechte eingeräumt werden.

Die Fragebogen der Umfrage geben über die Vormerkung der Gewinnbeteiligung ein reiches Belegmaterial. Wir ordnen die Zuschriften in drei Gruppen: Die Vormerkung bei Einschluss von Bauland, die Belege des Realteilungsgebiets und die des Landes geschlossener Vererbung.

a. Belege: Vorbehalt der Gewinnbeteiligung an Bauland.

Kt. Waadt, Notariatskreis Aigle: „C'est très exceptionnel... Le cas se présente surtout lorsqu'il s'agit d'un terrain à bâtir ... faisant prévoir une augmentation de sa valeur vénale.“

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Balsthal: „Das Gewinnanteilsrecht wird da geltend gemacht, wo die Zuteilung der Liegenschaften unter dem wahren Wert erfolgt und vermutet wird, der Uebernehmer könnte namentlich zu Bauland geeignetes Areal veräussern. Viel kommt es nicht vor.“

Kt. Basel-Stadt, Justizdepartement: Es „wird verhältnismässig oft zu Gunsten von ausscheidenden Miterben auf den übernommenen Parzellen eine Erbgewinnvormerkung eingetragen, was sich aus den gegebenen Verhältnissen (rege Bautätigkeit) ohne weiteres erklärt.“

Kt. Luzern, Gde. Meggen: „In der Regel wird davon Gebrauch gemacht“ (über die bauliche Entwicklung zum Kurort s. vorn S. 85).

Kt. Schaffhausen, Waisen- und Teilungsinspektorat Reiath: „Diese Vormerkung wird öfters verlangt, namentlich bei einzelnen Grundstücken, welche in einer gewissen Wertzone (Bauland) liegen.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Meilen: „Im Baugebiet in der Regel.“

β. Belege: Der Vorbehalt im Realteilungsgebiet.

Kt. Bern, Jura, Amt Porrentruy; Gde. Boncourt: „Exceptionnellement oui, nous connaissons un cas.“ Als „Exceptionnel“ wird der Vormerk weiter bezeichnet von der Gemeinde Courfaivre (Amt Delémont), Crémines (Amt Moutier) und Orvin

(Amt Courtelary). Die übrigen Antwortschreiber verneinen den Gebrauch dieses Rechtes aus Art. 619 ZGB.

Amt Oberhasli, Gde. Meiringen: „Gewinnbeteiligung und Vorkaufsrecht werden in der Regel geltend gemacht“. Die benachbarte Gemeinde Gadmen schreibt dagegen: „Nein, hier wurde kein Gebrauch gemacht“.

Amt Interlaken, Gde. Brienz: „Ausnahmsweise“.

Amt Frutigen, Amtsschreiberei: „Häufig.“ — Gde. Reichenbach: „Artikel 619 ZGB wird bei Zuschätzungen (durch die amtliche Gültsschatzungskommission) immer zur Anwendung gebracht, aber mit negativem Erfolg, da meistens ein Zwischenkäufer vorhanden ist“.

Amt Obersimmental, Amtsschreiberei und Gde. Boltigen: „Hie und da“.

Amt Niedersimmental, Amtsschreiberei: „Kommt hie und da vor“. — Gden. Diemtigen und Spiez: „Ausnahmsweise“.

Amt Saanen, Amtsschreiberei: „Von diesem Recht wird recht häufig Gebrauch gemacht.“ — Gde. Saanen: „Häufig“.

Kt. Genf, Grundbuchamt: «Oui, mais exceptionnellement».

Kt. Waadt, Notariatskreis Payerne und Avenches: «Les cohéritiers réclament ordinairement l'annotation au registre foncier de leur droit au bénéfice».

Kt. Freiburg, Grundbuchamt des Bezirkes Broye: «Fréquemment oui, dans beaucoup de cas».

Kt. Neuenburg, Grundbuchamt Boudry: «Un seul cas depuis 1912». — Grundbuchamt Le Locle: «Il y a un ou deux cas».

Kt. Wallis und *Tessin* melden: keine Vormerkungen.

Kt. Aargau, Grundbuchamt Laufenburg: „Nicht regelmässig aber doch häufig wird bei Gutsübergabe den Miterben durch Vormerkung eine Beteiligung am Gewinn vorbehalten“.

Kt. Schaffhausen, Waisen- und Teilungsinspektorat Schleithem: „Ziemlich oft.“ — Waisen- und Teilungsinspektorat Reiath: s. oben *a*).

Kt. Graubünden, Gde. Medels (Oberland): „Gewöhnlich bekommt jeder seine Parzellen oder sonst zahlen die Uebernehmer der Güter die andern Erben in Geld aus. Beteiligung am Gewinn kommt hier nicht vor.“ — Gde. Laax: „Ausnahmsweise, aber selten“.

7. Belege zur Anwendung des Vorbehaltes im Gebiet geschlossener Vererbung.

Kt. Bern, *Amt Aarberg*, Gde. Rapperswil: „Ja, dieser Vorbehalt wird meistens auch mit vollem Recht gemacht. Wird es unterlassen, so geschieht es aus Unkenntnis. Der stipulierende Notar sollte es niemals unterlassen, die Erben auf diese Gesetzesbestimmung aufmerksam zu machen.“ Gde. Meikirch: „Diese Vormerkung wird regelmässig verlangt und zwar kommen Fälle vor, wo sich die Liegenschaftsübernehmer verpflichten, nach Ablauf von 10 Jahren für eine neue Vormerkung Hand zu bieten“. (Hier belegt sich, dass die Frist von 10 Jahren auch zu kurz sein kann.)

Amt Aarwangen, Gde. Melchnau: „Eintragung kommt vor, besonders da, wo der Uebernahmepreis verhältnismässig billig berechnet wird“. Gde. Ursenbach: „Ausnahmsweise, wenn ein Erbe die Liegenschaft erwirbt um sie nach Ansicht der Miterben möglichst bald weiter zu verkaufen.“ Gde. Wynau: „In zwei Fällen bekannt“.

Amt Burgdorf: Amtsschreiberei: „Häufig, ja in der Regel.“ — Gde. Lyssach: „Ja, häufig“. — Kirchgde. Koppigen: „In der Mehrzahl der Fälle geschieht die Uebernahme durch den Einzelnen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zwischen den Erben, in welchem Falle in der Regel vom Gewinnbeteiligungsrecht nicht

Gebrauch gemacht wird. Dagegen wird regelmässig davon Gebrauch gemacht im Falle der (amtlichen) Zuschätzung“. (Die amtliche Durchsetzung des Anspruches auf ungeteilte Uebernahme pflegt auf diesem Wege Härten gegenüber den andern Erben zu vermeiden).

Amt Büren, Amtsschreiberei: „Vielfach“.

Amt Fraubrunnen, Amtsschreiberei: „In der Regel“. — Bestätigt von den Gemeindebehörden Bätterkinden, Fraubrunnen-Grafenried und Urtenen-Schönbühl.

Amt Konolfingen, Gden. Biglen und Münsingen: „Ja, ausnahmsweise.“

Amt Nidau, Amtsschreiberei: „Häufig“.

Aemter Schwarzenburg, Seftigen, Wangen: „Häufig“.

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Bucheggberg (schliesst an das bernische Amt Fraubrunnen mit seinen häufigen Vormerken an): „Ja, ungefähr in 50 % aller Fälle.“ Amtsschreiberei Grenchen-Bettlach: „Häufig“. — Amtsschreiberei Olten-Gösigen: „Häufig“.

Kt. Freiburg, Grundbuchamt des Bezirkes Glâne: «Oui, fréquemment», Sarine und Sense gleichlautend.

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Liestal: „In der Regel“.

Kt. Obwalden, Justizdirektion: „Ja, und zwar ziemlich häufig“.

Kt. Zug, Grundbuchamt: „Häufig“.

Kt. Luzern, Gde. Escholzmatt: „Der Anspruch wird bei Zuweisung zum Ertragswert immer geltend gemacht und bei den grundbuchlichen Eintragungen vorgemerkt“. — Gemeindeschreiberei Rain und Römerswil: „Meinen Beobachtungen nach kommt das ziemlich häufig vor“. — Gde. Reiden: „In der Regel“.

Kt. Aargau, Grundbuchverwaltung Zofingen, Muri, Lenzburg, Brugg, Baden („In der Hälfte der Erbteilungsfälle“) nennen das Vorkommen „Häufig“ oder „Regel“.

Kt. Schaffhausen, Bezirk Stein a. Rh.: „In der Regel wird dies vorbehalten“.

Kt. Zürich, häufiges Vorkommen der Gewinnbeteiligung melden die Grundbuchverwaltungen von Affoltern a. A., Andelfingen, Bassersdorf, Bauma, Bülach, Eglisau, Elgg (s. Zitat unten), Grüningen, Höngg (s. Zitate unten), Illnau, Küssnacht, Männedorf, Meilen, Niederglatt, Pfäffikon, Schlieren, Stäfa, Turbental, Uster, Wädenswil, Wiedikon-Albisrieden und Oberwinterthur. Hier drei davon wörtlich: Grundbuchamt Elgg: „Das System des Gewinnanteilsrechtes der Miterben hat sich seit den letzten Jahren sehr stark eingelebt. In der Regel wird dasselbe von den austretenden Miterben verlangt“. Grundbuchamt Höngg erwähnt, dass der Uebernehmer, wie im Bernbiet, gern etwas mehr zahlt, um dann freie Hand zu haben: „Hin und wieder, doch nicht allzu häufig. Der Uebernehmer zahlt manchmal viel eher eine höhere Ankaufssumme, um diese Klausel wegzuhaben“. Grundbuchamt Illnau: „in zirka $\frac{3}{4}$ aller Fälle wird vom Gewinnanteilsrecht gemäss Art. 619 ZGB Gebrauch gemacht und dasselbe im Grundbuch vorgemerkt“.

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „Die Vormerkung vom Gewinnanteil wird häufig verlangt“.

Kt. Thurgau, Notariatsbezirk Diessenhofen: „Häufig, zirka 60—70 %.“ — Landwirtschaftliche Schule Arenenberg: „In der Regel“. — Verwaltung der Gutswirtschaft des Kranken- und Greisenasyls St. Katharinental: „Regel ist, dass bei Verkauf innert 10 Jahren der Mehrerlös geteilt wird“. — Verwaltung der Staatsdomäne Münsterlingen: „Die Miterben machen immer Anspruch auf Gewinnbeteiligung bei vorzeitigem Verkauf“. — Grundbuchkreis Uesslingen: „Seit Kriegsende wird in den meisten Fällen von Art. 619 Gebrauch gemacht, als Folge der landwirtschaftlichen Krisis“. — „Der Uebernahmepreis ist wegen der niedern Produktenpreise reduziert, dafür soll aber der Erwerber auf der Liegenschaft bleiben, oder dann den Mehrerlös mit den Miterben teilen.“ — Weiter bezeichnen die Vormerkung als

häufig: Grundbuchamt Diessenhofen, Notariatskreis Lommis, Grundbuchamt Bürglen, Notariatskreis Zihlschlacht, Notariatskreis Steckborn: „Hin- und wieder“.

St. Gallen, Justizdepartement: „Die Vormerkung des Gewinnanteils der Miterben kommt hier und da vor, hauptsächlich in Vormundschaftsfällen. Gelegentlich tritt auch die Vormerkung von Vorkaufsrechten zu Gunsten einzelner Miterben in Erscheinung“.

Kt. Appenzell (beide): „Ausnahmsweise“.

X. Die Regelung des Erbanges durch Testamente.

Die Frage 4a des Enqueteschemas lautete: „Sind Testamente üblich? Wenn ja, bezwecken sie in der Regel, die ungeteilte Uebergabe oder die Teilung der Güter in natura herbeizuführen?“ — Die Erhebung über die Verwendung der Testamente ist gerechtfertigt, da sie an unmittelbare Willensäußerungen der Bevölkerung zur Gutsvererbung heranführt. Die Testamente sind geeignet, die gesetzliche Erbfolge des ZGB im bisherigen Freiteilungsgebiet entweder einzuführen oder zu verhindern, im Lande geschlossener Vererbung die Uebernahmebedingungen in wohlthätiger Bestimmtheit festzusetzen und der Diskussion zu entziehen¹⁾. Testamente vermöchten die Auswahl des geeigneten Uebernehmers beim Tode des Erblassers zu erleichtern, den Uebernahmepreis den Umständen entsprechend festzusetzen und voraussehbare Härten gegenüber den Miterben zu vermeiden.

Die Uebergabe zu Lebzeiten schaltet zwar die testamentarische Verfügung über den Boden aus — eine Lage, wie sie sich im Bernischen Mittellande und anderwärts häufig einstellt. Der Abtretungsvertrag hat hier den Vorzug vor dem Testament.

Aber nicht nur in Konkurrenz zur Abtretung bei Lebzeiten, sondern auch an und für sich sind die Testamente heute, wie unsere Umfrage zeigt, in der bäuerlichen Bevölkerung nicht allgemein eingeführt.

1. Die Verbreitung der Testamente.

a. Die Testamente im Kanton Bern.

Die Testamente, soweit sie überhaupt die Vererbung der bäuerlichen Betriebe betreffen, sind in den welschen Landesteilen, der Rechtstradition entsprechend, häufiger als in den alemannischen. Die häufigere Vertretung im Berner Jura ist jedoch keine durchgehende und auffallende. In der südlichen Hälfte (Aemter Courtelary und Neuveville) scheinen sie fast ganz zu fehlen. Im Laufental werden sie gebraucht, um dem Ehegatten die Nutzniessung am Gut nach dem Tode des einen Teiles zu sichern. Diese Vorsicht ist im radikalen Realteilungsgebiet notwendig, da bei eintretender vollständiger Aufteilung ein überlebender Ehegatte leicht ent-

¹⁾ A. Borel, Das bäuerliche Erbrecht des ZGB, Mitteilungen des Schweizerischen Bauernsekretariats Nr. 79, Brugg 1925, Seite 95 usw.

rechtet werden könnte. Im obern Birstal des Berner Jura, in der Ajoie und in den Freibergen gibt es häufiger Testamente. Es betrifft dies vor allem die Aemter Delémont und Moutier, dann aber auch Franches-Montagnes und Porrentruy.

Im deutschen Kantonsteil sind die Testamente bis auf wenige Ausnahmen selten. Regel ist, dass sie nur von kinderlosen Erblässern ohne nähere Verwandte erstellt werden, jedenfalls sind hier Testamente in der bäuerlichen Bevölkerung „nicht gerade üblich“ oder „ganz selten“ wie viele Berichte aus der Umfrage sagen. An einzelnen Punkten des Seelands (Erlach, Aarberg), dann aber vor allem im Amt Burgdorf kommen die letztwilligen Verfügungen häufiger vor. Im letzteren Bezirk ist es auffallend, dass die Gemeinden Lyssach, Heimiswil und Koppigen den Gebrauch der letztwilligen Verfügungen bestätigen, Koppigen sogar für „die Hälfte der Fälle“.

b. Die Testamente in der übrigen Westschweiz.

In der welschen Schweiz gibt es, mit grossen Lücken allerdings, noch häufig Testamente: Das Grundbuchamt Genf bestätigt diese Häufigkeit, die Chambre d'Agriculture äussert sich im gleichen Sinne für die ganze Waadt, das Grundbuchamt des Seebezirkes für Teile Freiburgs. Payerne sagt, dass etwa das Wohnhaus testamentarisch einem bestimmten Erben vermacht werde, seltener komme in diesen Schriftstücken die Anordnung der Landteilung vor. In Neuenburg zeigt sich eine fast durchgehende Ablehnung der Testamente, während sie im Wallis wieder mehr in Gebrauch sind. Im Tessin machen die testamentarischen Erbfolgen nur ungefähr 5 % der Fälle aus, wobei die meisten Schriftstücke nicht einmal die Landübernahme betreffen.

Beim Uebergang zu den deutschsprachigen Teilen der westlichen Hälfte der Schweiz tritt wieder eine Abnahme der Testamente in Erscheinung und zwar um so stärker, je weiter vom römischrechtlichen Einfluss der Beobachtungsort entfernt ist. Der deutschsprechende freiburgische Bezirk See und der solothurnische Bezirk Dorneck im Jura weisen häufig Testamente auf, während die Realteilungsgebiete des Kantons Aargau sie nur noch als wenig häufige Erscheinungen bezeichnen. Im geschlossen vererbenden Lande sind die letztwilligen Verfügungen seltener. Nur die Aemter Lebern und Liestal berichten von öfterem Gebrauch.

c. Die Testamente in der Zentralschweiz.

In der Zentralschweiz sind die Verhältnisse denjenigen des bernischen Mittellandes nicht unähnlich. Die letztwilligen Verfügungen sind nicht allgemein im Gebrauch; einige Orte, wo sie gemeldet werden, können einzeln genannt werden: im Kanton Zug sind sie „ziemlich zahlreich“, im Grundbuchbezirk Bremgarten (Aargau) kommen sie oft vor.

d. Die Testamente in der Ostschweiz.

Wenn man die Aufzählung der „Inseln“ des Gebrauches der Testamente in der Ostschweiz fortsetzt, so müsste vor allem der Bezirk Stein a. Rhein (Kanton Schaffhausen) genannt werden, wo ähnlich wie in Koppigen (Kanton Bern) gegen 50 % der Erbübergänge von Testamenten begleitet seien. Im Kanton Zürich erscheinen mehrfach letztwillige Verfügungen im Grundbuchbezirk Affoltern a. A., Eglisau, Embrach, Elgg, Höngg, Illnau, Niederglatt, Uster, Wädenswil. Die Striche mit häufigem Testieren befinden sich mehrheitlich in der südwestlichen Hälfte des Kantons. Daneben gibt es viele Gegenden, wo auch im Kanton Zürich die Niederschrift des letzten Willens zu den Seltenheiten gehört. Das Vordringen der Uebergabe zu Lebzeiten im Nordosten des Kantons macht die Testamente stellenweise überflüssig. Dem entspricht, dass auch im anschliessenden Teil des Kantons Thurgau wenig oder keine Testamente gemacht werden. Auch *Erbverträge* werden aus dem Kanton Zürich (Kreise Riesbach und Schlieren) gemeldet.

Ausser in Tinzen (Oberhalbstein) und Klosters war im Rheingebiet des Kantons Graubünden keine allgemeine Verbreitung des Testierens festzustellen. Somit ist allgemein anzugeben, dass in der deutschen Schweiz die Niederschrift des letzten Willens nur in einzelnen Strichen oder Orten, wie eine isolierte Mode anmutend, auftaucht.

Aus dem Inn- und Pogegebiet Graubündens, die teilweise romanisch sind, erhielten wir nur aus Sils und Poschiavo bejahende Mitteilungen über das öftere Vorkommen der Testamente.

2. Zweck und Inhalt der bäuerlichen Testamente.

Wir müssen uns zunächst fragen, warum die Testamente nicht häufiger vorkommen, und da stellt sich heraus, dass auf die letztwillige Verfügung verzichtet wird, sobald Kinder vorhanden sind. In diesem Fall wird dem gesetzlichen Erbgang der Vortritt gelassen und man übersieht, dass auch innerhalb der gesetzlichen Erbfolge, gerade wenn ein Bauernbetrieb in der Erbmasse sich befindet, ein Testament manche Frage der Teilung vorbestimmen könnte. Die Auffassung ist noch sehr verbreitet, dass ein Testament Sache der anhangslosen Junggesellen sei.

Die Testamente der bäuerlichen Bevölkerung betreffen, wie ebenfalls aus der vorliegenden Umfrage zu belegen ist, wo sie vorkommen, häufig nicht den landwirtschaftlichen Grundbesitz. Sie werden errichtet, oft nur um kleinere Legate, bewegliche Sachen und ähnliches an einen besondern Erben oder an einen Aussenstehenden zu vergaben. Es wird der Erbgang bezüglich des Gutsbetriebes dem Gesetz und der Ortssitte überlassen. Häufiger erscheint, besonders im Realteilungsgebiet, die Bestellung eines lebenslänglichen Nutzniessungsrechts des überlebenden Ehegatten am Hofe durch Testament geordnet.

Die letztwilligen Verfügungen beziehen sich im allgemeinen im Realteilungsgebiet auf die reale Teilung der Höfe und im Gebiet geschlossener Uebergabe auf die Zuschätzung des ganzen Betriebes. Im Teilungsgebiet enthalten die Urkunden auch etwa Verfügungen über die Uebernahme der schwer teilbaren Vermögensstücke, wie insbesondere des Wohnhauses. Im Gebiet geschlossener Vererbung ist es nicht selten, dass im Testament der Uebernahmepreis festgesetzt ist. Der Erblasser bestimmt (vorbehaltlich die Pflichtteile) je nach den Umständen den ihm gerecht erscheinenden Preis, der in Rücksicht auf die heutige Krisenzeit gelegentlich unter den Vorkriegsschätzungen steht.

Was nun die Möglichkeit betrifft, dass durch Testamente die geschlossene Vererbung im Realteilungsgebiet eingeführt würde, so lässt sich diese Funktion aus der Umfrage kaum belegen. Einzig in Spiez und Erlach hiess es, die gelegentlich vorkommenden Testamente bezweckten dort die ungeteilte Gutsübergabe. Es ist in der Tat nicht wahrscheinlich, dass die alte Generation des Realteilungsgebietes selber (durch Testamente) auf die „modernere“ geschlossene Zuschätzung drängte. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher und in Wirklichkeit häufiger. Mit Testament wird etwa in der Waadt die Realteilung verfügt und fixiert, wodurch dem dispositiven Recht des ZGB die Auswirkung genommen ist. Die verschiedene Ordnung der Verhältnisse wird durch folgende Zusammenstellung der Antworten charakterisiert:

α. Testamente kommen vor, aber betreffen nicht den Grundbesitz.

Kt. Bern, Amt Aarberg, Gde. Kallnach: „Die Testamente beziehen sich hier meistens nicht auf die Liegenschaftsübergabe.“ *Amt Porrentruy, Gde. Bure:* «Les testaments sont assez fréquents, mais ils n'ont jamais pour objet la transmission intégrale des domaines ni leur partage en nature. Ils ont plutôt pour objet de déterminer la part de chaque héritier.»

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Olten-Gösgen: „Testamente sind üblich, selten für bäuerliche Verhältnisse.“

Kt. Schaffhausen, Bezirk Schleithem: „Die errichteten Testamente beziehen sich nicht auf die Liegenschaftenteilung.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Grüningen: „Die Testamente sind selten, die hinsichtlich der Teilung der Güter Bestimmungen enthalten.“

Kt. Tessin, Justizdepartement: «Poco più del 5 % delle successioni sono regolate da disposizioni testamentarie e tali disposizioni sono dettate più che altro al solo scopo di evitare possibili litigi divisionali. Rarissimi sono i casi in cui il testatore ebbe a disporre dell'azienda agricola a favore di un solo coerede.»

β. Testamente sichern dem überlebenden Gatten Nutzniessungsrecht:

Kt. Bern, Amt Laufen, Gde. Duggingen (Teilungsgebiet): „Testamente sind nur üblich, wo die Ehegatten einander bei Lebzeiten die Nutzniessung des Gutes verschreiben.“ — *Gde. Liesberg:* „Testamente werden in der Regel vereinbart zwischen Ehegatten zur lebenslänglichen Nutzniessung der Erbschaft.“ — *Gde. Wahlen:* „Bei vorkommenden Testamenten, welche allerdings selten sind, wird gewöhnlich die lebenslängliche Nutzniessung eines der Ehegatten bezweckt.“ *Amt*

Seftigen, Gde. Rüeggisberg (geschlossen vererbend!): „Bei bäuerlichem Grundbesitz kommen Testamente ganz selten vor. Hier und da werden sonst etwa Bestimmungen getroffen, namentlich in Bezug auf Schleissrechte zu Gunsten von Miterben.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Andelfingen: „Testament in der Mehrzahl zu Gunsten der Witwe (Wohnrecht usw.) und nicht auf detaillierte Liquidation gerichtete Verfügung.“ — Grundbuchamt Eglisau: „Ja, Testamente sind häufig. Sie bezwecken aber nur die Vorteile des Art. 473 ZGB (Nutzniessung des den Nachkommen zufallenden Erbteils) unter den Ehegatten oder sie setzen die Uebernahmebewertung der Betriebsgrundstücke fest, damit die Erben sich darüber nicht streiten.“

Auch die Grundbuchverwalter von Thalwil und Uster erwähnen die Sicherung des überlebenden Gatten durch Testament.

St. Gallen, Justizdepartement: „Testamentarische Verfügungen kommen hin und wieder vor, und haben in der Regel die ungeteilte Uebergabe des Gutes oder die Zuwendung der Nutzniessung an den überlebenden Ehegatten zum Zwecke.“

7. Auf Testamente wird verzichtet, wenn Kinder vorhanden sind:

Kt. Bern, Amt Oberhasli, Gde. Gadmen: „Wo Kinder sind, sind Testamente selten.“

Amt Erlach, Amtsschreiberei: „Testamente üblich, wenn weder Nachkommen, noch nähere Verwandte vorhanden.“

Amt Seftigen, Amtsschreiberei: „Soviel uns bekannt, wurden gelegentlich Testamente auf ungeteilte Uebergabe an einen Uebernehmer errichtet, wenn keine direkten Erben da sind.“

ò. Den Testamenten wird die Uebergabe bei Lebzeiten vorgezogen:

Kt. Bern, Amt Aarberg: „Die Abtretung unter Lebenden ist üblich; wo diese nicht stattfindet treffen wir öfters Testamente an, welche die gesamte, ungeteilte Zuweisung zu einem bestimmten Preis bezwecken (Prälegat).“ *Amt Büren*, Gde. Diessbach b. Büren: „Ausnahmsweise wird ein Testament gemacht. In der Regel wird die Uebertragung der Güter schon vor dem Absterben des Grundbesitzers geordnet.“ *Amt Fraubrunnen*, Gde. Urtenen: „Testamente sind höchst selten, viel weniger als vor 1912. Grund: die Sache wird gewöhnlich vor Ableben eines Erblassers unter den Erben abgemacht.“ *Amt Trachselwald*, Gde. Rüegsau: „Meist Abtretungen auf Rechnung zukünftiger Erbschaft an einen einzelnen oder an zwei Söhne, selten durch Testament, da dieses widerruflich ist. Der Abtretungsvertrag ist meist auch wegen den Lidlohnansprüchen und deren Berücksichtigung gegeben.“

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Grenchen-Bettlach: „Der Landwirt zieht bei uns die lebzeitige Teilung vor.“ — Amtsschreiberei Balsthal: „Testamente kommen selten vor. Da wo die Eltern Uneinigkeit oder Aufteilung des Gutes befürchten, wird meist zu Lebzeiten mit Nutzungsvorbehalt der Eltern das Gut kaufweise abgetreten, was viel vorkommt.“

Kt. Luzern, Gde. Reiden: „Testamente über ungeteilte Uebergabe der Güter kommen hin und wieder vor; zahlreicher sind dagegen die Fälle, wo der ungeteilte Uebergang an einen oder mehrere Söhne durch vorherigen Erbauskaufer der übrigen Interessenten gesichert wird.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Riesbach: „Testamente werden nur ausnahmsweise gemacht, dagegen werden Erbauskauferverträge oft abgeschlossen.“ — Grundbuchamt Schlieren: „Testamente sind nur da üblich, wo zu Lebzeiten des Erblassers kein Erbauskaufervertrag abgeschlossen werden kann.“ — Grundbuchamt Wiedikon: „Nein, die Vereinbarungen werden oft bei Lebzeiten des Erblassers getroffen.“ — Grundbuchamt Winterthur: „Letztwillige Verfügungen sind selten, dagegen hat sich seit einigen Jahren stark die Sitte eingebürgert, dass die Zuweisung der Liegenschaften noch bei Lebzeiten des Vaters nach Gutfinden an einen Sohn erfolgt. Diese Lösung wirkt sich in verschiedenen Hinsichten sehr vorteilhaft aus.“

Kt. Thurgau, Grundbuchamt Uesslingen: „Testamente sind sehr selten; die Abtretung erfolgt meistens bei Lebzeiten des Vaters oder durch Erbteilung. Auslösung erfolgt in Geld.“

ε. Testamente des Teilungsgebietes verhindern die Einführung geschlossener Vererbung des Hofes:

Kt. Bern, Amt Franches-Montagnes. Gde. Les Pommerats: «Les testaments sont usuels et plutôt pour assurer le partage en nature.»

Kt. Waadt, Notariatskreis Aigle: «Les testaments sont plus en usage maintenant qu'avant l'entrée en vigueur du CCS; je n'ai pas vu le cas où le testateur aurait attribué l'intégralité de ses immeubles à l'un seul de ses héritiers, mais il arrive assez souvent qu'il les attribue à certains d'entre eux à titre de règle de partage.»

Kt. Schaffhausen, Waiseninspektorat Schaffhausen: „Seit dem Inkrafttreten des ZGB hat sich die Errichtung letztwilliger Verfügungen gegenüber früher weit mehr eingebürgert, indes keineswegs nach der Richtung, dass über die Zuteilung des Grundbesitzes verfügt würde.“

Dagegen kann man die Äusserungen der bernischen Gemeinden Spiez und Erlach über ihre Testamente so auslegen, als ob diese Instrumente hier zur Einführung geschlossener Vererbung benützt würden.

Gde. Spiez: „In vereinzelt Fällen (gibt es Testamente). Bezwecken eine ungeteilte Uebergabe.“

Gde. Erlach: „Testamente sind häufig. Sie bezwecken in der Regel die ungeteilte Uebergabe.“

ζ. Testamente des Teilungsgebietes regeln die Teilung, event. Zuweisung der unteilbaren Stücke, wie des Wohnhauses:

Kt. Bern, Amt Obersimmental: „Ueblich sind Testamente nicht. Wenn solche vorkommen, so werden nur Teilungsvorschriften bezweckt.“

Amt Interlaken, Gde. Brienz: „Hin und wieder, bis dato mehr Teilung der Güter bezweckend.“

Amt Moutier, Gde. Court: «Oui, avec partage en nature.» — *Gde. Crémines*: «Ils existent passablement de testaments, mais toujours établis pour le partage de la propriété.» — *Gde. Saicourt*: «Sans être rares les testaments n'ont pas, dans notre commune, pour objet d'assurer la transmission intégrale du domaine.»

Amt Delémont, Gde. Bourrignon: «Les testaments font le partage en nature au moins le plus souvent.» — *Gde. Courfaivre*: «Les testaments sont assez usuels et n'assurent pas la transmissions intégrale des domaines mais plutôt leur partage en nature.»

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Dorneck: „Ja, sie bezwecken aber meistens nur die Festsetzung des Uebernahmepreises für Gebäude (Wohnhäuser) oder einzelne Grundstücke; seltener die ungeteilte Uebergabe eines Gutes.“

Kt. Fribourg, Grundbuchamt des Bezirkes See: „Testamente sind üblich, jedoch sehr verschiedenen Inhalts. Beide Arten (ungeteilte Uebergabe als blosse Teilungsvorschrift und Teilung der Güter) kommen so ziemlich gleich häufig vor.“ — Grundbuchamt der Veveyse: «Oui, les testaments sont usuels. Mais les deux modes de transmission sont utilisés dans la Veveyse.»

Kt. Waadt, Landwirtschaftskammer: „Testamente sind häufig. Sie bezwecken je nachdem ungeteilte Uebergabe oder die Teilung zirka in gleichem Verhältnis.“
Notariatskreis La Côte: «Les testaments sont assez fréquents et ont en général pour but d'assurer la transmission intégrale.» — *Notariatskreis Payerne und Avenches*: «...Il en existe parfois pour assurer la transmission de tout ou partie du domaine (particulièrement les bâtiments) à l'un des héritiers. Le partage en nature des immeubles (terres) par testament est des plus rares.»

Kt. Genf, Grundbuchamt: «Les testaments sont usuels. Ils contiennent ordinairement des indications pour le partage ou l'attribution des biens ruraux, en fonction du nombre des héritiers qualifiés.»

Kt. Wallis, Grundbuchamt Bas-Valais, Monthey: «Oui, les testaments sont usuels. Ils récompensent l'un ou l'autre héritier.» — Grundbuchamt Oberwallis, Brig: „Nicht selten kommen Testamente vor, worin der Erblasser einen Erben begünstigt, z. B. ihm sein Haus oder seine Wohnung vermacht — oder gewisse Grundgüter.“

Kt. Graubünden, Gde. Tinzen, Oberhalbstein: „Testamente sind üblich. Sie richten sich mehr nach der Person als nach bestimmten Zwecken.“ — Gde. Klosters-Serneus: „Oefters; sie bezwecken aber in seltenen Fällen die ungeteilte Uebergabe des Hofes an einen einzigen Erben.“ — Gde. Sils i. E.: „Testamente kommen vor, bezwecken aber selten die Erhaltung der Einheit der landwirtschaftlichen Gewerbe.“ Gde. Poschiavo: „Testamente sind hier üblich. Sozusagen nie ist in Testamenten die Rede von ungeteilter Gutsübergabe.“

η. Testamente des geschlossen vererbenden Gebietes ordnen die geschlossene Uebergabe und bestimmen den Uebernahmspreis:

Kt. Bern, Amt Burgdorf, Amtsschreiberei: „...meist bestimmt das Testament die Anrechnungssumme für den übernehmenden Erben und zwar für das Ganze.“ Gde. Koppigen: „Ungefähr in der Hälfte der Fälle werden letztwillige Verfügungen errichtet, welche fast regelmässig auf ungeteilte Uebergabe hinzielen.“ — Gden. Heimiswil und Lyssach bestätigen das Vorkommen der Testamente: „Ja, sie bezwecken ungeteilte Uebergabe.“ *Amt Bern*: „Testamente sind nicht gerade üblich, kommen aber vor und zwar im Sinne der ungeteilten Uebergabe und unter Festsetzung eines niedrigen Preises.“ *Amt Aarberg*, Gde. Meikirch: „Letztwillige Verfügungen, die auf eine ungeteilte Zuweisung der Güter tendieren, sind ziemlich selten geworden. Die Vorschriften des ZGB haben sich derart eingelebt, dass selten ein Erblasser über den Anrechnungswert Verfügungen trifft, indem das Gesetz den Uebernehmer weiter begünstigt, als der Erblasser sich erlaubt hätte.“ *Amt Aarwangen*, Gde. Thunstetten: „Letzte Willensverordnungen kommen in den letzten Jahren häufiger vor als früher, bezwecken die ungeteilte Uebergabe zum Ertragswert, welcher in der Regel tiefer ist als die Grundsteuerschätzung.“ Gde. Ursenbach: „Testamente werden hie und da errichtet, meist um die ungeteilte Uebergabe zu ermöglichen.“ *Amt Franches-Montagnes*, Gde. Epauvillers: «Oui, ordinairement la transmission intégrale.»

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Bucheggberg: „Wenn Testamente (sog. Teilungsvorschriften) aufgestellt werden, so bezwecken sie in der Regel die ungeteilte Uebergabe.“ — Amtsschreiberei Lebern: „Ja, solche Testamente sind üblich.“

Kt. Baselland, Bezirksschreiberei Liestal: „Ja, sie bezwecken in der Regel die Uebergabe der Güter an einen vom Erblasser bevorzugten Erben.“

Kt. Luzern, Gde. Meggen: „Testamente bezwecken unter allen Umständen ungeteilte Zuweisung.“ — Gde. Escholzmatt: „Teilung der Güter in natura ist bisher nicht beobachtet worden; dagegen letztwillige Verfügungen, die lediglich den ungeteilten Uebergang der Grundstücke bezweckt haben.“

Kt. Aargau, Grundbuchbezirk Kulm: „Testamente sind nicht sehr häufig, wo sie noch vorkommen, bezwecken sie in der Regel die ungeteilte Uebergabe.“ — Grundbuchamt Muri und Bremgarten gleichlautend, weitere aargauische Aemter ähnlich.

Kt. Zug, Grundbuchamt: „Testamente sind ziemlich zahlreich, aber bei weitem nicht vorherrschend.“

Kt. Zürich, Grundbuchamt Affoltern a. A.: „Testamente sind üblich, mit der Bedingung, dass ein Sohn das landwirtschaftliche Heimwesen nach dem Tode des Vaters zu einem bestimmten Anrechnungswert übernehmen könne.“ — Grundbuchamt Horgen: „Meistens mit dem Zwecke, das Heimwesen zu einem bestimmten

Uebernahmspreis einem der Erben zuzuschreiben.“ — Grundbuchamt Wädenswil: „Auf alle Fälle sehr häufig. Sie bezwecken wohl beinahe ausnahmslos die Verpflichtung zur ungeteilten Ueberlassung des Gutes an einen Miterben zu bestimmtem Preise.“

Kt. Glarus, Grundbuchamt: „Durch Testamente werden in Ausnahmefällen einzelne Grundstücke an Erben oder andere Bedachte zugewendet.“

Appenzell A.-Rh., Direktion des Gemeindewesens: „Testamente sind nicht häufig, wenn solche vorkommen bezwecken dieselben in der Regel ungeteilte Uebergabe.“

XI. Das Vorkommen der Gemeinderschaften und die Verpachtung des ungeteilten Gutes an einen Miterben.

Auf unsere Frage 2b nach der Ertragsgemeinderschaft des Artikels 622 ZGB erhielten wir Auskunft über das Vorkommen verschiedener Arten von Gemeinderschaften. So können sich die Gemeinderschaften zu einem ungeteilten landwirtschaftlichen Gewerbe aus der blossen Fortsetzung der Erbgemeinschaft nach ZGB 602 ergeben. Die Teilung wird hinausgeschoben, ohne dass eine vertragliche Gemeinderschaft errichtet und ohne dass diese als Eigentümerin der Liegenschaften im Grundbuch eingetragen wird.

Solche unausgeteilten Erbschaften kommen recht häufig vor, sei es unter Kindern allein, sei es unter einem überlebenden Gatten und den Kindern. Allerdings pflegen diese Gesamthandverhältnisse nicht allen von uns erreichten Berichterstattern bekannt zu werden und ausserdem sind derartige Gemeinderschaften ein Provisorium. Sie dauern bis eines der Kinder sich verheiraten oder sonst wegziehen will.

Das Provisorium hat, wo es absichtlich und nicht einfaches Gehenlassen ist, entweder einen finanziellen oder einen persönlichen Grund. Die Erbgemeinschaft wird erhalten, weil man sich über die Person des spätern Uebernehmers noch nicht im klaren ist. Die Kinder sind vielleicht noch nicht mehrjährig und der Betrieb wird unverändert fortgeführt u. dgl.

Die fortgesetzte Erbgemeinschaft hat nach der finanziellen Seite hin den Vorteil, dass auf diese Weise der Auskauf verschoben werden kann. Der Beweggrund zur Gemeinderschaft besteht dann darin, dass der zukünftige Uebernehmer oder dass das Gut sich im Augenblick die Schulden der Auskaufssummen nicht aufladen konnten.

Würde durch die Leihe der Auskaufssummen und die schon vorhandenen Pfandrechte eine Liegenschaft bis über $\frac{3}{4}$ des Anrechnungswertes belastet, so kann der Uebernehmer *verlangen*, dass die Teilung verschoben wird. „In diesem Falle bilden die Miterben zusammen eine *Ertragsgemeinderschaft*“ (ZGB 622, Ertragsgemeinderschaft selber in ZGB 347), doch bedarf es hiezu der öffentlichen Beurkundung. Der zu-

künftige Uebernehmer wird zum „Verwalter“ des Gutes und hat den Miterben ihre Anteile jährlich nach Ertrag auszurichten. Ist keine Abrede getroffen, so ist der Anteil nach dem Durchschnittsertrage des Gutes für eine längere Periode festzusetzen unter Berücksichtigung der Leistungen des Wirtschafters und es erhält das Verhältnis den Charakter einer Gewährverwaltung.

Diese Komplikationen scheut die Praxis. Wo einer allein leitet und das Gut bearbeitet, hätte er das Gefühl, „für die andern zu arbeiten“, was wiederum ganz unpopulär ist. So sind der Ertragsgemeinderschaft nicht eben grosse praktische Aussichten vorauszusagen. Man klärt das Verhältnis, wenn nicht durch Teilung, so doch durch *Verpachtung* des Hofes an einen Miterben oder an einen Dritten.

Die Umfrage bei den Grundbuchführern und den Gemeindebehörden hat bestätigt, dass Ertrags- und andere vertragliche Gemeinderschaften sehr selten sind.

Der Familiensinn betätigt sich nicht dadurch, dass *Vermögen* in Form von vertraglichen Gemeinderschaften oder Heimstätten gebunden wird. Im Gegenteil wird allgemein darauf gehalten, dass Gesamthandsverhältnisse leicht lösbar bleiben. Deshalb erfolgen keine Grundbucheintragungen und eher wird verpachtet (Frage 2c der Enquete), wenn die Gelegenheit zur Teilung auf sich warten lässt. Die Vorkommen und die Arten der Gemeinderschaften sind aus folgender Zusammenstellung der Antworten ersichtlich.

a. „Sind Fälle der Bildung von Ertragsgemeinderschaften (ZGB 622) bekannt und hat sich dieses Institut bewährt?“ (Frage 2b.)

1. *Kt. Bern, Amt Aarberg*, Gde. Kallnach: „Keine Fälle von Ertragsgemeinderschaften nach Art. 622 ZGB, jedoch in einigen Fällen Erbgemeinschaften nach Art. 602 ZGB.“ — Gde. Meikirch: „In hiesiger Gemeinde ist kein einziger Fall bekannt, wo eine Ertragsgemeinderschaft gebildet worden wäre und wir dürfen ruhig behaupten, dass sich dieses Institut nur schwer in die Praxis einführen lassen wird.“

Amt Aarwangen, Gde. Melchnau: „Es ist nur ein Fall bekannt, wobei besondere Familienverhältnisse mitspielten. Dabei hat sich dieses Institut (der Ertragsgemeinderschaft) bewährt.“

Amt Burgdorf, Gde. Koppigen: „Kommt sehr selten vor und ist zu kompliziert.“

Amt Erlach: „Kommt vor, wenn Ehefrau mit Kindern nach ZGB erbt. Der Betrieb bleibt in der Hand der Witwe, ohne dass Vertrag (Pacht) geschlossen wird.“

Amt Fraubrunnen, Gden. Fraubrunnen-Grafenried: „Ein einziger Fall von Ertragsgemeinderschaft.“

Amt Interlaken, Gde. Bönigen: „Nein (es besteht keine Ertragsgemeinderschaft), dagegen kommt es öfters vor, dass die Erbschaft nicht rasch liquidiert wird. Die Erbgemeinschaft verwaltet jeweilen.“

Amt Konolfingen, Amtschreiberei: „Es sind zwei oder drei eingetragen worden. Ueber die Zweckmässigkeit ist hierseits nichts bekannt.“ — Gde. Biglen: „Keine. Da wo sich Personen, die einander verstehen, vertragen, kommt man mit dem

Miteigentumsverhältnisse aus. Dies ist einfacher und gewährt auch eine bessere Liquidation des Verhältnisses, die ja doch immer möglich sein muss.“

Amt Signau: „Es ist hier eine einzige Gemeinderschaft als Eigentümerin von Grundstücken eingetragen.“

2. *Kt. Solothurn*, Amtsschreiberei Kriegstetten: „Das Institut der Gemeinderschaft hat sich nicht einzuführen vermocht. Wir bezweifeln, ob die Gemeinderschaften bei unsern Verhältnissen je einmal festen Fuss zu fassen vermögen.“ — Amtsschreiberei Grenchen-Bettlach hat „einen einzigen Fall“ von Ertragsgemeinderschaft zu verzeichnen.

3. *Kt. Freiburg*, Grundbuchamt des Bezirkes See: „Ob tatsächlich solche Gemeinderschaften bestehen, ist mir nicht bekannt. Im Grundbuch ist jedenfalls keine als solche eingetragen.“

4. *Kt. Wallis*, Grundbuchamt Oberwallis Brig: „Was bei uns noch öfters vorkommt, ist, dass die Erben zu keiner Teilung schreiten, speziell in den Fällen, wo die Kinder unverheiratet sind. Sie bleiben dann in der Erbgemeinschaft zusammen.“

5. *Kt. Neuenburg*, Grundbuchamt Le Locle: «Non, nous n'avons jamais enregistré des indivisions en participation.»

6. *Kt. Baselland*, Bezirksschreiberei Arlesheim: „Ein einziger Fall ist vorgekommen, aber nur für kurze Dauer.“

7. *Kt. Uri*, Justizdirektion: „Nur vereinzelte Fälle.“

8. *Kt. Luzern*, Gde. Meggen: „Ertragsgemeinderschaften nach Art. 622 ZGB existieren hier nicht, es ist zum mindesten fraglich, ob dieselben eine praktische Bedeutung gewonnen haben.“ — Gden. Rain und Römerswil: „Die Bildung von Gemeinderschaften im Sinne von Art. 337 ff. ZGB kommt selten vor, man bleibt bei der einfachen Gesellschaft im Sinne von Art. 602 ZGB bis zur Teilung, die in der Regel dann in Form von Auskäufen erfolgt.“ — Gde. Grosswangen berichtet ähnlich: „Die Gemeinderschaft wird nie vertraglich begründet. Es wird ohne Vertrag weitergewirtschaftet und dann gütlich ausgekauft.“ Gde. Escholzmatt: „In allen jenen Fällen, wo eine Witwe mit unerzogenen Kindern hinterlassen sind. Dann wird gemeinsam weitergewirtschaftet und die Teilung verschoben.“

9. *Kt. Aargau*, Grundbuchamt Rheinfelden: „Besondere Bildungen von solchen Gemeinderschaften werden nicht vorgenommen. Die Erbgemeinderschaften bleiben oft lange bestehen, bis sich einer zur Uebernahme entschliesst.“ Grundbuchamt Laufenburg: „Die formelle Bildung von Ertragsgemeinderschaften ist ganz selten. Dagegen kommt sehr wohl vor, dass Erben und Gut in unliquidiertes Erbschaft längere Zeit beieinander bleiben.“ — Grundbuchamt Kulm: „Die Bildung von Ertragsgemeinderschaften im Sinne des Art. 622 ZGB hat sich bei uns noch nicht eingelebt. Fälle solcher Art konnten anhand eingegangener Verträge noch nicht festgestellt werden.“

10. *Kt. Zürich*, Grundbuchamt Pfäffikon: „Meines Wissens besteht eine einzige Ertragsgemeinderschaft in den genannten Gemeinden (Pfäffikon, Russikon, Hittnau, Fehraltorf). Es wird in allen Fällen immer auf Teilung des Nachlasses gedrungen und der Gewerbe einem Erben als Ganzes zugewiesen.“

11. *Kt. Thurgau*, Grundbuchamt Bürglen: „Fälle der Bildung von Ertragsgemeinderschaften sind hier nicht bekannt, es hat sich bis heute auch kein Bedürfnis danach gezeigt.“

12. *Kt. Schaffhausen*, Bezirk Unter-Klettgau: „Ertragsgemeinderschaften bilden sich öfters für kurze Uebergangszeiten, z. B. bis volljährige Kinder da sind.“

β. „*Kommen Fälle der unabgeteilten Erbschaft mit Verpachtung der Liegenschaft an einen Miterben vor?*“ (Frage 2c).

1. *Kt. Bern*, Amt Aarwangen, Gde. Ursenbach: „Ausnahmsweise, z. B. um die Mündigkeit aller Erben abzuwarten.“

Amt Aarberg, Gde. Rapperswil: „Solche Fälle sind hier nicht bekannt. Doch kommt es vor, dass zwei oder mehr Kinder das elterliche Gut gemeinsam übernehmen.“

Amt Fraubrunnen, Gde. Fraubrunnen: „Ganz ausnahmsweise wenn die Frage, welcher Erbe das Heimwesen übernehmen soll, noch nicht abgeklärt ist und Aenderungen ohnehin bevorstehen.“

Amt Seftigen, Gde. Rüeggisberg: „Es kommt schon vor, dass eine Zeitlang eine Gemeinderschaft besteht, dies hauptsächlich aus finanziellen Gründen. Das Gut wird dann (im Falle von Gemeinderschaft) meistens an einen oder an mehrere Miterben in *Pacht* gegeben.“

Amt Signau: „Oefters kam vor die ungeteilte Uebernahme durch eine Erbschaft und die Verpachtung an einen oder mehrere Miterben.“

2. *Kt. Solothurn*, Amtsschreiberei Kriegstetten: „Verpachtungen der gemeinsam übernommenen Güter an einen Miterben kommen nur ganz vereinzelt vor.“

3. *Kt. Genf*, Grundbuchamt Genève: «Oui, parfois en attendant le partage ou l'attribution à un seul héritier.»

4. *Kt. Neuenburg*, Grundbuchamt Neuchâtel: «Exceptionnellement, à titre provisoire.»

5. *Kt. Baselland*, Bezirksschreiberei Arlesheim: „Ausnahmsweise, erst zwei Fälle.“ — *Bezirksschreiberei Binningen*: „Kommt häufig vor.“

6. *Kt. Uri*, Justizdirektion: „Nur ganz ausnahmsweise.“

7. *Kt. Luzern*, Gde. Meggen: „Wir halten hier immer auf Ordnung der Liegenschaftsübergabe zu Lebzeiten, sei es mittelst letztwilliger Verfügung oder Verkauf.“

8. *Kt. Aargau*, Grundbuchverwaltung Lenzburg: „Nur ausnahmsweise wo noch Nutzniessungsrechte bestehen.“ — *Grundbuchamt Brugg*: „Nur ausnahmsweise, wo noch eine Nutzniessung besteht.“

9. *Kt. Zürich*, Grundbuchamt Uster, Zürich: Verpachtung erfolgt „Nur ausnahmsweise, wo noch Nutzniessungsrechte bestehen.“ „Ausnahmsweise ja, jedoch selten und nur für kurze Zeit. Häufiger führt der zukünftige Uebernehmer einfach die Geschäfte weiter bis zur Teilung. Ein formrichtiger Pachtabschluss ist mir nicht bekannt.“

10. *Kt. Thurgau*, Grundbuchamt Bürglen: „Die Verpachtung der Liegenschaft an einen Erben kommt ausnahmsweise vor, wenn die Erben über die Uebernahme, den Preis usw. noch nicht schlüssig sind.“

XII. Sind Heimstätten nach ZGB 349 ff. errichtet worden?

Die schweizerische Rechtsauffassung ist der fideikommissarischen Bindung von Gütern, weil als undemokratisches Gebilde erscheinend, nicht günstig gesinnt. Daher hat das ZGB die Bildung von Fideikommissgütern nicht mehr vorgesehen, jedoch als teilweiser Ersatz hierfür die Schaffung von Heimstätten ermöglicht. Die Ordnung des Instituts der Heimstätten ist der kantonalen Gesetzgebung vorbehalten. Das ZGB ermächtigt die Kantone, die Begründung von Familienheimstätten zu gestatten unter Beachtung einiger Minimalbedingungen. Als Heimstätte kann ein landwirtschaftliches oder ein einem anderen Gewerbe dienendes Gut oder ein Wohnhaus samt Zubehör erklärt werden. Das Gut oder Haus darf jedoch nicht grösser sein, als erforderlich ist, um einer Familie ohne Rücksicht auf die Grundpfandbelastung oder auf das sonstige Vermögen

des Eigentümers einen ordentlichen Unterhalt zu gewähren oder ihr als Wohnung zu dienen. Der Eigentümer oder dessen Familie muss selbst das Gut bewirtschaften (landwirtschaftliche Heimstätte), das Gewerbe betreiben (Handwerkerheimstätte) oder das Haus bewohnen (Wohnheimstätte), sofern nicht aus wichtigen Gründen die zuständige Behörde vorübergehend eine Ausnahme gestattet.

Der Errichtung muss eine amtliche Auskündigung vorausgehen, durch die die Gläubiger sowie Personen, die sich durch die Gründung der Heimstätte in ihren Rechten verletzt erachten, zur Anmeldung ihres Einspruches aufgefordert werden. Den Grundpfandgläubigern ist von der Auskündigung besonders Mitteilung zu machen. Entspricht das Gut oder Haus den Erfordernissen der Heimstätten und werden durch die Errichtung keine Rechte Dritter verletzt, so genehmigt die Behörde die Errichtung. Hat ein Gläubiger Einspruch erhoben, so darf die Heimstätte nicht errichtet werden. Der Schuldner ist jedoch befugt, nicht zustimmende Gläubiger durch Zahlung zu befriedigen, ohne an eine Kündigungsfrist gebunden zu sein.

Rechtsgültig wird die Errichtung einer Heimstätte durch Eintragung in das Grundbuch, die von Amtes wegen zu veröffentlichen ist. Auf ein Haus oder Gut, das zur Heimstätte geworden ist, dürfen keine neuen Grundpfänder errichtet werden. Der Eigentümer darf es weder veräußern noch vermieten oder verpachten. Die Zwangsvollstreckung gegen die Heimstätte und ihre Zugehör ist unter Vorbehalt der Zwangsverwaltung ausgeschlossen.

Die Heimstätte war gedacht als ein Mittel zur Stärkung des Familiensinnes. Daher wird die zuständige Behörde ermächtigt, dem Eigentümer die Pflicht aufzuerlegen, seine Blutsverwandten in aufsteigender und absteigender Linie und seine Geschwister in die Heimstätte aufzunehmen, sofern sie der Aufnahme dringend bedürfen und ihrer nicht unwürdig sind.

Im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Eigentümers erhält das Gut oder Haus einen besonderen Verwalter, der unter Aufrechterhaltung des Zweckes der Heimstätte die Interessen der Gläubiger zu wahren hat.

Stirbt der Eigentümer, so soll die Heimstätte wieder aufgehoben werden, es sei denn, dass für deren Uebernahme seitens der Erben durch Verfügung von Todes wegen eine bindende Ordnung geschaffen worden ist. Liegt eine solche Ordnung nicht vor, so wird der Eintrag im Grundbuch nach dem Tode des Eigentümers gelöscht. Der Eigentümer kann aber auch die Heimstätte bei seinen Lebzeiten aufheben. Er hat zu diesem Zwecke bei der zuständigen Behörde ein Gesuch um Löschung des Eintrages im Grundbuch einzureichen, das zu veröffentlichen ist. Wird kein berechtigter Einspruch erhoben, so ist die Löschung zu bewilligen.

Das Institut der Heimstätte findet in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sein Vorbild. Es bezweckt, dem Eigentümer mitsamt seiner Familie den Besitz eines Gutes gegenüber den wirtschaftlichen Gefahren

des Lebens und vor Verlust zu schützen. Trotz der seit Inkrafttreten des ZGB verstrichenen Zeit von 18 Jahren hat sich die Heimstätte in der Schweiz nicht eingelebt. Die Kantone sind befugt, die Errichtung in ihren Einführungsgesetzen zu gestatten unter gleichzeitig näherer Ordnung der Dinge. Einige Kantone haben in ihren Gesetzen die Schaffung von Heimstätten überhaupt nicht vorgesehen, andere haben zwar die Errichtung der Heimstätten grundsätzlich bewilligt, jedoch unterlassen, die notwendige Sonderordnung zu treffen, offenbar, weil sich gar kein Bedürfnis zeigte. Nur Schwyz und Nidwalden haben in ihren Einführungsgesetzen die Sache in mehreren Artikeln etwas eingehender behandelt. Aber auch dort kam es zu keiner Heimstättengründung.

Im Kanton Bern sind zur Einführung der Heimstätten keine besonderen Reglemente erlassen worden. Artikel 55 des Einführungsgesetzes zum ZGB gestattet die im eidgenössischen Zivilrecht vorgezeichneten Heimstätten; weitere Vorschriften sind aber bis heute nicht herausgekommen — aus Mangel an Bedürfnis. Unser Berichterstatter für das Amt Saanen erwähnt einen Versuch zur Errichtung einer Heimstätte, der aber nicht zum Ziele führte. Nach seiner Mitteilung unterblieb die Gründung, weil keine regierungsrätlichen Vorschriften bestanden.

In der übrigen Schweiz besteht ebensowenig Aussicht auf Anwendung des Heimstättenrechts. Wohl haben einige Kantone in ihren Einführungsgesetzen die Heimstätte erlaubt, aber nirgends bestehen Ausführungsbestimmungen. Aus dem Kanton Nidwalden wurde berichtet, dass im Jahre 1929 ein Gesuch um Errichtung einer Heimstätte vorgelegen habe; die Regierung hätte jedoch die Bewilligung nicht ausgesprochen mit der Begründung, das Institut sei zu wenig bekannt; der Gesuchsteller soll veranlasst worden sein, den beabsichtigten Zweck auf andere Weise zu verfolgen.

Im Volke ist der Begriff nicht bekannt oder dann in einem ganz andern Sinn. Es gibt eine Sitte, die besonders in Gegenden geschlossener Vererbung, insbesondere im Emmental vorkommt, nach der Geschwister jederzeit auf den väterlichen Hof zurückkehren können. Dieser Brauch hat etwa Anlass gegeben, von der „Heimstätte“ zu sprechen.

Die Heimstätte des ZGB ist so wenig bekannt, dass selbst offizielle Kreise sie mit andern Instituten verwechselten. So hat die Umfrage zuerst vier positive Antworten auf die Frage 2 f des im Anhang abgedruckten Fragebogens ergeben. Alle vier Fälle wurden aber nachträglich als irrtümlich und nicht richtige Heimstätten betreffend erkannt. Selbst die als „Heimstätte des deutschen Hilfsvereins“ in Pieterlen (Kt. Bern) eingetragene Liegenschaft erwies sich bei näherer Prüfung nicht als Heimstätte im Sinne des ZGB.

Die leichte Aufhebungsmöglichkeit der Heimstätte und das Dahinfallen im Todesfall des Eigentümers bildet ohnedies ein grosses Hindernis

für die dauernde Einbürgerung der Heimstätte in der Schweiz, und weil die Heimstätte keine weitgehende Kreditgrundlage bietet, ist sie in einem Land mit stark entwickeltem Geld- und Kreditverkehr nicht volkstümlich und schwer einbürgerungsfähig. Das Institut wird denn für die Schweiz keine grosse Bedeutung erlangen.

Der Grundgedanke der Heimstätte findet sich übrigens im schweizerischen Schuldbetriebs- und Konkursgesetz bereits verankert. Nach diesem sind die sogenannten Kompetenzstücke dem Zugriff des betreibenden Gläubigers entzogen. Die nötigen Kleider und Hausgeräte, die für den Beruf nötigen Werkzeuge, eine Milchkuh oder drei Ziegen und das Futter für einen Monat sind unpfändbar. Auch besteht für das Frauen- und Kindergut im Konkurse eine bevorrechtete Stellung. Ein Bedürfnis zu weiterer Ausdehnung der Vorrechte des Familiengutes scheint nicht vorzuliegen oder muss gegenüber den Rücksichten auf Erhaltung einer gewissen Kreditfähigkeit zurücktreten.

XIII. Einfluss der Krise auf die Vererbung in der Nachkriegszeit.

In der Krise der Nachkriegszeit musste sich erweisen, ob die Bauernwirtschaft noch in der Lage sei, den Vermögenswert der bessern Zeiten zu behaupten. Im Erbgang findet eine Inventarisierung und Bewertung der Betriebe statt, so dass wir die heutige Einschätzung der landwirtschaftlichen Gutswerte ermessen können.

Es gibt Gegenden, wo die Liegenschaftspreise infolge der Kriseneinwirkung gesunken sind und Striche, wo sich dieser Einfluss nicht geltend macht, wo die Güterpreise immer noch sehr hoch stehen. In den ersteren Teilen zeigt sich zunächst eine Stagnation im Güterhandel. Der Ertragswert ist dann oft erheblich tiefer als die Grundsteuerschätzung. Die Finanzierung der Uebernahme kann (wenigstens im Kanton Bern), wenn nicht schon überschuldet ist, noch gut gelingen. Denn die staatliche Hypothekarkasse gibt bis zu $\frac{2}{3}$, eventuell bis zu $\frac{3}{4}$ des Grundsteuerschätzungswertes Darlehen¹⁾. Die Gemeinden haften ihr für die Schätzung. Somit sind es heute die Gemeinden, welche vielfach schwere Risiken tragen (vgl. den Bericht aus Lamboing, Kt. Bern, unten).

Die Schwierigkeiten insbesondere der ungeteilten Uebergabe bei Verschuldung und während der Zeit landwirtschaftlicher Krise werden in vielen Berichten der Umfrage bestätigt. Die Schwierigkeiten zeigen sich im Verzicht der berechtigten Erben auf die geschlossene Uebergabe (Beispiele im Kt. Bern: Gde. Krattigen, Kehrsatz, Walterswil), oder in der Hinausschiebung der Teilung, sowie in der Abtretung einzelner Grund-

¹⁾ Gesetz über die Hypothekarkasse vom 18. Juli 1875, §§ 3, 6, 7, 19 und 20 usw.

stücke an verschiedene Erben im Gebiet geschlossener Vererbung, um die Schuldenlast nicht zu vergrössern.

Weiter ist festzustellen, dass da und dort Bauerngewerbe nicht nur sich in Schwierigkeiten befinden, sondern Gefahr laufen, von der Familie verlassen zu werden, um eine Pacht oder Arbeit in der Industrie zu suchen (Beispiele im Bericht der Amtsschreiberei Moutier).

Die Krise hat nicht immer einen erschwerenden Einfluss auf die geschlossene Gutsübergabe gehabt; die Anrechnungswerte passen sich mehr oder weniger der Wirtschaftslage an und es haben die abziehenden Geschwister in der Feststellung der Auskaufssummen die Krisenwirkung mitzuspüren. Der Uebernehmer trägt seinerseits das Risiko, den Ertragswert durch das Absinken der Produktpreise noch mehr schwinden zu sehen. Die bessere Einsicht und die kleineren Reinergebnisse rufen dem Begehren nach Anrechnung der Liegenschaften zum Ertragswert. Die Krise verhilft den Grundsätzen des ZGB zum Durchbruch (vgl. Berichte von Mühlethurnen, Oberklettgau usw.).

Aus dem bernischen Mittelland sind die Symptome und die Nachrichten über leidliches und im Fall geringer Verschuldung sogar gutes Durchhalten der bisherigen Vererbungsweise nicht selten.

Die Krisenwirkung auf das Erbgeschäft ist eine mannigfaltige, stösst sie doch auch auf die verschiedensten Vermögensverfassungen. Es waren aus dieser Mannigfaltigkeit nur die zwei Hauptfälle, Herabsetzung des Anrechnungswertes und Hinausschiebung der Gutsübergabe, klar herstellbar. Die einzelnen Aeusserungen der Berichterstatter unserer Umfrage lassen wir nachstehend in zwei Gruppen folgen.

a. Berichte über gesunkene Güterpreise, Einwirkungen der Krise auf die Wertberechnungen:

Kt. Bern, Amt Aarberg, Gde. Meikirch: „Die Ertragswertschätzungen erreichen in der Regel nicht einmal die Höhe der gegenwärtigen Grundsteuerschätzungen der bäuerlichen Heimwesen, so dass für die Liegenschaftsübernehmer gewöhnlich die Finanzierung auf keine grosse Schwierigkeiten stösst.“ — (Vgl. die angeführten Bestimmungen des bernischen Hypothekengesetzes.)

Amt Aarwangen, Gde. Melchnau: „Eine gewisse Krisis macht sich bemerkbar, hauptsächlich in der Weise, dass Bauernhöfe billiger als vor einigen Jahren an Miterben abgegeben werden, wobei dann Vorbehalte nach Art. 619 gemacht werden.“

Amt Erlach, Gde. Erlach: „Ein Einfluss der Krise besteht einzig in der Senkung des Preises.“

Amt Burgdorf, Kirchde. Koppigen: „Im allgemeinen ist eine Einwirkung (der Krise) auf den Entschluss zur Uebernahme nicht wahrzunehmen. Wohl aber haben heute verschiedene Hofübernehmer Mühe, sich über Wasser zu halten, namentlich in Fällen, wo der Uebernehmer auf dem Wege gütlicher Vereinbarung den Hof übernommen hat und dabei im Entgegenkommen gegenüber den Miterben zu weit gegangen ist.“

Amt Fraubrunnen, Gde. Bätterkinden (gute Lagen besitzen immer noch hohen Verkehrswert): „Die Nachkriegsverhältnisse haben bis jetzt keinen Einfluss auf die Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes gehabt. Im Gegenteil ist der Ueber-

nehmer froh, das Heimwesen zum Ertragswert übernehmen zu können, weil der Verkehrswert zu hoch ist.“

Amt Laufen, Gde. Wahlen: „Der Einfluss der Nachkriegszeit macht sich hier in der Ueberzahlung der Liegenschaften sowohl, als auch in der allzu grossen Zerpitterung, welche letztere allerdings immer bestanden hat, am meisten bemerkbar. Die Güter, resp. die einzelnen Parzellen werden meistens aus dem Grunde unter die Erben verteilt, weil bei Uebernahme eines Einzelnen die Belastung zu gross würde, d. h. die Zinsen sind zu hoch.“

Amt Neuenstadt, Gde. Lamboing, schreibt von Fällen, wo die Gemeinde Güter übernehmen musste und übernehmen wird, offenbar weil die Höfe bei Pfandverwertungen nicht jene Preise erzielten, für welche die Gemeinde auf Grund der Steuerschätzungen der ersten Nachkriegszeit haftete: «Plusieurs propriétés acquises après-guerre, vu la crise agricole, tomberont à la charge communale. Trois le sont actuellement.»

Amt Seftigen, Gde. Mühlethurnen: „Die Agrarkrise macht sich bemerkbar in der Weise, dass der Liegenschaftsübernehmer mehr als früher das Heimwesen nach dem Ertrag schätzen lässt und alsdann nur den Ertragswert bezahlt“. (Die Krise verhilft dem ZGB zum Durchbruch.)

Amt Obersinmental: „Oefters werden auch unter den Erben die Liegenschaften zu hoch veranschlagt. Die Misere besteht hier oft darin, dass die Liegenschaften viel zu teuer gehandelt werden.“

Amt Wangen, Gde. Wangen a. A.: „Bei der Uebernahme von Gutsbetrieben nach Art. 620 ZGB ist ein gewisser Vorteil vorhanden. In diesem Fall ist eine Ueberlastung der Liegenschaft in der Regel nicht anzunehmen.“ — Gde. Attiswil: „... Landpreise sind zurückgegangen.“

Kt. Solothurn, Amtsschreiberei Kriegstetten: „Wie wohl überall, so haben die Nachkriegsverhältnisse auch bei uns ein Sinken der Uebernahmepreise bewirkt, eine Erscheinung, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur zu begrüßen ist.“

Kt. Waadt, Notariatskreis la Côte: «Ces conditions influent sur le prix, mais non sur le mode de transmission.»

Kt. Freiburg, Grundbuchbezirk Broye: «1. Les domaines sont évalués trop haut; 2. l'héritier qualifié, plutôt que de renoncer, prend le domaine avec des charges excessives et malgré lui; 3. pas d'ajournement; pas d'indivision et pas d'affermage.»

Kt. Aargau, Grundbuchbezirk Kulm: „... Die vom Bauernsekretariat ausgehenden Ertragswert-Berechnungen, auf denen die Uebernahmen vielfach basieren, nehmen auf die Krisenlage Rücksicht, so dass die Uebernahmepreise für die Erwerber tragbar sind.“

Kt. Zürich, Notariatskreis Niederglatt: „Die Nachkriegsverhältnisse haben sich insoweit bemerkbar gemacht, dass die Güterpreise gesunken sind und deshalb bei der Uebernahme der Verkehrswert niedriger angesetzt wird. Der Rückgang der Produktenpreise und die vielfache Schwierigkeit im Absatz mussten naturgemäss auf die Verkehrswertschätzung drücken. Wegen der Ueberbelastung werden wenige Betriebe veräussert oder verkleinert. Die Beschaffung des nötigen Geldes für die Auskaufssummen kann in den meisten Fällen ohne Schwierigkeiten geschehen. Der Abzug des Viertels vom Verkehrswert zur Errechnung des Ertragswerts, der eigene Erbteil des Uebernehmers und allfälliger Lohn drücken den eigenen Anrechnungswert hinunter.“

β. Berichte über Hinausschiebung der Teilung und Verzicht auf Uebernahme der Liegenschaften:

Kt. Bern, Amt Aarberg, Gde. Rapperswil: „Bisher ist es nicht vorgekommen, dass ein Erbe aus dem Grund zu grosser Ueberschuldung des Heimwesens auf dessen Uebernahme verzichtet hat... Eine Hinausschiebung der Teilung kommt selten oder beinahe nie vor“.

Amt Fraubrunnen, Gemeindeschreiberei Fraubrunnen-Grafenried: „Ein einziger Fall der Hinausschiebung der Teilung ist mir bekannt. Der Vater hatte in der Nachkriegszeit das Gut teuer gekauft und wenn der zu Hause bleibende Sohn das Gut ungeteilt zum Ertragswert übernehmen wollte, bliebe den übrigen Geschwistern nichts mehr, weil das Gut bis zur Höhe des Ertragswertes (eher noch höher) mit Grundpfand belastet ist. Die Teilung wird verschoben, um eventuell einen günstigen Verkauf an Dritte abzuwarten.“

Amt Frutigen, Gde. Krattigen: „Es kommt vor, dass berechnigte Erben auf geschlossene Uebergabe der Liegenschaften verzichten, teilweise aus Furcht vor Ueberlastung und Furcht, dass die Liegenschaften zu wenig rentieren und verhältnismässig zu teuer übernommen werden müssen.“

Amt Moutier: «La crise agraire et le développement de l'industrie semblent engager les héritiers à aliéner la propriété à des tiers et, en conséquence, à contribuer dans une forte mesure au morcellement du domaine, car l'aliénation a toujours lieu sous forme de vente publique.»

Amt Neuveville, Gde. Nods: «La peur de charges excessives empêche souvent un des héritiers de demander l'attribution du domaine.»

Amt Seftigen, Gde. Kehrsatz: „Gegenwärtig liegt ein solcher Fall des Verzichts (des Uebernahmeberechtigten) vor. Häufiger kamen die Fälle vor, da der Vater die Unmöglichkeit einer geschlossenen Uebergabe einsah, das Gut verkaufte und eine Pacht übernahm.“

Amt Thun, Gde. Amsoldingen: „Diese (kritischen) Verhältnisse machen sich in letzter Zeit bemerkbar. Der Verkauf des Gutes an einen Erben wird in vielen Fällen sehr verzögert, weil es keiner wagt, die Lasten zu übernehmen.“

Amt Trachselwald, Gde. Walterswil: „Bis heute ist nur ein Fall bekannt, da ein Erbe aus Furcht vor Ueberschuldung auf geschlossene Uebergabe der Liegenschaft verzichtet hat.“

Kt. Wallis, Grundbuchamt Bas-Valais in Monthey: «Oui, influence résultant de crise agraire. Ajournement du partage et aliénation de certaines portions pour dégrever, et en prévision de la diminution de valeur.»

Kt. Luzern, Gde. Rain und Römerswil: „...Es kommt hie und da ein Fall vor, dass ein Sohn oder Söhne aus Furcht vor der Ueberlastung die Uebernahme von väterlichen Liegenschaften hinausschieben oder hinauszuschieben wünschen.“
Gde. Reiden: „Verkauf einzelner Liegenschaftsteile zur Verhinderung der Ueberlastung ist in einem einzigen Fall bekannt. Sonst macht sich ein Einfluss der Nachkriegsverhältnisse auf die Art der Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes nicht bemerkbar.“

Kt. Aargau, Grundbuchamt Rheinfelden: „Die Folgen der Nachkriegszeit führen zu Verzicht auf geschlossene Uebergabe und zu Hinausschiebung der Teilung. Ein allgemeiner Missmut in der Uebernahme von landwirtschaftlichen Gütern besteht“. Grundbuchamt Zurzach: „Vereinzelt kommt es etwa vor, dass infolge starker hypothekarischer Belastung kein Erbe sich zur Uebernahme bereit erklärt. Folge: Verkauf und Ablösung der Schulden und Teilung eines eventuellen Ueberschusses“. Grundbuchamt Laufenburg: „Besonderer Einfluss der Nachkriegszeit wurde nicht konstatiert, dagegen wird die Teilung sehr oft hinausgeschoben. Die Erben bleiben einfach beieinander und bewirtschaften das Gut gemeinsam.“

Kt. Schaffhausen, Waisen- und Teilungsinspektorat Oberklettgau: „Die Krise bewirkt eher eine weniger intensive Teilung des landwirtschaftlichen Gewerbes gegenüber früher. Es müssen sich mehr Miterben andern Erwerbsmöglichkeiten zuwenden und dadurch wird das Interesse am Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken auf nur einen oder wenige Erben beschränkt.“ (Die Krise schafft dem Art. 620 ZGB Nachachtung!)

Kt. Zürich, Grundbuchamt Elgg: „Eine Agrarkrise macht sich auch bei uns bemerkbar. Vereinzelt kommt es vor, dass Heimwesen nach wenigen Jahren seit

der Uebernahme durch einen einzelnen Erben wieder verkauft werden, meistens jedoch erst dann, wenn die Frist des Gewinnanteilsrechtes abgelaufen ist. In vielen Fällen wird bei uns das Gewinnanteilsrecht nur für 5—6 Jahre vorgemerkt.“ — Notariatskreis Männedorf: „Es kommen mitunter Fälle vor, wo die Erben es vorziehen, die Liegenschaft an einen Dritten zu verkaufen, um eine Ueberbelastung zu verhindern.“ Notariat Thalwil: „... Es gibt Fälle, wo die Teilung hinausgeschoben wird und der Betrieb für Rechnung der Erbgemeinschaft weitergeht.“

Kt. Thurgau, Grundbuchamt Uesslingen: „Die Tatsache ist mir schon oft begegnet, dass ein Bauernsohn auf die Uebernahme der väterlichen Liegenschaft in dieser Krisenzeit verzichtet, mit der Begründung, er könne seine Geschwister nicht auslösen, oder dann sei er ein geplagter Mann, er warte bessere Zeiten ab. Schliesslich muss er dann zufolge eigener Heirat oder infolge Heirat eines Geschwisters die Liegenschaft doch übernehmen unter gegenseitigem Entgegenkommen.“

Kt. St. Gallen, Justizdepartement: „Die Wirtschaftskrisis der Nachkriegszeit macht sich in einzelnen Gegenden mit ausgesprochenen Kleinbauernbetrieben dadurch bemerkbar, dass in Fällen wo ein Erbe das ganze Gewerbe übernimmt, dieser den nötigen Kredit zur Auslösung der übrigen Erben oft nicht aufbringt. Im Bezirk Neutoggenburg soll es vorgekommen sein, dass aus dem gleichen Grunde die Erbteilung verschoben werden musste.“

XIV. Sind Erbgülden (ZGB 624) ausgegeben worden?

Das im ZGB festgesetzte Sicherungsinstitut, die Ertragsgemeinschaft, welche zur Verhinderung der Ueberschuldung zum Zwecke der Hinausschiebung der Gutsübernahme geschaffen ist, kann aber andererseits den Miterben in ihrer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit stark hinderlich im Wege stehen. Oft ist ein Selbständigwerden der nicht auf dem Gute verbleibenden Erben von der Hingabe von Erbschaftsquoten abhängig. Die Verschiebung der Teilung erschwert jedoch die Liquidierung ihrer Erbschaftsansprüche. Um diesen Nachteilen zu begegnen, sieht denn auch das ZGB vor, dass dann, wenn der Uebernehmer vom Rechte auf Verschiebung der Teilung Gebrauch macht, jeder Miterbe befugt ist, anstatt in der Ertragsgemeinschaft zu verbleiben, seinen Anteil in Gestalt eines durch das Gemeinschaftsgut sichergestellten Forderungstitels herauszuverlangen. Diese Abfindung hat der Uebernehmer jedoch für denjenigen Teil, um den das Gemeinschaftsgut über drei Viertel des Anrechnungswertes belastet würde, nur in Gestalt einer *Erbgült* zu leisten. Diese ist auf mindestens zehn Jahre unkündbar, es haftet für sie nur das Grundstück, und sie ist höchstens mit dem für die übrigen Gülden herrschenden Fuss zu verzinsen. Die Erbgült steht aber in bezug auf Sicherheit jenen erheblich nach. Für sie besteht keine Belastungsgrenze, und sie steht im Range nach den bisherigen Grundpfandschulden und bekleidet überhaupt eine Rangstelle, die nach der durch die Dreiviertelsgrenze des Anrechnungswertes gezogenen Linie liegt. In der Praxis hat sich die Erbgült nicht einzuleben vermocht. Die Erbgült ist wegen ihrer schlechten Rangstellung, obwohl negotiabel, jedoch ein Papier, das wegen der verhältnismässig bescheidenen Sicherheit nur beschränkt kreditfähig ist. Durch den Um-

stand, dass sie noch während zehn Jahren unkündbar ist, wird deren Marktwert und damit auch die Belehnungs- und Begebungsfähigkeit herabgemindert. Die Miterben ziehen die blosse Abfindung mit den gewöhnlichen Schuldbriefen vor, auch wenn sie dabei etwelche Konzessionen auf dem Anrechnungswerte machen müssen, und man behilft sich durch Aufnahme von Darlehen unter gegenseitiger Verbürgung. Es besteht überhaupt das Bestreben, wenn die Erben nicht beieinander bleiben, die Verhältnisse glatt zu lösen.

Im Kanton Bern sind die Gülten sowieso nicht gebräuchlich und die neu geschaffene Erbgült hat deshalb hier kaum grosse Verwendung. In der Tat hat unsere Umfrage einzig im Amt Aarwangen die positive Antwort erbracht, dass dort ein solcher Titel ausgestellt worden sei. Obwohl die Erbgült Fälle der ratlosen Hinausschiebung der Teilung oder der schwierigen Finanzierung der Auskäufe retten könnte, wird das Institut nur sehr spärlich verwendet.

Es gibt selbst in der Zentralschweiz, in den Kantonen der Gülten also, so gut wie keine Erbgülten. Es trifft zu, was für das ganze Land richtig ist: Die Ausgekauften begnügen sich mit Schuldbriefen und Schuldverschreibungen in den letzten Rängen. Zu der gestellten Frage äuserten sich:

Kt. Bern, Amt Aarwangen, Amtsschreiberei: „Seit 1912 wurde in unserem Amte eine einzige Erbgült ausgestellt.“

Aus Biglen (Amt Konolfingen) erhalten wir eine Begründung der Abneigung gegen diese und andere Gülten, die für den ganzen Kanton gilt: „Illiquide Verhältnisse finden keinen Anklang. Die Erbgülten sind nicht negoziabel. Dieses Institut wird kaum jemals populär werden. Man zieht klare und liquide Verhältnisse vor.“

Kt. Wallis, Grundbuchamt Bas-Valais, Monthey: «Oui, mais rarement.»

Kt. Obwalden, Justizdirektion: „Ja, aber nur vereinzelt. Die Miterben begnügen sich mit laufenden Forderungen.“

Kt. Luzern, Gde. Rain und Römerswil: „Mir sind keine solchen Fälle bekannt; ich habe schon in Erbschaftsfällen ohne Erfolg solche Anträge gestellt. Diese Art der Erbenabfindung bürgert sich offenbar sehr schwer ein.“ — (Ueber einen Fall der Erbgültausgabe in Udligenschwil, *Kt. Luzern*, s. *W. Pauli*, Die Vererbung usw., a. a. O., Seite 229).

Kt. Zürich, Grundbuchamt Uster: „Die Miterben erhalten Schuldbriefe in den letzten Rängen, auf 5—10 Jahre unkündbar, womöglich werden sie mit Wertschriften ausgekauft oder durch Darlehensaufnahmen bei Dritten.“ — Aehnlich berichtet über die Ersatze der Erbgülten das Grundbuchamt Thalwil: „In der Regel wird ein Heimwesen ungeteilt einem der Söhne übergeben und die übrigen Miterben werden ausgerichtet, meistens mittelst Sicherstellung durch *Inhaberschuldbriefe*.“

Zusammenfassung.

Die Untersuchung über die Erbsitten im Kanton Bern und in der Schweiz hat ergeben:

1. Die geschlossene Uebergabe der Bauerngüter ist seit der Jahrhundertwende häufiger geworden. Diese Bewegung hat also vor der Einführung des rechtlichen Anspruches auf ungeteilte Zuschatzung im Zivilgesetzbuche begonnen und wurde durch das neue Recht *verstärkt*.

Die Grenzlinie des geschlossen vererbenden Gebietes hat sich gegen den Nordrand der Schweiz verschoben. Früher teilende Gegenden Basellands, des Aargaus rechts der Aare, Zürichs und des Thurgaus sind heute zur ungeteilten Vererbung übergegangen.

Auch im romanischen und alpinen Realteilungsgebiet hat die geschlossene Vererbung Fortschritte gemacht. Im Kanton Waadt hält die geschlossene Gutsübergabe der Realteilung der Liegenschaften im Ganzen gesehen schon fast die Wage. Auch für den Kanton Genf wird von der Einkehr ungeteilter Vererbung berichtet. Im Oberwallis und in Graubünden nimmt die Häufigkeit der Zuteilung von Land an die ausser dem Kanton wohnenden Erben ab und gelegentlich kommt es wegen der Abwanderung oder dem Eintritt der Erben in die Fremdenverkehrsgewerbe zu ungeteilter Uebergabe der Bergbauerngüter. Im ausgesprochenen Teilungsgebiet des Berner Oberlandes werden die einzelnen Parzellen nicht mehr geteilt.

Der Fortschritt der ungeteilten Vererbung ist ausser dem schwindenden Interesse der zur Industrie und zum Fremdenverkehr abwandernden Erben der bessern Einsicht jener auf der Scholle verbleibenden Leute und der rechtlichen Fundierung des Zuschatzungsanspruches zuzuschreiben.

2. Die Hochkonjunktur und die Währungsunsicherheit in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren haben zwar den Begehren der Miterben nach wertbeständigen Vermögensobjekten (Boden) Nachdruck verliehen und eine Abschwächung der Tendenz zu geschlossener Gutsübergabe ausgelöst ohne jedoch — im Gegensatz zu den Erscheinungen in den Ländern mit starker Währungszerrüttung — zu einer Vermehrung der Realteilung zu führen. Die nachfolgende Deflation hat die Intensität der herrschenden Neigung zur Ueberlassung der landwirtschaftlichen Grundstücke an einen einzigen Erben wieder erhöht.

3. Die Agrarkrise der Nachkriegszeit hat dem rechtlichen Anspruch auf Zuschatzung zum Ertragswert auch wirtschaftliche Notwendigkeit verliehen. Die Krise veränderte nicht die Vererbungsweise, sondern hat die Anrechnungspreise gesenkt. Die Miterben müssen an den Krisenfolgen mittragen, die Landübernehmer tragen die zukünftigen Risiken des Landbaus. Ausserdem bewirkte die Krise oft die Hinausschiebung der Teilung;

selten haben berechnigte Uebernehmer im Gebiet geschlossener Vererbung auf den Hof verzichtet.

4. Die Vormerkung auf Beteiligung am Gewinn im Falle des Verkaufes der Liegenschaft innerhalb zehn Jahren durch den Uebernehmer (ZGB 619) ist in Strichen geschlossener Uebergabe häufig. Ohne diesen Artikel des ZGB könnte insbesondere die amtliche Zuschätzung nicht immer verantwortet werden. In der Bauzone ist die Vormerkung der Gewinnbeteiligung der Miterben Regel und zwar auch im Freiteilungsgebiet. Gelegentlich wird die 10jährige Berechnigung der Miterben als zu kurz erachtet und der Uebernehmer muss sich obligationenrechtlich verpflichten, nach dieser Zeit zu einer neuen Eintragung der Gewinnbeteiligung im Grundbuch Hand zu bieten.

5. Die Gemeinderschaften werden praktisch nur als Provisorien und Auswege in finanziellen Schwierigkeiten angesehen. Die vertraglichen Gesamthandverhältnisse und die Verwaltung als Ertragsgemeinderschaften (ZGB 622) sind sehr selten.

Die Verpachtung an einen Miterben oder an einen Dritten durch die Erbgemeinschaft wird in Fällen der Unsicherheit der Person des Uebernehmers oder der finanziellen Ueberlastung dem Gemeinderschaftsbetrieb vorgezogen.

So erklärt es sich auch, dass das gesetzliche Institut der Erbgült (ZGB 624) bei Ueberlastung des Anwesens praktisch keine Bedeutung erlangt hat.

6. Die Errichtung einer Heimstätte nach ZGB 349—358 ist nicht nachzuweisen.

7. Die Testamente sind, wenn auch nicht durchwegs, in der welschen Schweiz häufiger, als in der deutschsprechenden. Sie befassen sich mit der Bestimmung des Anrechnungspreises, vorwiegend suchen sie jedoch die übliche Teilungsweise und Gutsübergabe der betreffenden Gegend zu sichern.

Die Testamente zum Zwecke der Regelung der Gutsübergabe erübrigen sich vielerorts durch das häufige Verschreiben der Höfe zu Lebzeiten der Eltern. In der Hochebene ist diese Art der Uebergabe seit alters üblich; heute dehnt sich diese Sitte auch in den übrigen Teilen der Schweiz aus.
